

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freiheit, die sie meinen

Von Hans-Jürgen Mahnke

Ihr tragt ja, Gatt mit uns auf den Koppelschlössern", witzelte schon vor Jahren ein holländischer Politiker über die deutschen Bemühungen, über die EG hinaus mit anderen Ländern ins Geschäft zu kommen – und zwar stärker als andere. Das war zwar noch zu Zeiten, als die Auswüchse der Agrarpolitik noch nicht so gewaltig waren, als noch nicht Fleisch sogar nach Südamerika zu Billigpreisen hochsubventioniert verschleudert wurde. Seither aber hat sich an der Richtung der deutschen Handelspolitik nichts geändert.

Das wird auch jetzt in Punta del Este auf der Ministertagung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) deutlich. Ohne die Rücksicht auf die Agrarinteressen könnte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann leicht den Vorwand in dieser Organisation, die sich eigentlich dem Freihandel verschrieben hat, spielen. So aber muß auch er taktieren.

Ähnlich ist es bei den Amerikanern. Ohne ihren Druck hätte es diese Konferenz in Punta del Este nicht gegeben. Dabei spielt auch eine Rolle, daß nur dann, wenn verhandelt wird, die protektionistische Flut in den USA selbst gebändigt werden kann. Allerdings irritiert auch das Vorgehen der Amerikaner, wenn sie den Abbau von Importsubventionen von den Europäern fordern, gleichzeitig aber ihre Beihilfen für die Weizen-Lieferungen in die Sowjetunion erhöhen. Und viele Entwicklungsländer treten auch nur in den Bereichen für den Freihandel ein, wenn sich die Marktordnung für sie auszahlt. Dort, etwa bei den Dienstleistungen, wo sie ihre eigenen wenig leistungsfähigen Banken und Versicherungen schützen wollen, verfechten sie das Gegenteil.

Die Situation zum Auftakt der Konferenz ist ambivalent. Wenn es zu einer unheilvollen Allianz der Zögerlichen, der Sonderinteressen-Vertreter, kommen sollte, dann wird es ernst, denn nehmen die Handelsbeschränkungen in den nächsten Jahren noch zu. Noch überwiegt allerdings die Hoffnung, daß sich letztlich doch die Vernunft durchsetzen wird. Denn der Protektionismus kennt auf Dauer keine Sieger, sondern nur Verlierer. Der Wohlstand aller bliebe auf der Strecke.

Tödliche Bedrohung

Von Fritz Wirth

Amerika hat seinem unheimlichsten Feind, dem Rauschgift, den Krieg erklärt. Das Repräsentantenhaus will die Armee und die Todesstrafe mobilisieren. Die Administration will Rauschgifttests bei Angehörigen "empfindlicher Berufe" wie Piloten, Fluglotsen, Ärzten und Polizisten. Ronald und Nancy Reagan warnen gestern in einem emotionalen Fernsehschappell vor Drogen, "die unsere Gesellschaft zerstören".

Es dauerte verzweifelt lange, bis dieses Problem von den Gesetzgebern als "die größte nationale Bedrohung" erkannt wurde, und es spricht nicht unbedingt für sie, daß es erst durch die bevorstehenden Wahlen für sie ein Thema wurde. Kritiker entdecken deshalb nun bereits eine plötzliche "Rauschgift-Hysterie" unter den Politikern. Sie irren. Wenn Stumm plötzlich laut geben, wird daraus schnell ein Schrei. Amerikas Politiker waren im Umgang mit diesem Problem, das zu einer Epidemie zu werden droht, zu lange stumm.

Einige der geplanten Maßnahmen sind drakonisch. So drakonisch, daß die Bürgerrechte aufzuheben. Sie sind sonst die großen Kämpfer gegen die Umweltverschmutzung und wollen nun nicht begreifen, daß der Handel mit Drogen eine der tödlichsten Umweltverschmutzungen ist.

Die Tatsache, daß amerikanische Parlamentarier beider Parteien den Einsatz von Soldaten im Krieg gegen die Rauschgift-händler fordern, ist ein Signal und ein Eingeständnis dafür, daß die Polizei an diesem Problem gescheitert ist, daß ihre Gegenmittel und Möglichkeiten nicht mehr ausreichen. Sollte dieser Militäreinsatz nicht an Verfassungsproblemen scheitern, wird er die Rauschgiftszene entscheidend verändern. Hier dürften zum ersten Mal ernsthaft die traditionellen Händler-routen gestört werden.

Die Konsequenzen können uns Europäern nicht gleichgültig sein, denn diese Händler werden neue Routen und Märkte außerhalb des "Kriegsschauplatzes Amerika" suchen. Es ist für die Europäer an der Zeit, jetzt zu handeln, bevor auch für sie nur noch ein Drogenkrieg als letzter Ausweg bleibt.

Pause für die Pilze

Von Günter Zehm

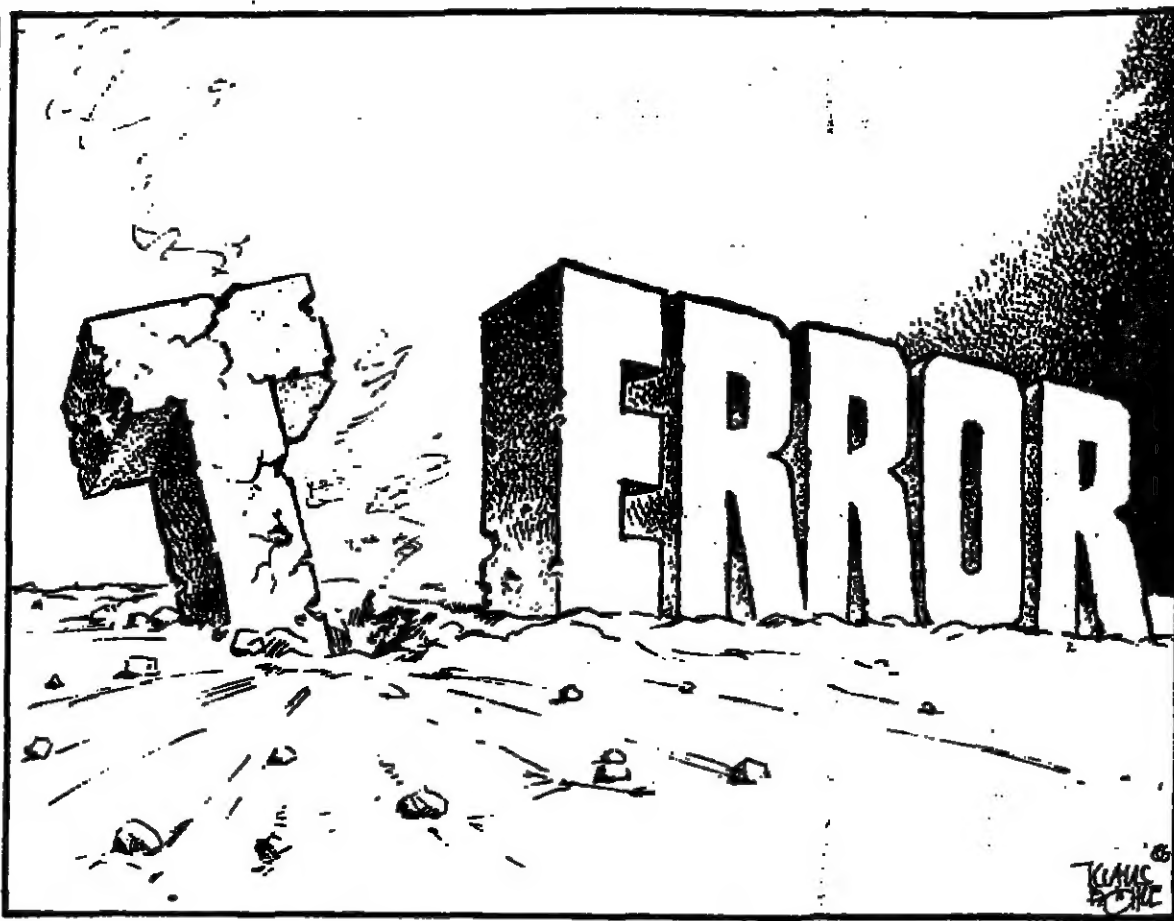
Die Furcht vor Rem und Becquerel hat auch die Pilzsammler nicht unberührt gelassen. Zum Beginn der Pilzsaison warnt Umweltminister Walter Wallmann zwar nur vor Maronen, doch Experten sagen voraus, daß es heuer Tausende potentieller Pilzsammler geben werde, die aus Angst vor radioaktiven Strahlen lieber zu Hause bleiben. Für die geplagten und überlaufenen Wälder wäre das ein wahrer Segen.

Gerade die Pilzsammler gehören zu den ökologisch unwillkommensten Waldgärgern. Sie halten sich nicht an markierte Wege, sie brechen krachend und schnaufend durchs Unterholz und stöbern noch in den entlegensten Winkeln. Ihr alljährliches Ankommen geht wie ein wellenförmiger Hurrikan durch die Äuen, die Singvögel verstummen vor Schreck, Hasen sausen panisch aus der Sasse, Uhu und Waldkauz beobachten aus sicherem Versteck und beschließen, demnächst lieber auszustarben, als dieses Treiben länger hinzunehmen.

Aber Pilzsammeln, werden die Freizeit-Soziologen hier einwenden, sei doch eines der schönsten, lehrreichsten und "humansten" Hobbys. Schon recht, aber nicht immer sollten Hobby und Naherholung Vorfahrt haben vor unbehelligter Natur. Leider wird das am wenigsten eingesehen. Der Freizeitbürger war und ist nach wie vor das oberste Maß aller Dinge – wenigstens bis noch vor kurzem.

Was die freie, vernünftige Einsicht nicht schaffte, das schafft jetzt offenbar spielend die unfreie, unvernünftige Angst: die Erzeugung ökologischer Disziplin. Die (wenn auch weitgehend eingebilddete und eingeredete) Überdosis an Radioaktivität legt sich wie ein dichter Schutzzaun um die bedrängte Kreatur, und daß man diesen Zaun weder sehen noch fühlen noch überhaupt sinnlich wahrnehmen, sondern nur messen kann, macht ihn für die meisten nur um so unheimlicher. Strontium in Reh und Pilz bewahrt diese Kreaturen also vor dem Zugriff des sonst so selbstsicheren Freizeitbürgers.

So weit ist's kurioserweise gekommen: Die angstmachende Überdosis an Strahlung wird zum effektivsten Naturschützer und tritt damit ebenbürtig an die Seite der angstmachenden, totale Vernichtung dräuenden und eben dadurch Frieden stiftenden Atombombe. Die Menschen, sie haben's wohl nicht anders verdient.



KLAUS BÖHLE

Frankreich ist im Krieg

Von Peter Ruge

Die französische Republik, die man im typischen Geschichtsbild auf den Barrikaden für die Freiheit streiten sieht, zeigt sich bereit, gewisse Freiheiten einzuschränken, wenn damit der Angriff auf Staat und Bürger abgewehrt werden kann.

Frankreich ist im Krieg, heißt es nun regierungsmäßig. Was der Premierminister verkündet, ist die harte Gangart. Doch seine Maßnahmen treffen auf eine Erwartungshaltung im Volk: Es ist Zeit, daß einer handelt.

Was sich in Frankreich zur Stunde vollzieht, verdient die Aufmerksamkeit aller Europäer, die sich in einen Kampf gegen den Terrorismus gezogen sehen. Beachtlich ist die Lautlosigkeit, mit der hinter den Kulissen der Terror-Bekämpfung vorbereitet wurde: die Geschwindigkeit, mit der diese Überlegungen die gesetzlichen Formalien passierten; die Entschlossenheit, mit der sie vom Premierminister verkündet wurden. Am interessantesten aber ist, daß es von links bis rechts einen Schulter-schluß gibt.

Krieg führt man nicht mit Blumen, heißt es jetzt in Frankreich, und wenn schon mit Verlusten zu rechnen ist, dann sollen sie beim Feind höher liegen. Nach dem vierten Bombenattentat auf Paris in zehn Tagen, bei denen auch Frauen und Kinder in den Tod gerissen wurden, basiert der Chirac-Plan auf drei Grundüberlegungen:

1. Der politische Wille zum Gegenschlag. Vom Oberbürgermeister Chirac, dem Ordnungsführer der Stadt Paris, war diese Taktik bekannt. Das hat ihm auch das Wählervertrauen eingetragen. Vom Premier Chirac wird die Wiederherstellung eines Sicherheitsnetzes erwartet, das die sozialistischen Vorgänger Mauroy und Fabius mit Deckung durch Staatspräsident Mitterrand der Republik in fünf Jahren entzogen. Terroristen, die die Polizei gerade gefangen hatte, wurden von einer links-topischen Justiz wieder freigelassen, weil nicht der Täter, sondern die Gesellschaft schuldig sei. Polizeikontrollen wurden abgebaut, um die Entfaltung der individuellen Persönlichkeit gerade bei Heranwachsenden nicht zu stören. Zuwanderer nach Frankreich, vor allem aus afrikanischen Ländern, wurden

mit offenen Grenzen empfangen. Bis der Unmut über diese überliberalisierte Einwanderung in eine Identitätskrise mündete, die der rechtsgerichteten "Nationalen Front" zu einem beachtlichen Wahlerfolg verhalf und damit zum Einzug in die Nationalversammlung.

2. Die Anwendung der Mittel. Damit ist nicht nur die Verstärkung oder die bessere Koordinierung der Polizeikräfte gemeint. Hier geht es darum, einer Armee von Terroristen, die im dunklen Operiert, mit einer entsprechenden Taktik beizukommen: durch Infiltration. Auch das war bei den Sozialisten als "unmoralisch" verpönt. Genauso wie die Belohnung für Bürger, die durch ihre Aufmerksamkeit Verbrecher zur Strecke bringen helfen. Hier fragt Chirac, ob es "unmoralisch" sei, den Geiselnahmer zu fassen, ob es "moralisch" sei, den gewählten zu lassen, der auf Flugzeugpassagiere schießt, mit einer Bombe Passanten tötet oder Gläubige an ihrem Gebetsort in den Tod reißt.

3. Der Rückhalt im Volk. Da kann sich Premier Chirac sicher sein. Die letzten drei Umfragen haben für den Offensivkurs der Bürgerlichen eine überwältigende Mehrheit offenbart. Achtzig Prozent der Franzosen verlangen Vergeltung, sind einverstanden, daß die Regierung nicht mit Terroristen verhandelt – etwa über die Haupt-



"Gnade Gott denen, die sie unterstützen": Terror-Opfer des Sonntags FOTO: DPA

forderung eines "arabischen Solidaritätskomitees", die "arabischen Polithäftlinge" frei zu lassen.

Die Mehrzahl der Franzosen ist bereit, weitere Opfer zu erbringen, bis die Attentäter gefasst sind. Das ist nicht nur eine Stimmungslage unter dem Eindruck der Bombenserie – Frankreich ist der Erpressung seit über einem Jahr ausgesetzt, als in Beirut die ersten französischen Geiseln von pro-iranischen Terrorgruppen genommen wurden. Die Regierung spricht von einer inneren Mobilisierung. "Wir werden jeden Terroristen zum Sprechen bringen, und dann Gnade Gott denen, die diese Verbrecher unterstützen. Sie werden büßen, wer immer es auch sei, aus welchem Land er auch komme."

Frankreich macht hier nicht nur klar, daß es die innere Festigkeit aufbringt, den Kampf auf eigenem Boden gegen die Terroristen aufzunehmen. Dies ist mehr: Es ist auch eine Warnung an alle Staaten, die Mörder inspirieren, ausrüsten, los-schicken – die den Krieg nach Frankreich hineinragen.

Das berührt nicht nur die Politik Frankreichs im Nahen Osten: Die Bemühungen, mit Iran zu einer Verständigung zu kommen, die Frage eines Verbleibs im Libanon, wo die französischen Blauhelme in Gefahr geraten, als bloße Geiseln benutzt zu werden – das tangiert das französische Engagement im gesamten Mittelmeerraum, vor allem die Beziehungen zu den maghrebinischen Staaten, nachdem jetzt bekannt wurde, libanesischen Terroristen seien mit algerischen Pässen nach Frankreich eingereist.

Jacques Chirac hat vor der Bekanntgabe seiner Absichten im Kampf gegen den Terrorismus den Staatspräsidenten unterrichtet. François Mitterrand hat nicht protestiert – vielmehr haben sich auch linke Gruppen "für Menschenrechte" oder die "Liga gegen den Rassismus" beeilt, Chirac ihren vollen Unterstützung zu versichern.

Die innere Mobilisierung Frankreichs gegenüber dem Terrorismus verdient nicht nur die Aufmerksamkeit der Europäer, sie verlangt eine internationale Solidarität. Die vielbeschworene deutsch-französische Freundschaft hat ihre Bewährungsstunde.

IM GESPRÄCH Jörg Haider

Wohlhabender Populist

Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn Jörg Haider zum Vorsitzenden der FPÖ gewählt werde, müsse man damit rechnen, daß ihn die Medien als "Stiefsohn Adolf Hitlers" darstellen. Mit dieser resignierenden Feststellung griff Wilfried Greiter, Österreichs Ex-Botschafter in Bonn und einer der Alt-Politiker der Freiheitlichen, auf dem turbulenten Innsbrucker Parteitag in die Diskussion ein, als das politische Ende Norbert Stegers und der Sieg des Kärntner Jung-Stars in Sicht kamen.

Daß Haider, der gebürtige Oberösterreicher und jetzige Wahl-Kärntner, bisher auf der nationalen Welle mitgeschwommen ist, kann nicht bezweifelt werden. In Kärnten stellen sogar führende Sozialisten sich gelegentlich dem Wählervolk als "ehemalige Hitlerjugend" vor. Allerdings wäre es eine grobe Verfälschung, die Kärntner im allgemeinen und die Kärntner FPÖ im besonderen als "nazistisch" darzustellen.

Der ehemalige Universitätsassistent, der eine Zeitlang Sozialsprecher der FPÖ im Wiener Parlament war (und dort nie durch radikale Reden auffiel), pflegt sich bei der Diskussion um das "Nationale" in letzter Zeit eher bedeckt zu halten. Zu der einst beliebten Frage, ob die Österreicher eine eigene Nation sind oder zum deutschen Volk zählen, äußert sich entweder gar nicht oder in vagen Formulierungen. Interessanter scheint dem bisherigen Landesvorsitzenden von Kärnten, der zugleich Straßenbaureferent der Kärntner Landesregierung ist und privat zu den vermögendsten Männern Österreichs zählt, die populistische Linie: der Appell an die über die Politik und die Politiker verdrossenen Bürger, die über hohe Steuern und über die Privilegien der "Obrikeit" empört sind. In Kärnten kommt noch als Lokalproblem die Abwehr einer angeblichen slowenisch-slawischen "Überfremdung" hinzu: die Mobilisierung der "Uranst", Deutsch-Kärntner können



Als rechtsradikaler Gottseibeiuns portraitiert: Haider FOTO: DPA

ne eines Tages doch noch von den Jugoslawen geschluckt werden. Als Sieger in Innsbruck hat Haider gerade diese populistische Linie eines Bürgerprotests von rechts neu akzentuiert. In seiner ersten Rede als Bundesvorsitzender richtete er heftige Attacken auf die "alten Parteien" SPÖ und ÖVP. Er beschwor "Sauberkeit, Leistung und soziale Gerechtigkeit". Er griff auch den herrschenden Kulturbetrieb frontal an: er wolle keine "Österreich-Beschimpfungen" länger dulden, wie sie hochsubventionierte Schriftsteller (Haider nannte hier Thomas Bernhard) praktizierten. Die FPÖ wolle nicht zulassen, daß die "schöne Heimat Österreich" beschmutzt werde.

Das sind Töne, die bei einem Teil der schweigenden Mehrheit ein Echo finden könnten, zumal da Haider auch selbstbewußt erklärte, er wolle sich die Wähler von der ÖVP – also aus dem bürgerlichen Lager – holen. Sollte er damit Erfolg haben, so könnte Haider, den die SPÖ-Presse bereits als rechtsradikalen Gottseibeiuns portraitiert, sich ironischerweise als Garant dafür erweisen, daß die Sozialisten in Österreich auch in Zukunft vor der ÖVP die Mehrheit behalten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Das Innenministerium beschäftigt sich mit der Auslegung von dem Zimmermann-Bericht.

Zimmermann zeigte in "Aktenzeichen XY" fünf Gewaltverbrecher (von ganz nah), die mit Stuhlknäulen und Molotow-Cocktails aus friedlichen Demos Randalen machen wollten. Die Grünen reagierten empört: Das ZDF lasse sich als verlängerter Arm des Staates mißbrauchen. Von wegen. Das ZDF entsprach dem millionenfachen Wunsch von Bürgern und friedlichen Demonstranten, die kein Verständnis dafür haben, daß jeder Einbrecher gesucht (und bestraft) wird, aber Sprengstoff-Chats einen Persilschein bekommen.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie sehen keine Chance eines Koalitionswechsels in Baden.

Da sind die Koalitionsquerelen, die auf eine gewisse Entfremdung hindeuten, da gibt es das weite Feld der Außenpolitik (mit bemerkenswerten Berührungspunkten zwischen Genscher und Rau), da ist der Streit um die Asylpolitik, in dem SPD und FDP identische Positionen einnehmen, und da ist schließlich auch der Bereich der inneren Sicherheit, etwa das Demonstrationsrecht, bei dem man miteinander harmonisiert. Dennoch: Es kann nicht ernsthaft bezweifelt werden, daß die Koalitionsaussage der FDP zugunsten von CDU und CSU seriös gemeint ist und Bestand

hat. Entscheidend nämlich ist die Wirtschaftspolitik. Die Liberalen, die nach dem Regierungswechsel einen Großteil ihrer Wähler "ausgetauscht" haben und die seither gezielt die Interessen des gehobenen Mittelstands wahrnehmen, können bei Strafe der parlamentarischen Exekution jetzt nicht schon wieder einen Salto rückwärts hin zur SPD riskieren.

NEUE OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Sie urteilt über den "Salto"-Artikel: Dieser Schuß, der das Bonner Bündnis treffen sollte, ging nach hinten los. Statt die Koalition durch die Berichte über Neues Liebhäuser der FDP mit der SPD zu verunsichern, wird nun die christlichliberale Ehe noch fester geschmiedet. Dem postwendend angekündigten Antrag für den FDP-Parteitag, bei fehlender bürgerlicher Mehrheit nach der Wahl lieber in die Opposition zu gehen als sich mit der SPD zu verbünden, dürfte eine satte Mehrheit sicher sein.

LIBERATION

Sogar die liberalisierte Partei Zeitsung bezieht die Maßnahmen gegen den Terrorismus in Frankreich.

Die von Chirac angekündigten Maßnahmen sind insgesamt gesehen das Mindeste, das er tun kann, aber auch das Höchste innerhalb der normalen Regeln eines Rechtsstaates. Es ist angebracht, sich jüngste Beispiele ins Gedächtnis zu rufen – beispielsweise die englischen Reaktionen unter nicht weniger dramatischen Umständen.

Etwas verständlicher könnten Computer schon sein

Überdies fehlt der Informationsgesellschaft ein Kompaß / Von Ulrich Lohmar

Die Rede ist von der Informationsgesellschaft, in die wir hineinwachsen, und von ihren Werkzeugen, den Computern und der Nachrichtentechnik. Sie haben, zusammen mit der Telekommunikation, die Welt zu einem "Informationsdorf" gemacht. In Sekunden verbreitet sich jede Nachricht rund um die Welt, wenn wir es wollen. Es gibt keine technischen Grenzen mehr, sondern nur noch ideologische, politische oder militärische Barrieren.

Doch der schöne technische Schein trägt ein wenig. Gewiß ist Information ein neuer Rohstoff, der in den Industriegesellschaften beinahe unbegrenzt vorhanden, aufhebbar, veränderbar und verfügbar ist. Von den meisten anderen Rohstoffen unterscheidet sich die Ressource Information dadurch, daß man sie nicht nur einmal nutzen kann.

Wir bemerken es nicht einmal mehr, wenn und wo wir der Elektronik begegnen: im Auto, im Büro, beim Fernsehen, bei der Verkehrs-

regelung, beinahe überall. Dennoch bleibt die Nutzung der Information gebunden an den eigenständigen Beitrag des Menschen, seinen Zugriff. Auch die Wunderwerkzeuge der Informationstechnik können eines nicht und werden es nie zuwege bringen: denken. Computer sind technische Butler, und damit davon viele Menschen Nutzen haben können, muß die Informationstechnik so selbständig und einfach wie möglich zu handhaben sein.

An eben diesem Punkt aber hakt es im Alltag unserer Informationsgesellschaft immer noch. Was sich die Hersteller der Informationstechnik in der Darstellung ihrer Produkte manchmal leisten, ist ärgert. Sie stellen von Jahr zu Jahr neue gewaltige Fortschritte in Aussicht, aber wenn man dann die Messen besucht, ahnen die angebotenen technischen Kisten einander oft wie ein Ei dem anderen. Der Fortschritt findet hinter dem Komma, nicht davor statt.

Schon malt die Computerindustrie eine neue Fata Morgana an die Wand: Eines nicht fernen Tages soll es soweit sein, daß Computer unmittelbar durch die menschliche Sprache programmiert werden können.

Doch in dieser Rechnung ist ein Denkfehler beschlossen: Die Summe von Informationen ergibt noch kein Ganzes, Gedanken haben eben eine andere Qualität als eineinzelne Begriffe. Das Ziel, den Computer zu einer Art Übersetzer zu machen, wird also unerreichbar bleiben.

Statt solchen Wunderformeln nachzuhängen, sollte die informationstechnische Industrie sich besser darauf konzentrieren, die Masse ihrer möglichen Nutzer in einer verständlichen Sprache anzureden und anzuschreiben.

Ihr anglo-technizistisches Sprachgemisch hat vermutlich sehr viel mehr Unternehmen, Organisationen und Bürger von der Nutzung der Informationstechnik ferngehalten, als die Industrie durch ihre Werbung gewinnen

konnte. Denn noch immer wenden sich die Päpste der Informations-technik an die Laien der Informationsgesellschaft mit einem Vokabular, das diese nicht verstehen können und oft auch nicht akzeptieren wollen. Es ist paradox: Die modernste Technik, die wir haben, steht sich auf dem Weg in den Markt selber im Wege.

Gerade die Mikroelektronik macht es heute technisch möglich, Verantwortung zu delegieren, Entscheidungen zu dezentralisieren und die selbstverantwortliche Handhabung durch Personen und Gruppen zu leisten. Das ist auch politisch wichtig, weil dadurch bürokratische Einflüsse begrenzt und demokratische Einwirkungen verstärkt werden können, denn die Speicherung und Handhabung der Informationstechnik gibt all denen einen Vorsprung an Wissen und Können, die Zugang dazu haben und damit umgehen können.

In dieser Übersetzung von Informationstechnik in den Alltag liegen die wesentlichen Schnittstel-

len zwischen Technik und politischer Ordnung begründet. Technik ist immer der Übergang des Gewußten in das Gestaltete, ist stets auf Neues gerichtet und kann schon deshalb als solche weder Vertrauen noch Mißtrauen bewirken. Demokratische Alternativen Entscheidungen sind nur über die Verwendung von Technik, nicht über deren Erkenntnisstand möglich.

Eine Demokratie muß sich darauf konzentrieren, von der Technik die Transparenz ihres jeweiligen Wissens und die Sicherheit des Gebrauchs ihrer Werkzeuge zu fordern. Mehr kann sie nicht verlangen.

Den anderen Schritt aber muß die Industrie tun: Sie bleibt heute mit ihren Fachsprachen in den eigenen Sprachbarrieren stecken. Mit immer neuen technischen Orakeln ist niemand gedient, wir brauchen einen besseren Kompaß.

Professor Ulrich Lohmar, SPD-MdB von 1957 bis 1974, ist Vorsitzender des Vorstandes der Anstalt für Kommunikations-Ludwigshafen

Die Armen von La Victoria weinen nicht, sie kämpfen

Wenn in Santiago gegen die Regierung Pinochet protestiert oder gestreikt wird, wenn Schüsse fallen oder Molotow-Cocktails explodieren, ein Stadtteil ist immer betroffen: das Arbeiterviertel „La Victoria“.

Von WERNER THOMAS

Der Taxichauffeur reagiert überrascht, als er sich nach dem Fahrtziel erkundigt. „La Victoria? Was wollen Sie da?“ Wir erklären ihm die Gründe, er mahnt: „Laßt uns vorsichtig sein.“

Die berühmte berüchtigte Siedlung liegt draußen im Südwesten der Hauptstadt. Sie liefert immer Schlagzeilen, wenn Protestaktionen gegen die Militärregierung stattfinden. Denn werden hier Barrikaden errichtet, die Panzerfahrzeuge später wieder niederzuwalzen. Dann brennen Autos als Blickfang für die zahlreich versammelten Fernsehteams und Fotografen der internationalen Presse. Dann erscheinen Soldaten mit schwarz gefärbten Gesichtern, die automatischen Gewehre im Anschlag. Dann explodieren Bomben und fallen Schüsse.

Es hat in den letzten drei Jahren acht Todesopfer gegeben, unter ihnen der französische Priester André Jarlan, der am 4. September 1984 von zwei Kugeln getroffen wurde. Die meisten Leute kennen die Namen. Für sie sind es Märtyrer. Sie sind an den Häuserwänden verewigt. Ein zweistöckiges Haus, Ranquilstraße Nr. 4721, fällt besonders auf. Ein Kreuz und Poster erinnern an Jarlan. „Das Licht von André weist uns den Weg“, heißt eine Losung. In diesem Haus war der Priester von den tödlichen Schüssen getroffen worden. Die Kugelschläge durch die Holzwand sind noch mit weißer Farbe markiert.

„Der Priester ist ein gefährlicher Agitator“

Hier wohnten bis Montag vergangener Woche drei arbeitslose französische Geistliche, die General Pinochet am vergangenen Donnerstag ausweisen ließ. Der prominenteste Priester: Pierre Du Bois. Die Regierung fürchtete ihn als gefährlichen Agitator. Die Bevölkerung verehrt ihn wie einen Heiligen.

La Victoria, 34 000 Einwohner, staubige Straßen, schäbige Gebäude (manche aus Holz und Blech), ärmlich gekleidete Menschen, streunende Hunde, gleicht einer Frontstadt. Eine Wandbemalung erläutert die Mixture für einen Molotow-Cocktail. Neben Hammer- und Sichelzeichen prangen die Kürzel MIR und FPMR. Die beiden marxistischen Guerilla-Organisationen „Bewegung der Revolutionären Linken“ (MIR) und „Patriotische Front Manuel Rodríguez“ (FPMR) bekämpfen das Regime mit Waffengewalt.

„Einigkeit und Kampf – Wir werden gewinnen“, verkünden Slogans. Gräben, quer über die Straßen gezogen, sollen die Bewegung der Militärfahrzeuge behindern. General Pinochet ist als Teufel dargestellt, Gebete ersetzen die Hörner. Die Wandmalerei taufen ihn „Perrochet“, Perro heißt Hund.

Im nordwestlichen Teil der Siedlung verbarrikadierten sich die Carabinero-Polizisten. Straßensperren, Gitterzaun, Betonhäuser für das Wachpersonal. Vor dem festungsähnlichen Gelände steht ein ausgetranter Bus. Die Beamten mustern Fremde mit mißtrauischen Blicken.

„Señor“, sagt der stellvertretende Revierchef, „La Victoria ist ein Aktionsfeld der Terroristas“, der marxistischen Rebellen. „Wir entdecken ständig Waffen. In den letzten Tagen konnten wir amerikanische Schnellfeuerwaffen M-16, Handgranaten und riesige Mengen Munition sicherstellen.“ Der junge Mann weigert sich, seinen Namen zu verraten. „Wir haben Angst. In La Victoria herrscht eine Kriegsatmosphäre.“

Die Angst beruht auf Gegenseitigkeit. Fast alle Gesprächspartner wollen anonym bleiben. Die Leute reden dagegen freimütig. Überall werden wir von Passanten umringt, die stets die gleichen Klagen führen: Arbeitslosigkeit, Hunger, Repression. Der Priester Sergio Torre, der die „Nuestra Señora de la Victoria“-Kirche nach der Ausweisung der drei französischen Geistlichen vorübergehend betreut, berichtet: „Nur 20 Prozent der Bevölkerung haben einen festen Job, 50 Prozent sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Die staatlichen Beschäftigungsprogramme erfassen nur 30 Prozent.“

Eine 40jährige Frau schildert ihre Situation: „Mein Mann bringt monatlich 5000 Peso nach Hause. Er ist bei Polh (einem der Beschäftigungsprogramme). Wie soll man damit leben? Ich muß noch drei Kinder ernähren.“ 5000 Peso entsprechen etwa 50 Mark. Die Frau erinnert: „Ein Liter Milch kostet umgerechnet 72 Pfennig, ein Kilogramm Brot ca. 94 Pfennig. Wir essen fast nur Bohnen und Gemüse.“ Sie weiß nicht, wann sie die letzte Fleischmahlzeit servieren konnte, „das liegt zu lange zurück.“

Die Armen wurden immer ärmer

Ein 60jähriger Rentner, in La Victoria geboren, betont: „Die Lage wird immer schwieriger für uns. Die Löhne halten nicht Schritt mit den Preisen. Die Arbeitsstellen werden rarer. Die sechziger und siebziger Jahre waren weit besser.“ Er hat einmal 14 000 Peso verdient. Heute bezieht er eine Rente von 5000 Peso. Man brauche mindestens 40 000 Peso monatlich, um einigermaßen über die Runden zu kommen.

Priester Torre meint: „Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung hilft lediglich den bessergestellten Bevölkerungsschichten. Die Armen wurden ärmer. Ein gefährliches Expansionspotential.“ Er räumt aber auch ein, daß die Hilfsmöglichkeiten der Regierung oft begrenzt seien. Etwas ein Fünftel der 4,5 Millionen Einwohner Santiagos leben in Slumbezirken wie La Victoria.

Kein Bezirk aber ist militanter als dieser. Wenn die Opposition eine Streikaktion oder Demonstrationen anderer Art veranstaltet, ernen die Pressteams nach La Victoria. Sie kommen dort immer auf ihre Kosten. „In La Victoria gibt es keinen Anhänger dieser Regierung“, versichert ein 19jähriger Jugendlicher ohne Arbeit. Als eine Frau auf den „Señor Presidente“ schimpft, erheben die Zuhörer sofort Einspruch: „Señor Presidente!“ Die Frau berichtet sich: „Ich meine diesen... diesen... Pinochet.“



Pierre Du Bois: Für die Regierung in Santiago ist der Priester ein Agitator, die Armen verehren ihn wie einen Heiligen. FOTO: AFP

Das Gefühl der Hoffungslosigkeit schuf eine Stimmung des Hasses, die mit jedem Zwischenfall eskaliert. Die Sicherheitskräfte erscheinen regelmäßig, um Häuser nach Waffen und Propagandamaterial zu durchsuchen und verdächtige Personen festzunehmen. Sie erscheinen auch nachts während des Ausgangsverbot zwischen 2.00 und 5.00 Uhr.

Die Zerstörung des Kulturzentrums „André Jarlan“ am Montag vergangener Woche war jedoch ein Tageslicht geschehen, gegen 11.30 Uhr. Die Militärs hatten Waffen verstreut und die Räume verwüstet. Auf dem Boden liegt noch die zerbrochene Gipsbüste Jarlans. Eine junge Frau mit zwei kleinen Kindern sagt bei der Besichtigung des erst fünf Tage zuvor eröffneten Gebäudes: „Die Jugend wächst in einem Klima der Gewalt auf. Wo soll das hinführen?“

Der Carabinero-Beamte verteidigt die Schuldzuweisung anders. „Die Marxisten mißbrauchen und manipulieren diese Menschen. Sie werden indoktriniert.“ Sie dienten schließlich als Kulisse von Komparsen für die Fernsehteams, die in der ganzen Welt den falschen Eindruck verbreiteten würden, daß sich Chile in einem Bürgerkrieg befände.

La Victoria steht auch jetzt noch dem Attentatsversuch auf General Pinochet am 7. September widerig. Mittelpunkt des Geschehens. Die Bevölkerung reagiert mit Demonstrationen auf die Ausweisung der drei französischen Priester. In der ärmlichen Kirche werden Gedenkgottesdienste veranstaltet. Eine 22jährige Frau, Cecilia Fina Palaguro, starb an Schußverletzungen. Die Zeitung „La Segunda“ meldete eine „spannungsgeladene Atmosphäre“.

Die Deportation der Franzosen stimmt viele Einwohner noch hoffnungsloser. Die von den Priestern eingerichtete öffentliche Küche ist geschlossen. Immer wieder erklären die Leute, die Priester seien keine Provokateure gewesen. „Sie waren Pazifisten“, betont eine Frau. „Sie haben oft ein Blutvergießen verhindert.“ Pierre Du Bois hat sogar vielen Soldaten das Leben gerettet. „In einem seiner letzten Interviews äußerte Du Bois die Befürchtung, daß marxistische Gruppen die Jugend zur Gewalt inspirieren. Auf einer Häuserwand gegenüber der Kirche steht geschrieben: „Pierre, Jaime und Daniel – wir werden nicht um euch, wir werden für euch kämpfen.“ Gemeint sind die drei französischen Geistlichen.

Als wir auf der Avenida La Feria, der Straße vieler Konfrontationen, zurück in Richtung Innenstadt fahren, bricht der Taxichauffeur sein Schweigen. Er gesteht, daß er La Victoria zum ersten Mal erlebt hat. Sein Kommentar: „Armes Chile.“



Für den Königlich Bayerischen Zögling und Schaffner unvorstellbar: Polizeiuniformen im Freizeitlook und eine Briefträgerin in ziviler Kleidung. FOTOS: DPA/SAHN

Ungeliebt – die Einheitskleidung

Die Uniform, Stolz vieler Beamten-Generationen, verliert an Glanz. Versuche, mit Uniformen im zivilen Look die Abneigung zu bremsen, haben nur bedingt Erfolg. Die Unlust an der Einheitskleidung teilen die Beamten mit ihren Kollegen in der privaten Wirtschaft.

Von EBERHARD NITSCHKE

In regelmäßigen Abständen und alle Jahre wieder stellt die Deutsche Bundespost in ihrem „Postmagazin“ für einen größeren Leserkreis die ständig verbesserte und liberalisierte „Dienstkleidung“ für ihre Beamten vor: 1986 präsentierten Mannquins und Dressmens vor poststalistischem Hintergrund die Modelle, mit denen die 288 000 Mitglieder der „Postklederkasse“ sich ausrüsten sollen.

Da gibt es schicke Blazer mit dem Posthornzeichen nur noch unterhalb des linken Ellenbogens auf dem Ärmel. Für die Damen wurden zum Beispiel blaue Kleider mit gelbem Schlipf und dem Posthorn über dem Herzen gezeigt. Es wurden gestreifte weiß-blaue Blusen und Anoraks für den Außendienst vorgestellt, zusammen mit dem Text: „Verpflichtet zum Tragen von Dienstkleidung sind grundsätzlich alle Bediensteten mit Kontakten zu Postkunden.“

Für die Dienstkleidung erhalten alle Verpflichteten jährlich einen wertmäßig begrenzten Zuschuß. In Höhe von zwei Dritteln der Anschaffungskosten, der Rest ist aus dem eigenen Geldbeutel zu beschaffen. Schon 1981 gab es insgesamt 145 Artikel in der Kollektion. Angebote je nach Geschlecht in Tweed, Cord, Gabardine, Popeline, Loden und Leder.

Ein Blick in fast jedes beliebige Postamt zeigt, daß die Anweisung von oben an der Basis kaum auf Gegenliebe stößt. Es scheinen immer weniger Bedienstete Wert auf den immerhin im Lauf der Jahre schon sehr aufgelockerten Einheitslook zu legen, der im „Handbuch für die Postwesen“ von 1953 unter anderem noch mit dem Hinweis begründet wurde: „Zweck der Dienstkleidung ist es, ihren Träger (...) als Angehörigen der Staatsgewalt zu kennzeichnen, und durch Erhöhung der äußeren Würde seinen Amtshandlungen größeren Eindruck zu verleihen.“

Die Bundeswehr, die sich noch am ehesten heute auf solche Prinzipien berufen könnte, kann ihre Wehrpflichtigen keine Minute länger als in den Kasernen notwendig in Uniform halten. Seit vielen Jahren, so ein

Sprecher des Verteidigungsministeriums in Bonn auf Anfrage der WELT, hat es keine Versuche der Bundeswehrführung mehr gegeben, den Wehrpflichtigen nahezuweisen, während des Wochenendurlaubs auch einmal die Uniform anzuziehen. „Es wird zwar gern gesehen, aber es gibt keinen Erlaß“, heißt es im Ministerium dazu.

Außerhalb von Garnisonsstädten wird der 1970 eingeführte „Ausgeh-Anzug“ der Truppe also kaum auffällig, noch nicht einmal bei Trauungen, seit einige evangelische Pfarrer dagegen opponierten. Unbeschadet bleibt, daß es eigentlich nur eine ausdrückliche Anweisung zum Tragen von Zivildienstkleidung gibt, folgt man der maßgeblichen „Ziv 37/10“, die weiblichen Sanitätsoffizieren der Bundeswehr die Möglichkeit einräumt: „Während einer Schwangerschaft kann Zivildienst getragen werden.“

Nach Jahren der NS-Herrschaft, in denen die Deutschen zwischen 1933 und 1945 gezwungen waren, vom Kind bis zum Greis Uniformen zu tragen (sogar für den „KdF“-Reisenden gab es eine Einheitsaufmachung), setzte die Welle der Abkehr von martialischer Uniform vor genau zehn Jahren bei der Polizei ein.

Nach jahrelangem zähen Ringen der Länder untereinander wurden die Polizeiuniformen in der Bundesrepublik Deutschland vereinheitlicht und damit „zivilisiert“. Ausdrücklich hatte man hier einen Modeschöpfer beauftragt. Heinz Oestergaard stellte zunächst 13 verschiedene anzugähnliche Dienstkleidungen vor, von denen dann drei in den Kombinationen dunkelblau/hellblau, beige/braun und dem später siegreichen moosgrün/beige in die engere Wahl kamen.

Für die Polizei ist die kurze Hose verboten

Die Entscheidung fiel in einer Sitzung der Innenministerkonferenz am 13. und 14. September 1974. Zwei Jahre später begann die Umstellung. Polizeidirektor Wolf-Dieter Lüddecke vom Polizeiabschnitt Hildesheim kommentierte dazu in der Zeitschrift „Die Polizei“ neun Jahre danach: „War in der Vergangenheit Funktion und Amt eines Uniformträgers für jeden Bürger leicht erkennbar, so ist man aus nicht ganz erkennbaren Gründen (um der Mode willen?) davon abgewichen.“ Und die modische Abweichung, das weiß der Praktiker, geht bei einem solchen Trend weiter. In Kassel zum Beispiel wurde jetzt einem Kriminaloberkommissar im

Polizeipräsidium „das Tragen einer kurzen Hose“ während des Dienstes untersagt.

Was der Polizei im Zuge der liberalisierten und zum Zivilanzug umgestalteten Uniform zugebilligt wurde, mußte natürlich auch dem Zoll zustehen. Zu der hier fälligen „Reformvorbereitung“ heißt es in der Schrift „Zolldienstkleidung einst und heute“ von 1972 aus dem damaligen Zivildienst-Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen: „Die allzu oberrichtlich wirkende voluminöse Schirmmütze mußte weggelassen.“ Ebenfalls verschwanden das Koppel, die Rang-, Laufbahn- und Funktionsabzeichen. Der bisherige „Waffenrock“ wurde zur „Dienstjacke“, der zugehörige Schlips wurde den Beamten in fröhlichem Pepita angeboten.

Stolz wird in der Schrift mitgeteilt, daß die demokratische Mitbestimmung des betroffenen Personals, rund 27 000 Personen, vorbildhaft war und nur durch elektronische Datenverarbeitung bewältigt werden konnte. Das war bis dahin in der deutschen Verwaltungspraxis „noch nie dagewesen“. Befriedigt wurde vom zuständigen Ministerium festgestellt: „Die zivil geschnittene Grün an Klubbjacken.“ Und: „Wer dienstkleidungspfleger ist, darf trotzdem unter bestimmten Voraussetzungen dennoch während des Dienstes Zivildienstkleidung tragen.“

Bei der Deutschen Bundesbahn begann die große Wende hin zum Zivillook später. 1985 führte man als ersten Schritt weg von der „Uniform“ bei den InterCity-Zugbegleitern die neue Mode ein, das gesamte Personal soll jedoch in abgestuften Schritten folgen. Nachdem noch bei der erst 1934 in die Deutsche Reichsbahn auf gegangenen Preußischen Staatsbahnenverwaltung selbst die Güterexpeditionsvorsteher und Stationskassenrentanten zur Uniform mit Zwölf-Millimeter-Goldstickerei den Degen zu tragen hatten, wurde nun bei der Bahn der Modedesigner Ernst Maltner vom „Creativ-Studio für Herrenbekleidung“ in Dreieich beauftragt.

Er erfindet leichtblaue Fresco-Anzüge mit Mützen, die nur noch halb so schwer wie die bisherigen sind, für die Herren, rote Stewardessenkostüme mit blauer oder blaue Kostüme mit roter Paspelierung für die Damen im Dienst der Bahn. Die völlige Abschaffung der „Hoheitsrechte“ der Beamten drückt sich darin aus, daß sie, zumindest in der 1. Klasse, auch für das Herbeibringen von Kaffee

und Gulaschsuppe aus dem Speisewagen zuständig sind.

Wenn schon bei den „Hoheitsträgern“ von gestern die Abkehr von der Uniform so auffällig ist, wie darf sich dann erst der Einzelhandel gegenüber der Einführung einer Einheitskleidung verhalten? Wie auch in anderen Kaufhäusern tragen Verkäufer im Kaufhof keinen Einheitslook, sondern nur eine „Nadel“ mit dem Namen des Unternehmens. Ausschließlich beim Kaufhof an der Düsseldorfer Königsallee, so ein Sprecher der Zentralverwaltung auf Anfrage der WELT, hat man durch Einholung des Einverständnisses jedes Betroffenen auch noch ein persönliches Namensschild an Jackett oder Bluse einführen können.

Die Leute hängen an ihren Jeans

Über Schwierigkeiten auf diesem Sektor weiß das Hamburger Unternehmen Boco, nach eigenen Angaben in der Bundesrepublik Deutschland mit 300 000 Versorgten größter Berufskleidungsverleiher, gut Bescheid. Es bedürfte in Handwerk, Dienstleistungsunternehmen und Einzelhandel „großer Überzeugungsarbeit“ beim Personal, wenn der Chef „die Uniform“ einführen wollte. Die Leute „hängen an ihren Jeans“, meint man bei Boco, und sie seien Individualisten bis zum Bekenntnis: „Nur nichts Gleichförmiges.“

Das Problem hat auch die Kirche. Der für Gottesdienst und Kultusfragen zuständige Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Bayern, Adolf Spertl (München), ließ verlauten, bei „aller protestantischen Freiheit“ müsse auf gewisser Einheitsbekleidung von Seelsorgern seines Sprengels beharrt werden. „Wer wörtlich: Wenn eine Pfarrerin in Jeans und Turnschuhen eine Andacht hält, wird dies von Gemeindegliedern mißbilligt.“

Die Katholische Kirche hat, ebenfalls nicht ohne Grund, darauf hingewiesen, daß „der Kleriker in der Öffentlichkeit durch seine Kleidung eindeutig als Geistlicher erkennbar“ sein müsse. Die Katholische Deutsche Bischofskonferenz will keine Liberalität zulassen, sondern fordert „Oratorianerkragen“, den weißen Hemdkragen über dem schwarzen Pullover, oder den „römischen Kollar“ vom Geistlichen. Die „geziemte kirchliche Kleidung“ sei zumindest ein dunkler Anzug mit dem Kreuz am Revers des Jacketts, heißt es hier.

Das Meer

SMM '86
Internationale Fachmesse
Schiff, Maschine,
Meerestechnik mit Kongreß
Hamburg, 23.-27. September
täglich 9-18 Uhr, Sa. 9-15 Uhr



und die Technik

Zwei Begriffe werden mit der SMM '86 zur Einheit. Die Hamburger Fachmesse ist wieder internationaler Treffpunkt der führenden Schiffbauländer. Auf der Messe für Schiff, Maschine, Meerestechnik präsentieren kompetente Aussteller aus aller Welt ihre Weiterentwicklungen und Neuheiten den Fachbesuchern. Automation, Gewässerschutz, Kommunikation, Antrieb, Navigation, Offshore, Produktion – Themen, die nur einen Ausschnitt aus dem gesamten Spektrum der Messe zeigen. Das Konzept der SMM mit begleitendem Kongreß bietet weltweite Kontakte und internationale Information. Alle Voraussetzungen für eine optimale Marktpartnerschaft.
SMM Hamburg. Das große Forum der Branche schafft Impulse für den Weltmarkt Schiffbau und Meerestechnik!

Die SMM-Fachveranstaltungen

- Internationaler Congress für Schiffstechnik ICST '86
- Tag der Meerestechnik – eine Vortragsreihe zu neuen Entwicklungen und Konzepten

Partnerland China

Hamburg Messe

Die Adresse für Congress und Messen
Hamburg Messe und Congress GmbH
Postfach 30 24 80 · D-2000 Hamburg 36
Tel. (040) 35 69-0 Telex 2 12 609

Stoltenberg zieht Bilanz nach Privatisierung

HH, Bonn

Finanzminister Stoltenberg hat die Privatisierungsbilanz seit 1983 auf 1,5 Milliarden Mark beziffert. Beim Vorstand der Bundesbetriebe in Berlin fügte er jedoch hinzu, daß er gleichzeitig zur Konsolidierung industrieller Bundesbeteiligungen 1,4 Milliarden Mark aus dem Bundeshaushalt aufgebracht habe. Erstmals in der Nachkriegszeit habe eine Bundesregierung ein „Gesamtkonzept für die Privatisierungs- und Beteiligungs politik des Bundes“ vorgelegt. Seit 1983 habe der Bund 61 Beteiligungen veräußert, verringert oder aufgegeben. Ende 1986 werde die Bundesbahn ihre Beteiligung an der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank verringern. Insgesamt werde die Bundesbahn ihre „Beteiligungs politik neu orientieren“.

Der Minister ging erneut auf die Forderungen Washingtons an die Bundesrepublik nach einer expansiven Geld- und Finanzpolitik ein.

Nutzen Sie alle Berufs-Chancen.
Nutzen Sie den großen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte. Sie finden ihn jeden Samstag in der WELT

und sprach von „Feineinschätzungen“ der Kritiker. Die geforderte Verringerung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses sei „real bereits in vollem Gange“. Internationale Studien zeigten, „daß selbst eine forcierte expansive Finanzpolitik in Deutschland und Japan nur eine geringe Auswirkung auf die außenwirtschaftliche Bilanz in den USA hätte“. Die durchschnittliche Aufwertung der D-Mark seit März 1985 habe rund zehn Prozent betragen. Die notwendige Anpassung dürfe „nicht allein den Wechselkursen aufgebürdet werden“. Die USA müßten ihr Haushaltsdefizit „konsequent“ verringern, Japan seine Märkte weiter öffnen und die Binnen nachfrage nachhaltig stärken.



Lehnt den Dialog mit den Grünen ab: Joseph Cardinal Höfner
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Von HENK OHNESORGE

In der Frage des Paragraphen 218 und als Folge davon in der Haltung gegenüber den Grünen hat die katholische Kirche eine andere Akzentuierung als die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). Dies ist im Zusammenhang mit dem 89. Deutschen Katholikentag in Aachen deutlich geworden.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Cardinal Höfner, hatte dort wiederholt die von den Grünen geforderte völlige Streichung des Paragraphen 218 als wider den Glauben gerichtet abgelehnt und erklärt, das „massenhafte Umbringen“ ungeborener Kinder sei nicht nur ein Skandal, sondern auch eine tödliche Bedrohung des deutschen Volkes. Im Zusammenhang mit der Forderung der Grünen hatte der Kardinal die Begründung, daß durch die Frau mehr Entscheidungsfreiheit verschaffen zu wollen, als „entsetzlich“ bezeichnet.

Auch die weitere Forderung der Grünen, andere Lebensgemeinschaften der Ehe rechtlich gleichzustellen, widerspreche – so Höfner – der katholischen Glaubenslehre. Ein Volk, in dem Ehe und Familie zerfallen, sei zum Tode verurteilt. Ähnlich hatten sich, so auf der Kundgebung „Schützt das Leben“ auf dem Katholikentag, andere katholische Geistliche und Laien geäußert.

Die Forderungen der Grünen auf ihrem Parteitag in Hannover waren

Für beide großen Kirchen in Deutschland ist es menschliche Selbstüberschätzung, über Wert oder Unwert von Leben urteilen zu wollen. Im Grundsatz sind sie also einig. Meinungsverschiedenheiten gibt es in der Frage: Wie halt ich's mit den Grünen?

Wider 218 ex cathedra oder mit Exhorte?

auch die Begründung dafür gewesen, daß die Partei mit ihren Funktionären offiziell nicht zum Katholikentag eingeladen worden war. Wegen dieser Forderungen hatte schon im Vorfeld Cardinal Höfner die Grünen als für Katholiken unwählbar bezeichnet.

Für die Protestanten sagte auf dem Katholikentag Hartmut Löwe, Präsident der Kirchenkanzlei der EKD, im Grundsätzlichen gebe es Übereinstimmung, so in der Anerkennung des Rechts jedes Menschen auf Leben. Dies gelte ohne Einschränkung. Es sei menschliche Selbstüberhebung, über Wert oder Unwert von Leben urteilen zu wollen.

Durch eine Verschärfung des bestehenden Gesetzes werde jedoch nichts gewonnen und manches verspielt. Die Ursache der Misere sei nicht in einem schlechten Gesetz zu suchen, sondern es gehe vielmehr um die Vermittlung der Einsicht, daß das ungeborene wie das geborene Leben des Schutzes bedürfte.

Umständlich sagte der Präsident der EKD-Kanzlei, die evangelische Kirche halte die von den Grünen geforderte ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 für ethisch verantwortungslos und deshalb für nicht verantwortbar. Löwe machte diese Äußerungen am Freitag auf dem Forum „Ja zum Leben – Handeln für das Leben“.

Die Konsequenz beider Kirchen gegenüber den Grünen jedoch ist verschieden. Während der Präsident



Befürwortet den Dialog mit den Grünen: Bischof Martin Kruse
FOTO: AP

des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Bayerns Kultusminister Hans Maier, erklärt hatte, das „Tischstuch sei zerschnitten“, hält die EKD das Gespräch mit den Grünen für wichtig und will es auch weiterhin fortsetzen.

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Martin Kruse, sagte in einem Interview, er halte nichts „vom Zerschneiden von Tischstüchern mit politischen Parteien“. Zur Frage der Wählbarkeit erklärte der Ratsvorsitzende, seine Kirche wolle keine Wahlempfehlung für oder gegen eine Partei abgeben.

Vertreter des Rates der EKD und der Grünen waren bereits vor dem Aachener Katholikentag am 10. September zusammengekommen. Bei dem Meinungsaustausch wurde von der EKD anerkannt, daß die Ökologiebewegung zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit beigetragen habe. Dem Standpunkt der Grünen zum Paragraphen 218 jedoch, in den Augen der Grünen ein „Ausfluß patriarchalischer Strukturen“, wurde von den Vertretern der EKD energisch widersprochen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), ein Zusammenschluß von 17 lutherischen, unitarischen und reformierten Landeskirchen, kennt zwar Denkschriften des Rates, des gemeinsamen Leitungsgremiums, auch zu politischen Fragen, jedoch keine direkten Wahlempfehlungen.

Gericht stoppt Vergabe der Studienplätze

PAUL F. REITZE, Bonn

Ein Beschluß des Verwaltungsgerichts Hannover sorgt für Unsicherheit, wie ein Teil der Medizin-Studienplätze für das bevorstehende Wintersemester zu vergeben ist. Der Medizinischen Hochschule Hannover wurde vorläufig untersagt, Bewerber nach einer erstmals angewandten Regelung zuzulassen. Dies sieht vor, daß „unwesentlich rund 15 Prozent der Plätze von den Hochschulen in freier Entscheidung vergeben werden. Die niedersächsische Landesregierung wirt gegen den Richterspruch beim Obergericht in Lüneburg Beschwerde einlegen.

Die Neuregelung bestimmt im einzelnen: Unter allen Bewerbern, die im Hauptverfahren (Note, Test, Wartezettel) nicht zugelassen werden konnten, ist die Dortmunder Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) dreimal so viele Namen aus, wie an Restplätzen zur Verfügung stehen.

Die Betroffenen werden dann den einzelnen Hochschulen gemeldet. Dort finden mindestens halbstündige Auswahlgespräche mit jedem Bewerber statt; sie werden von zwei Medizin-Professoren geführt. Es soll damit eine endgültige Klarheit über Eignung und Motivation zum Medizinstudium gewonnen werden.

„Rechtsweg ausschöpfen“

Lassen sich die Hochschullehrer von weniger Bewerbern überzeugen, als es Plätze gibt, fallen diese an die ZVS zurück, die dann im „Nachrückverfahren“ eine Vergabe vornimmt, und zwar nach Länge der Wartezettel.

Vier Verwaltungsgerichte haben inzwischen die Neuregelung für Rechtsen befunden. Nur Hannover hat bisher dem Eilantrag der Marburger Rechtsanwälte Becker und Hauck stattgegeben. Wird diese Entscheidung, so die Anwälte zur WELT, „rechtskräftig, so müssen die Wissenschaftsminister der Länder handeln, da damit die Einheitlichkeit der Studienplatzvergabe nicht mehr gesichert ist.“ Sollte das Obergericht in Lüneburg den Hannoveraner Beschluß kassieren, will die Anwaltskanzlei den Rechtsweg voll ausschöpfen und das Bundesverfassungsgericht anrufen.

Schily beschwichtigt die Gegner der Böll-Stiftung

Fundamentalisten lehnen parteinahe politische Vereinigung ab

DIETHART GOOS, Bonn

Auf ihrem bevorstehenden Bundeskongreß vom 26. bis 28. September in Nürnberg werden sich die Grünen neben dem umstrittenen Thema einer Unterstützung der SPD mit einem weiteren Problem beschäftigen müssen, das Sprengkraft besitzt. Es geht um die Frage, ob die Grünen nach dem Vorbild der anderen Bundestagsparteien eine eigene Stiftung gründen und sich damit öffentliche Geldquellen erschließen. Starke Kräfte in der Parteiführung lehnen es ab, sich an der geplanten „Heinrich-Böll-Stiftung“ in Köln zu beteiligen, deren Initiatoren sich um eine Mitwirkung der Grünen bemühen.

Wie in der Koalitionsfrage sind die Grünen auch beim Thema Parteistiftung gespalten. Das Lager der Fundamentalisten, denen es um die reine grüne Lehre ohne Kompromisse geht, lehnt eine Parteistiftung ab. Zur Begründung heißt es, die Grünen hätten zu Recht bei den anderen Parteien den Mißbrauch ihrer Stiftungen als Spendenwaschanlagen angeprangert. Daher sei es politisch inkonsequent und schädlich, wenn die Grünen jetzt eine eigene Parteistiftung gründen würden.

Diese Position der Fundamentalisten (Fundis) wird vom Flügel der Realisten (Realos) entschieden zurückgewiesen. Wenn sich die Möglichkeit ergebe, für die politische Bildungsarbeit der Grünen und ihre strategischen Ziele mittels einer Stiftung öffentliche Gelder zu erhalten, sollte dieser Weg auch beschritten werden, heißt es bei den „Realos“. Man habe mit der eigenen Stiftung eine gute Möglichkeit, die mißbräuchliche Praxis der „Altparteien“ an den Pranger zu stellen.

Vorbereitungsgespräch

Trotz eindringlicher Warnungen von Mitgliedern der Parteiführung, unter ihnen Regina Michalik vom Bundesvorstand und Petra Kelly, fand am vergangenen Wochenende in Köln unter Beteiligung von Vertretern der Grünen ein Vorbereitungsgespräch für die „Heinrich-Böll-Stiftung“ statt. Für die Grünen nahmen unter anderem die ehemaligen Bundestagsabgeordneten Christa Nickels

und Otto Schily sowie Lukas Beckmann vom Bundesvorstand teil.

Zur Beschwichtigung seiner innerparteilichen Gegner erklärte Schily später, es habe sich lediglich ein Gesprächskreis versammelt und es sei nichts gegründet worden. Schily sprach von Mißverständnissen innerhalb der Grünen, die auf dem bevorstehenden Bundeskongreß ausgeräumt werden sollten.

Gründung im nächsten Jahr?

Wie verlautet, waren sich die Initiatoren, unter ihnen der Sohn des 1985 verstorbenen Schriftstellers, René Böll, Zukunftsforscher Robert Jungk, der aus der Sowjetunion ausgebürgerte Schriftsteller Lew Kopelew und der frühere Kommuniste Rainer Langhans einig, daß die „Heinrich-Böll-Stiftung“ im nächsten Jahr gegründet werden und den Grünen nahe stehen soll. Man werde auch öffentliche Mittel in Anspruch nehmen, heißt es, die Stiftung werde aber kein Geldverteilungsinstitut wie bei CDU, CSU, SPD und FDP.

Finanzielle Ansprüche an den Staat in Höhe von etwa 50 Millionen Mark, wie sie nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Juli dieses Jahres über die Rechtmäßigkeit der Parteistiftungen gemacht worden waren, bezeichneten die Initiatoren der neuen Stiftung als erheblich zu hoch. In der Anfangszeit sei mit etwa einer Million Mark jährlich zu rechnen.

Die Teilnahme von Grünen an den Vorbereitungsgesprächen für die Böll-Stiftung in Köln, wird von den Gegnern einer solchen Einrichtung als klarer Verstoß gegen bindende Partei- und Fraktionsbeschlüsse der Grünen bewertet. Sie sprechen von Eigenmächtigkeiten, die der Bundeskongreß nicht tolerieren werde.

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung und die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung haben einen Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ zurückgewiesen, wonach beiden Stiftungen der Entzug der Gemeinnützigkeit bevorstehe. Es gebe nicht um eine generelle Aberkennung, sondern allenfalls für einen begrenzten zurückliegenden Zeitraum.

Die Welt steckt voller Degussa



Das schicke Kaffeeservice auf Ihrem Frühstückstisch, die farbigen Fliesen in Ihrem Badezimmer. Sie können beinahe darauf wetten, daß Degussa die Hand im Spiel hat.

Degussa stellt eine Fülle der verschiedensten keramischen Farben und Glasuren her, mit denen man überall auf der Welt Keramik, Glas und Porzellan dekoriert.

Degussa bringt Farbe in unsere Welt. Eine Leistung unter vielen. Denn die Welt steckt voller Degussa.

Degussa

Degussa, Teil unserer Welt. Metall. Chemie. Pharma.

DKP will mit SPD-Stimmen die „Rechtswende“ beenden

Wahlempfehlung auch für Grüne / Unmut bei Genossen

WERNER KAHL, Bonn

Beobachter aus der Bonner Botenschaft des Kreml sind vermutlich von der Teilnahme an den Veranstaltungen einer Werbewoche der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) für den „realen Sozialismus“ im ganzen Bundesgebiet mit zwiespältigen Gefühlen in die Bundeshauptstadt zurückgekehrt. Die abrupte Ankündigung dieser Werbewoche kam offenbar für viele DKP-Mitglieder überraschend. Auf den Rednerlisten fehlte der im Vorjahr groß herausgestellte damalige geschäftsführende Chef der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, Wladimir Sagladin, ohne Angaben von Gründen für sein diesjähriges Fernbleiben. Daß der Kenner Deutschlands und Westeuropas im Kreml in Ungnade gefallen war, konnten DKP-Mitglieder nur in der WELT lesen (13. 9. 86). Die „UZ“, die Zeitung der Kommunisten, schwieg über den Sturz Sagladins.

Ganzseitig hatte das DKP-Zentralkomitee die Werbetournee von Funktionären des mittleren Managements im Moskauer Zentralkomitee durch die Bundesrepublik Deutschland für die Woche vom 6. bis 13. September angekündigt. Alle Genossen zwischen Augsburg und Hamburg wurden aufgefordert, die Informationsveranstaltungen an ihren Orten zu besuchen. Die Ostberliner Führung schickte ebenfalls Funktionäre. Polnische Agitatoren referierten zugleich über „den Stand der sozialistischen Erneuerung“ Polens vor meist halberfüllten Sälen und Gasthofzimmern.

Unter den Mitgliedern der DKP herrscht erhebliche Unzufriedenheit mit der Wahlempfehlung ihres Parteivorstandes, Kommunisten sollen bei der Bundestagswahl am 25. 1. 1987 ihre Erststimmen der Direktkandidaten der „Friedensliste“ geben und mit den Zweitstimmen für die Landeslisten der SPD oder der Grünen votieren. Das erläuterte DKP-Chef Herbert Mies bei einer Bundeswahlkonferenz der DKP in Bottrop vor rund 200 Funktionären und Wahlkandidaten. Den Verzicht auf eine DKP-Liste begründete er mit der Notwendigkeit, die „Rechtswende“ in Bonn durch eine SPD-geführte Regierung zu beenden, die „in irgendeiner Form mit den Grünen kooperiert“. Wegen „positiver Veränderungen“ in der Politik von SPD und Grünen, die zu einer „Fülle von Gemeinsamkeiten“ geführt hätten, halte die DKP beide Parteien „gegenwärtig für wählbar“.

Die innerhalb der DKP umstrittene Wahlempfehlung wurde dem Vernehmen nach aufgrund von Gesprächen des Parteivorstandes mit der Ostberliner SED-Führung bereits im Frühjahr getroffen.

Außer innerparteilichen Verstimmungen wegen des Verzichts auf eine eigene Wahlbeteiligung staut sich offenbar in der DKP Unverständnis über die sowjetische Politik zur Kernenergie an. Parteimitglieder sehen sich zunehmend in Diskussionen verwickelt, warum die Sowjetunion weiter auf den Ausbau der Atomkraft setzt, während für die Bundesrepublik Deutschland der Ausstieg verlangt werde.

Senator Scholz will sich von Langguth trennen

H. R. KARUTZ, Berlin

In der Berliner Landesregierung stehen mehrere personelle Veränderungen unmittelbar bevor: Der erst zum Jahresanfang benannte Bevollmächtigte Berlins beim Bund, Staatssekretär Dr. Gerd Langguth (CDU), gibt nach anhaltenden Unstimmigkeiten mit Bundesminister Professor Rupert Scholz (CDU), sein Amt auf. Bemühungen um eine andere Verwendung im Landesdienst scheiterten bisher. Wissenschaftssenator Professor George Turner verliert ebenfalls seinen Stellvertreter: Hermann Schuster will als Generalsekretär zur neugegründeten Berliner Akademie der Wissenschaften wechseln.

Die schon seit längerer Zeit in Bonn kolportierte Trennung zwischen Scholz und dem angesehenen CDU-Nachwuchspolitiker Langguth (er war zuvor einer der drei Direktoren der Bundeszentrale für politische Bildung) signalisiert ein zweifaches Scheitern: Zwischen Scholz und Langguth, den der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen auf Empfehlung seines Senatskanzleichefs Detlef Stronk vorgeschlagen hatte, gab es von Anfang an persönliche und sachliche Mißverständnisse. Zum anderen zeigte es sich, daß die Bestellung eines gesonderten Bevollmächtigten beim Bund – heute nur noch in Baden-Württemberg praktiziert – keinen Gewinn für Berlin brachte und sich als fehlerhafte Folge einer FDP/CDU-Koalitionsabsprache erwies. „Es geht einfach nicht mehr weiter. Das ganze Unternehmen war falsch“, heißt es im Hause von Bundes- und Justizsenator Rupert Scholz.

Ein Dach für die Deutschen in Ungarn

HANS KRUMP, Bonn

Die Ungarndeutschen erhalten als erste deutsche Volksgruppe im kommunistischen Machtbereich ein Kultur- und Begegnungszentrum. Bundespräsident Richard von Weizsäcker plant, das Gebäude in Fünfkirchen (ungarisch: Pécs), das der ungarische Staat der deutschen Kulturgesellschaft „Lenau-Verein“ 1985 schenkte und das total renovierungsbedürftig ist, bei seiner Ungarn-Visite Mitte Oktober zu besuchen. Die Pläne für Umbau und Einrichtung des „Lenau-Hauses“ – es ist nach dem ungarndeutschen Dichter Nikolaus Lenau (1802-1850) benannt – als geistige Heimstätte für die mehr als 200 000 Ungarndeutschen haben konkrete Gestalt angenommen. Es fehlt noch der Finanzierungsrahmen. Um den Großteil der Gesamtkosten von rund einer Million Mark zu tragen, die für den eng mit der Minderheiten-Vertretung „Demokratischer Verband der Ungarndeutschen“ kooperierenden Lenau-Verein unerschwinglich sind,

bereitet der „Verein für das Deutsche im Ausland“ (VDA) die Gründung eines Förderkreises vor.

VDA-Geschäftsführer Karsten Schlamelcher: „Der Förderkreis soll die Renovierung, Einrichtung und Erhaltung des Hauses begleiten und in der Bundesrepublik die Spendenwerbung koordinieren.“ Lorenz Kerner, Vorstandsmitglied im Lenau-Verein, setzt hier vor allem auf die ungarndeutsche Landsmannschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Einiges verspricht man sich auch vom Weizsäcker-Besuch und seinem Gespräch mit den Ungarndeutschen.

Die Einrichtung eines Kulturzentrums, das Sprach-, Ausstellungs-, Verbands- und Begegnungsstätte zugleich werden soll, ist ein weiterer Eckpfeiler für die Ungarndeutschen in ihrem Bemühen, ihre Identität zu wahren. Bisher haben deutschsprachige Klassenzüge an Gymnasien, deutscher Rundfunk, ein eigener Interessenverband und relative Prosperität in Ungarn den Wunsch nach

Ausreise gar nicht erst aufkommen lassen. Im Gegensatz zu den übrigen Ostblock-Staaten räumt Ungarn den Deutschen („Donauschwaben“) weitgehende Minderheiten-Rechte ein und ermuntert sie, ihre Identität zu bewahren.

Hinter der vergleichsweise liberalen Politik Budapests stecken auch eigene Interessen: Wegen der engen wirtschaftlichen Kontakte mit Bonn, Wien und Ost-Berlin braucht man genügend qualifizierte, die Deutsch können; zudem leben drei Millionen Madjaren in Nachbarstaaten, da will man in der Minderheitenpolitik selbst Vorbild sein.

Den Deutschen im Lande kann das nur recht sein. In Fünfkirchen stünde das Lenauhaus, mit dessen Fertigstellung der VDA für 1988 rechnet, im richtigen Ort. Die Bischofsstadt – der deutsche Name Fünfkirchen ist schon im 9. Jahrhundert bekannt – ist Hauptstadt des Regierungsbezirks Baranya, wo knapp die Hälfte der Ungarndeutschen leben.

Über die Berliner Mauer schweigen die Aussteller

„DDR“ präsentiert sich in Amsterdam / Kritische Besucher

HELMUT HETZEL, Amsterdam
Ausgerechnet in einer Bourse, dem Seismographen eines freien marktorientierten Wirtschaftssystems, und dann auch noch in der berühmten, von Berlage erbauten Amsterdamse „Koopmansbeurs“, findet derzeit eine Ausstellung statt, in der die Vorteile der Planwirtschaft gepriesen und das Leben im „real existierenden Sozialismus“ mit farbenprächtigen Bildern, unzähligen Statistiken und markigen Propagandasprüchen gelobt wird. „Die DDR, ein Land voller Überraschungen“, so lautet das offizielle Motto dieser Ausstellung, mit der sich Ost-Berlin drei Wochen lang in der holländischen Hauptstadt präsentiert.

Überraschung Nummer eins: Der rege Andrang und das daraus abzuleitende offensichtlich große Interesse der Niederländer an der „DDR“. Scharenweise strömt das Publikum zu der von der „Vereniging Nederland-DDR“ organisierten Ausstellung. Es sind fast ausschließlich Jugendliche im Alter zwischen 16 und 35, die sich in einem Schach-Match mit Großmeistern aus der „DDR“ messen wollen, einen Blick auf die Exponate aus Meißener Porzellan werfen und sich in einem original Berliner Biergarten bei einem Glas „Berliner Weiße“ erfrischen.

Auch die Plätze vor der Multivideo-Show, in der die Veranstalter „Berlin, die Hauptstadt der DDR“ im 15-Minuten-Rhythmus mit immer den gleichen Slogans als „Stadt des Friedens, der Entspannung und des Dialogs“ darstellen, sind bei jeder Vorstellung aufs neue voll besetzt. Fast überflüssig zu betonen, daß die gezeigten Dias diesem realitätsfremden Klischee entsprechen.

„Grenzenlos arrogant“

Kein Wort darüber, daß die Stadt von einer Mauer zerschnitten wird. Das provoziert bei einigen niederländischen Gästen allerdings auch die ersten kritischen Reaktionen: „Unglaublich“, sagt ein junger Amsterdamer, und schüttelt kräftig den Kopf. „Die tun ja so, als gebe es West-Berlin überhaupt nicht.“ Er hat, wie sich später in einem Gespräch herausstellt, an der Freien Universität in West-Berlin studiert und findet diese Berlin-Präsentation aus „DDR“-Sicht „einfach grenzenlos arrogant“.

Der Amsterdamer Student ist auch darüber informiert, daß just in diesen Stunden, während hier von Ost-Berlin immer wieder als der „Stadt des Friedens“ gesprochen wird, erneut

ein Fluchtversuch an der Mauer im Kugelhaag Ostberliner Schnellfeuerwaffen erstickt wird.
Fassungslos sieht der junge Mann auch vor einem „Stadtmodell Berlin“. Hier läßt die gleiche weibliche Tonbandstimme die Besucher zu einem Rundgang ein, schlenkert mit ihnen „Unter den Linden“ entlang, bis direkt ins Brandenburger Tor hinein, das, ohne eingemauert zu sein, am äußersten Rand der Modellplatte aufgebaut wurde.

Honecker neben Luther

„Und jetzt gehen wir wieder zurück“, tönt die Tonbandstimme. Nicht allen niederländischen Zuhörern wird der menschenverachtende Zynismus dieses Satzes bewußt. Die Stadtwanderung – eine Sackgasse. Nächste Station des Rundganges: die sowjetische Botschaft.

In der „DDR-Bibliothek“, wo als Avance an die so vom Protestantismus geprägten Niederlande eigens ein Regal „Christliche Literatur“ eingerichtet wurde, stehen zwei leinwandgebundene Prachthände, die sich mit zwei deutschen Persönlichkeiten befassen: Martin Luther und Erich Honecker.

Im Berliner Biergarten, wo munter geplaudert, aber auch heiß diskutiert wird, kann der Nachfrage nach „Berliner Weiße“ nicht immer sofort entsprochen werden. „Einen Moment“, sagt der Ostberliner Wirt, „ich muß auch erst noch einige Gläser von den Tischen abräumen.“

Ein „DDR“-Funktionär lobt in fast akzentfreiem Niederländisch die Vorzüge des Sozialismus: „Billige Grundnahrungsmittel, freie medizinische Versorgung, großzügiger Mutterschaftsurlaub, 20 Pfennig für die Straßenbahnen...“ Sein holländischer Gesprächspartner: „Dafür haben sie auch die Freiheit genommen.“

Mit Sonderseiten widmet sich die niederländische Presse der Ausstellung. Auch hier überwiegen kritische Töne. Das Rotterdamer „Algemeen Dagblad“ beschreibt die „schizophrene Situation“ der „DDR“ so: „Die Deutschen in der DDR konnten nicht selbst wählen und mußten die Nazidiktatur gegen den kommunistischen Einparteienstaat eintauschen. Sie versuchten aber, das Beste daraus zu machen.“ Das „NRC-Handesblad“ lobt die wirtschaftliche Situation in der „DDR“ und vergleicht sie mit der in den übrigen osteuropäischen Staaten. Sie sei ein Dampf, der die schwächeren Brüder ins Schlepptau nehmen muß.

Terrorismus: Paris macht mobil

Ab heute Visum-Pflicht, verstärkte Grenzkontrollen, Einsatz der Armee, Sondergerichte

PETER RUGE, Paris

Frankreich hat die innere Mobilisierung ausgelassen. Premierminister Chirac setzt nun auch die Armee ein, um gegen den Terrorismus vorzugehen. Dies ist die Reaktion auf die Serie von Bombenanschlägen, die in Paris von einem „Solidaritätskomitee für arabische Politgefangene“ verübt wurden. Innerhalb der letzten zehn Tage wurden fünf Attentate ausgeführt, alle an öffentlichen Plätzen wie der Métro-Station im Gare de Lyon, dem Pariser Rathaus, in einem der besuchten Restaurants oder auf der Champs-Élysées. Es gab mehrere Tote und viele Verletzte.

Im einzelnen hat die Regierung z. B. folgende Maßnahmen getroffen: Visumpflicht für alle Ausländer, ausgenommen der EG-Bereich und die Schweiz, zunächst für sechs Monate Verstärkung der Grenzkontrollen, Überwachung durch Militäreinheiten, Kooperation der bisher zum Teil nebeneinander operierenden Polizeikräfte, Kontrollen und Personen durchsuchungen im Bereich öffentlicher Gebäude oder auch vor Kaufhäusern, Kinos, Restaurants. Sofortiger Vollzug der neuen Sicherheitsgesetze, die das Parlament vor der Sommerpause verabschiedete, was bedeutet: Die neuen Ausländerbestimmungen, die unter anderem Ausweisungen bei Strafvergehen ermöglichen, können nun von den Behörden angewendet werden.

Pretoria entsendet Farbigen zur EG

AFP, Johannesburg

Südafrika hat einen Inder, den Juraprofessor Bandra Ranchod von der Universität Durban, zum Botschafter bei der Europäischen Gemeinschaft (EG) ernannt. Die Ernennung des ersten nicht-weißen Botschafters fällt zeitlich in die Beratungen der EG über ein Paket begrenzter Sanktionen gegen Südafrika. In einem Interview sagte Ranchod, auch wenn er offizieller Vertreter eines Apartheidstaates werde, wolle er sich in seinem Amt für die Errichtung eines „neuen und geeinten Südafrikas“ einsetzen.

Außenminister Roelof Botha bekräftigte unterdessen nach einer Reise nach Taiwan, Japan und Hongkong, Südafrika werde sich nach Fernost orientieren, falls die westeuropäischen Staaten und die Vereinigten Staaten Sanktionen verhängten. Südafrika könne auch von dort seine Güter beziehen, die es derzeit aus Europa und den Vereinigten Staaten importiere.

wendet werden. In Paris wird ein Sondergericht für Terrorismus eingerichtet. Die Polizei darf jetzt auch länger als 48 Stunden Verdächtige festhalten, der Polizeigewahrsam wurde auf 96 Stunden ausgedehnt.

Die Entschlossenheit der französischen Regierung, mit allen Mitteln gegen den Terrorismus vorzugehen, hat eine positive Reaktion ausgelöst. Die Pariser Presse hebt besonders die Geschlossenheit der politischen Parteien hervor. Von links bis rechts, nur Zustimmung. Nach den Tagen der Bedrohung durch die Anschläge, die in der Bevölkerung Angst und psychologischen Druck auslösen sollten, zeige sich, daß die Verantwortlichen zu einem Schulterschluss fähig seien. Diese Haltung werde es jedem Franzosen erleichtern, die Polizeiarbeit zu unterstützen und die verschärften Kontrollen als eine nationale Notwendigkeit hinzunehmen.

Im Kampf gegen den Terrorismus ist der Kriegszustand eingetreten, sagte Jacques Chirac, aber Frankreich werde sich nicht der Erpressung beugen. Die Bombenleger, die ihre arabische Herkunft aus dem Nahen Osten in mehreren Briefen offenlegten, fordern die Freilassung vor allem von drei Terroristen, die in französischen Gefängnissen einsitzen: Anis Naccache, der das Mordkommando gegen den ehemaligen iranischen Premier Bachitar im Juli 1980

anführte. Varoujan Garbedjian, armenischer Chef einer Geheimorganisation, die im Juli 1983 das Blutbad auf dem Flughafen Orly anrichtete. Ibrahim Abdallah, Anführer der Libanesischen Befreiungsfront (FARL), der in die Morde am Militärattaché der US-Botschaft in Paris sowie einem israelischen Diplomaten verwickelt ist. „Wir verhandeln nicht“, erklärte der französische Premierminister.

Frankreich sieht sich gegenüber dieser Forderung in einem Zweifrontenkrieg: Zu den Anschlägen auf französischem Territorium, kommen die seit etwa drei Wochen anhaltenden Übergriffe schiitischer Terrorgruppen auf die Blauhelme der UNO-Schutztruppe im Nahen Osten. Mit 1400 Mann stellt die 5. Republik das größte Kontingent dieser Einheit, die in der Pufferzone zwischen Israel und Libanon steht. Nachdem am Wochenende der Tod eines weiteren französischen Fallschirmjägers gemeldet wurde, verlangt nun Paris die Einberufung des Sicherheitsrates in New York für Mittwoch.

Beim Attentat auf den Champs-Élysées am Sonntag konnte ein weitestgehendes Unglück nur dadurch verhindert werden, weil die durch die Aufmerksamkeit einer Kasserin herbeigerufenen Polizisten die Bombe in den Keller trugen, wo sie explodierte.

US-Marines zeigen Schwächen

CvB, Brüssel

NATO-Beobachter haben während der Herbstübung „Northern Wedding ‘86“ in Norwegen Schwächen bei den US-Marines, den „Ledernackten“, festgestellt. Zwar fiel ihre hervorragende Ausrüstung auf, aber auch die Tatsache, daß sie sich verhielten, als gäbe es keine Luftbedrohung. Während britische und niederländische Royal-Marines in Minuten vom Strand verschwunden waren, stapelten die Amerikaner dort ihr Gerät und warteten auf Befehle. Im Gegensatz dazu zeigten die europäischen Marines einen hohen Stand der Einzelausbildung. Jeder Soldat ergriff sofort, wenn nötig, selbst die Initiative. In der NATO wurde daran erinnert, daß die US-Elitegruppe ihre Erfahrungen im Pazifik gesammelt habe und sich erst an europäische Verhältnisse gewöhnen müsse. Ihr Oberbefehlshaber im Atlantik, Generalleutnant Gray, sei bekannt dafür, erkannte Schwächen energisch zu beseitigen.

KPI bietet Craxi Koalition an

AFP, Mailand

Der Generalsekretär der italienischen KP, Alessandro Natta, hat zum Abschluß der jährlichen Feier des Parteiorgans „L'Unità“ den Sozialisten eine Koalition als Alternative zur regierenden Mitte-Links-Koalition vorgeschlagen. Natta erinnerte daran, daß der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi entsprechend dem Koalitionsabkommen vom vergangenen Juli im kommenden März sein Amt an einen Christdemokraten abtreten muß. Der Kommunistenchef ist der Ansicht, die Sozialistische Partei müsse endlich begreifen, daß ihre Teilnahme an der Fünferkoalition lediglich die Christdemokraten gestärkt habe.

Nach dem SPD-Parteitag in Nürnberg hatte Natta bereits auf die Übereinstimmung zwischen italienischen Sozialisten und deutschen Sozialdemokraten hingewiesen. Er bezog sich insbesondere auf die Frage des Ausstiegs aus der Kernenergie.

SDP zeigt sich flexibel gegenüber den Liberalen

Annäherung in der Verteidigungspolitik / Raketen-Kompromiß

R. GATERMANN, Harrogate

Gleich zu Beginn ihrer jährlichen Konferenz im nordenglischen Harrogate entschärften die Sozialdemokraten (SDP) den gravierendsten Konflikt im Verhältnis zu ihrem Allianzpartner, den Liberalen. Eine große Mehrheit erhielt ein Kompromißbericht, wonach die Entscheidung über die Ablösung der nuklearen Polaris-Raketen durch Trident jetzt noch nicht notwendig sei.

Zunächst sollten die Ergebnisse der sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen abgewartet werden. Darüber hinaus strebt die Allianz den Aufbau einer stärkeren gemeinsamen europäischen Verteidigung an, zu der – so schließt man nicht aus – eine „minimale nukleare Abschreckung“ gehören könnte.

Gute Ausgangsposition

Mit dieser Entscheidung glaubt die SDP, sich einmal für die kommende Wahl gegen die Tories und die Labour Party in der verteidigungspolitischen Auseinandersetzung eine gute Ausgangsposition geschaffen zu haben, zum anderen wird den näher zur totalen Nuklearabrüstung hin tendierenden Liberalen ein für sie akzeptabler Kompromißweg bereitet.
Die konservative Regierung hat beschlossen, Anfang des kommenden Jahrzehnts die Polaris-Raketen durch Trident zu ersetzen, womit sich Großbritannien nukleare Schlagkraft verneinigt. Labour dagegen fordert nicht nur die Verschrottung der eigenen Nuklearwaffe, sondern zudem auch den Abzug der amerikanischen Atomsprenköpfe.

In der Allianz hat sich nun weitgehend die Auffassung des SDP-Führers David Owen durchgesetzt, wonach die Zukunft von Polaris und Trident von den Ergebnissen der Verhandlungen zwischen den Supermächten abhängig gemacht werden soll. Allerdings kann sie mit einer Entscheidung nicht allzulange warten, denn – darin sind sich beide Parteien einig – vor den Parlamentswahlen, die in den nächsten acht bis 22 Monaten stattfinden werden, müsse die Allianz dem Wähler eindeutig ihre Position darlegen.

Zunächst gilt es jedoch, die Liberalen, die sich in der kommenden Woche treffen, zur Zustimmung zu bewegen. Sie sind weitaus stärker als die Sozialdemokraten in der Anti-Kernwaffen-Kampagne engagiert. Ihre Anhänger werden in der bevorstehenden Debatte sicherlich auf das Ergebnis einer jetzt veröffentlichten

Meinungsumfrage verweisen, wonach der Anteil der Briten, der für eine sofortige einseitige nukleare Abrüstung ist, von 25 auf 44 Prozent gestiegen ist. Nur noch 46 Prozent wollen einen multilateralen Beschluß abwarten.

Die Parteiführung der Liberalen steht zu dem gemeinsamen Kommissionsbericht. Auf unterer Ebene ist der Mißmut über diesen Kompromiß allerdings nicht zu überhören. Im Grunde haben sich die Liberalen inzwischen schon erheblich mehr dem verteidigungspolitischen Konzept der Sozialdemokraten angepaßt, als sich SDP-Führer David Owen veranlaßt sah, von seinem früheren Standpunkt abzuweichen, wonach Großbritannien Atommacht bleiben muß und der Schritt von Polaris zu Trident kaum vermeidbar sein werde.

Europäische Nuklearwaffe

Nach eigener Darstellung „überaus positiv“ wurde bei der NATO in Brüssel und in Paris sowohl von Präsidenten als auch vom Regierungschef die Vorstellung der beiden Allianzführer Owen und Steel aufgenommen, als „Ergänzung und Gegengewicht“ zu den USA eine europäische Nuklearwaffe aufzubauen, deren Verfügungsgewalt gemeinsam bei Großbritannien und Frankreich sowie eventuell auch bei der Bundesrepublik Deutschland als größter konventioneller Waffenpartner in Europa liegen sollte. Kämme es zu einem solchen Beschluß, wäre dies, so sagte David Owen, ein Wendepunkt in der britischen Verteidigungspolitik.

In seiner mit langem und demonstrativem Beifall aufgenommenen Rede erklärte Steel, die Verteidigungspolitik der Allianz beschreibe einen neuen Weg, „um eine neue und einflußreiche Rolle für Großbritannien zu finden, den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken, in Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn eine kosteneffektive Verteidigung zu schaffen. Damit könne mehr Unabhängigkeit von der Politik der USA erreicht und ein bedeutender Beitrag zur Abschreckung und Rüstungskontrolle geleistet werden.“

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 570.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Im Modemarkt findet sie immer wieder lukrative Nischen.

Für ihre Geldanlage fanden wir aussichtsreiche Aktien zukunftsorientierter Branchen.

Mode ist Saisongeschäft. Wer Ideen hat, die ankommen, hat zweimal im Jahr gutes Einkommen. In der Zwischenzeit überwiegen die Ausgaben. Dann ist es vorteilhaft, wenn ein Kapitalpolster vorhanden ist.

Reden Sie mit uns. Wir sind Ihre Bank.

Zu welchen Anlagen wir Ihnen raten, hängt nicht nur vom Kapitalmarkt ab. Entscheidend für unsere Empfehlung ist auch die spezielle Situation Ihres Unternehmens: Branche, Kapitalausstattung und zu erwartende Liquiditätsfordernisse. Denn ein Wertpapierdepot bei der BfG soll einerseits hohe Rendite abwerfen, andererseits Ihren unternehmerischen Handlungsspielraum nicht einschränken. Deshalb hört unsere Beratung nicht auf, wenn Sie Ihr Depot eingerichtet haben. Schließlich sind auch die Börsen immer in Bewegung.

BfG-Ihre Bank

BfG



BfG-Bildarchiv Nr. 3344

LC 48

Der Berliner hat Spuren hinterlassen

Es ist in den vergangenen Jahren stiller geworden um Klaus Schütz. Erst jetzt, vor seinem morgigen 60. Geburtstag, taucht sein Name in den Spalten der Zeitungen wieder auf. Denn es werden zur Zeit die Weichen gestellt, ob der Sozialdemokrat am 10. November in seinem Amt als Intendant der Deutschen Welle bestätigt wird. Angesichts der aktuellen politischen Mehrheitsverhältnisse wird es zumindest schwer werden für ihn.

Die glücklichste Zeit im Leben des alten Genossen gegenüber aufgeschlossenen Berliners (wenn auch in Heidelberg geboren) war zweifellos die Phase der Großen Koalition in Bonn. Sein Mentor Willy Brandt, dem er in den fünfziger Jahren mit hemdsärmeligen Methoden die SPD-Basis an der Spree auf (rechten) Vordermann gebracht hatte, machte ihn zum beamteten Staatssekretär, dessen Spuren auch heute noch im Auswärtigen Amt zu finden sind. Auch die enge Freundschaft der beiden, wobei sich Egon Bahr immer in Konkurrenz zu Schütz sah, hat bis heute gehalten.

Das Debakel mit Heinrich Albertz in der damals noch sozialdemokratischen Hochburg Berlin zwang Klaus Schütz nach Berlin zurück. Er kam im Herbst 1967 als neuer Regierender Bürgermeister,



Am 60. Geburtstag vor neuer Weichenstellung: Klaus Schütz

wurde aus der linken Ecke mit persönlichen Verurteilungen empfangen - und blieb länger Regierungschef, als je ein anderes Berliner Stadtoberhaupt nach dem Krieg. In einer Phase innerparteilicher „Konzentration der Kräfte“ und als er nach schweren Operation die Zügel wieder fester in die Hand nahm, kam im Mai 1977 der Rücktritt von „Vater Klaus“, wie ihn die Mitarbeiter nannten.

Die freundschaftlichen Kontakte, die er in Berlin bereits geknüpft hatte, ebneten für Schütz den Weg auf den Botschafterposten in Tel Aviv. Er leistete dort viel für die weitere deutsch-israelische Verständigung. Im März 1981 wurde er Nachfolger des überraschend verstorbenen Conrad Ahlers im Kölner Funkhaus. PETER PHILIPPS

„EG muß in der Sanktionsfrage Einigkeit zeigen“

Co. Bonn

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Otto Graf Lambsdorff hat gestern die Meinung seiner Partei und der Bundesregierung zur Südafrikapolitik bekräftigt. „daß handelspolitische Sanktionen nicht geeignet sind, politische Ziele zu erreichen“. Sollten allerdings elf EG-Mitglieder zu dem Ergebnis kommen, „daß die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten gezielte Sanktionen gegen Südafrika anwenden sollen, dann kann und darf die Bundesregierung sich aus europapolitischen Gründen dem nicht entgegenstellen“, sagte der frühere Wirtschaftsminister zu den am gleichen Tage begonnenen Brüsseler Beratungen der EG-Außenminister.

Als entscheidend bezeichnete es Lambsdorff, daß Sanktionen auch von allen Partnern praktiziert und umgesetzt werden, sollte die EG sie beschließen. „Es wird immer groß angekündigt, bis man merkt, daß man sich ins eigene Fleisch schneidet. Und dann wird die Sache fatal, dann ist es mit der Überzeugung und der Bekämpfung der Apartheid nicht mehr so weit her.“ Notwendig sei in diesem Zusammenhang auch ein Vorschlag, „was denn weiterführende gestaltende Politik sein soll“.

Energisch wandte sich der FDP-Politiker gegen die Forderung der Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Monika Wulf-Mathies, Bonn solle nach wirkungsvollen Sanktionen gegen Südafrika verbünden. „Ziemlich unverfroren“ sei vor allem die Bemerkung von Frau Wulf-Mathies nach einem Besuch in Südafrika, die Bundesrepublik Deutschland setze ihre Glaubwürdigkeit als freier demokratischer Staat aufs Spiel, „wenn sie weiterhin ihre wirtschaftlichen Interessen höher bewertet als die notwendige Solidarität mit der unterdrückten schwarzen Mehrheit“. Tatsächlich habe die Bundesregierung die deutschen wirtschaftlichen Interessen, „bei all diesen Erwägungen kaum jemals erwähnt und ins Spiel gebracht“. Es gehe ihr nur um den Nutzen von Sanktionen, betonte Lambsdorff.

Strauß: Mängel im Entwurf für Parteiprogramm

iz. München

Der bisher von CDU und CSU erarbeitete Entwurf zu einem gemeinsamen Wahlprogramm findet nicht die Zustimmung des CSU-Vorstands. Nach einer mehrstündigen Debatte der Parteispitze über dieses Thema ließ Franz Josef Strauß gestern erkennen, daß die CSU mit der Vorlage unzufrieden ist. „Weitere Diskussionen sind erforderlich“.

Die Möglichkeit, auch mit einem eigenen CSU-Programm in den Bundestagswahlkampf zu gehen, machte Strauß mit der Bemerkung deutlich, das „Gesicht der CSU muß in dem Programm erkennbar sein oder in ihrem eigenen“. Dazu müßten einige Punkte deutlicher herausgearbeitet und andere ins Programm aufgenommen werden.

Allein für den Bereich Innere Sicherheit liegt nach Worten des Parteivorsitzenden ein „langer Katalog“ an Änderungswünschen vor. Die steuerpolitischen Vorstellungen der CSU, die - so Strauß - auch weitestgehend denen Stoltenbergs entsprechen, sollten aufgenommen werden, daß sie vom Wähler klar beurteilt werden können. Bei der Sozialpolitik fordert die CSU deutlichere Aussagen zur Kriegsopferversorgung und Pflegeversicherung. Ohne nähere Erläuterungen und erst auf Nachfrage nannte Strauß auch die Außenpolitik als einen ergänzungswürdigen Punkt.

Ausführlich behandelte er dagegen das Asylrecht und die CSU-Forderung nach einer Grundgesetzänderung. Während Strauß von sich behauptete, er habe sich mit der Mäzene „eingehender befaßt als manche, die darüber reden“, hielt er der CDU vor, jüngste Äußerungen auch von Bundeskanzler Kohl „erfordern dringend eine Erklärung“. Nachdem der Kanzler gesagt habe, es werde keine Einschränkung des Grundrechts auf Asyl geben, wolle die CSU jetzt wissen, was die CDU unter einer Ergänzung des Asylartikels im Grundgesetz verstehe. Denn eine Ergänzung ohne Einschränkung des Grundrechts kann sich Strauß nicht vorstellen. Der endgültige Entwurf soll bis Ende Oktober vorliegen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 71

Gefahr kleiner Strahlendosen Unterschiede

„In sehr informativer Artikel „Auf der Suche nach Radikalen“ vom 23. August über die durch chemische Radikale vermittelte biologische Strahlungswirkung mag ergänzt werden durch den Hinweis auf eine weitere



Prof. Dr. Jens Scheer

interessante Gruppe von Radikalen, die sogenannten O₂-Radikale.

Diese lösen an den Zellmembranen über mehrere Zwischenschritte Prozesse aus, die die Membranen zerstören, was Ausgangspunkt für verschiedene Gesundheitsschäden, einschließlich Krebs, sein kann. Andererseits reagieren diese Radikale auch miteinander und führen dann zu unschädlichen Endprodukten. Werden derartige Radikale durch hohe Strahlungsintensitäten erzeugt, ist die Chance groß, daß sie sich gegenseitig „entzünden“, also keine Schädigung des Mechanismus auftritt. Bei geringen Strahlungsintensitäten ist die Chance hingegen gering, daß sie sich begegnen, und groß, daß sie an die

Zellwand gelangen und dort den Schädigungsprozess auslösen. Diese Gesetzmäßigkeit hat der Entdecker des Effektes, der Kanadier Petkau, über etwa sechs Größenordnungen bis herab zur Intensität der natürlichen Hintergrundstrahlung an künstlichen Membranen, die aber den natürlichen chemisch sehr ähnlich sind, nachgewiesen.

Dieser Schädigungsmechanismus spielt also bei hohen Intensitäten, wie etwa bei Röntgenaufnahmen oder therapeutischen Bestrahlungen, praktisch keine Rolle, wohl aber bei geringen Intensitäten, wenn die sonstigen Arten der Strahlungswirkung eine immer geringere Rolle spielen.

Dies mag eine Erklärung dafür bieten, daß bei chronischer Langzeitbelastung etwa von Arbeitern in der Atomindustrie bei geringer Strahlungsbelastung relativ stärkere Wirkungen beobachtet worden sind, als man aus früheren Beobachtungen bei hohen Intensitäten für den niedrigen Bereich errechnet hatte.

Auch Strahlenschäden, wie sie bei geringen Intensitäten in der Umgebung von Atomanlagen oder infolge des Bomben-Fallouts beobachtet wurden, mögen in diesem für geringe Intensitäten typischen Effekt ihre Erklärung finden. Eine tiefgreifende Revision unserer Vorstellungen über die Gefährlichkeit relativ geringer Strahlungsmengen wäre die Folge.

Prof. Dr. Jens Scheer, Universität Bremen

„Stärken von der Beside milder“: WELT vom 4. September

Sehr geehrte Damen und Herren, bei der Aufteilung der Rente in angesammeltes Kapital, sprich regelmäßige Zahlungen von Pflichtbeiträgen während des Berufslebens, und die darauf angesammelten Zinsen, dem zu versteuernden Ertragsanteil wird wieder einmal schamhaft verschwiegen, daß die Pflichtbeiträge vor Abführung an die Versicherungsanstalt versteuert worden sind. Es ist folglich logisch, daß die Kapitalrückzahlungen an den Rentner nicht ein zweites Mal versteuert werden.

Im Gegensatz dazu stehen die Beamtenpensionen, für die der Beamte während seiner Dienstzeit keine Mark abgeführt hat.

Das sind also zwei Paar Stiefel, die nicht miteinander zu vergleichen sind.

Mit freundlichen Grüßen
Liesel Ostwald
Meckenheim

Denkanstoß

„Kernbrenner“: WELT vom 2. September

Sehr geehrte Damen und Herren, immer, wenn Kernenergiebefürworter kein weiteres Argument mehr haben, verweisen sie auf den Nachteil, den die Dritte Welt beim Verzicht unsererseits auf Kernenergie hätte.

Vielleicht sollten diese noch einen anderen Denkanstoß als den des RWI einmal zur Kenntnis nehmen: Technologien zur Energieeinsparung und andere sogenannte „Sanfte Technologien“, die Länder der Dritten Welt sich wohl eher leisten können als Kernkraftwerke, könnten (und werden es ja auch schon) durchaus in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt werden und noch wesentlich mehr zum Arbeitsplatz schaffen als Exportschlager werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Alfred Daniels
Warburg 1

Bukowski

„Kann der Westen die Entspannung überleben“: WELT vom 6. September

Sehr geehrte Damen und Herren, hoffentlich wird Bukowskis Beitrag von vielen zur Kenntnis genommen, besonders von Politikern, Kirchenleuten und Lehrern, damit das nebulöse Bild über unseren „Sicherheitspartner“ in vielen Köpfen verwandelt wird in eines, das der Wirklichkeit entspricht.

Mit freundlichen Grüßen
Karl Reinhold
Hamburg 61

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Honecker kommt frühestens 1987

D. D./DW, Berlin

Ein Besuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland ist offenbar frühestens 1987 zu erwarten. Die „DDR“ könne sich nicht in den Wahlkampf einmischen und „Bonn ist in weiter Ferne“, zitierte eine griechische Zeitung den SED-Chef anlässlich des Besuchs von Griechenlands Präsident Christos Sartzetakis, der als erstes Staatsoberhaupt eines NATO-Landes zu Gesprächen in Ost-Berlin eintraf.

Krieg in Iran kein Asylgrund

dpa, München

Bundesinnenminister Zimmermann hat Iranern, die vor dem Krieg gegen Irak in die Bundesrepublik Deutschland flüchteten, ein Recht auf Asyl abgesprochen. Der „Quick“ sagte er: „Wenn wir alle aufnehmen wollten, die aus Ländern kommen, in denen Kriege oder Aufstände stattfinden, dann hätten wir hier bald Millionen Asylanträge.“ Auf Dauer lasse es sich auch nicht vermeiden, Flüchtlinge aus Osteuropa abzuweisen.

Ein Besuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland ist offenbar frühestens 1987 zu erwarten. Die „DDR“ könne sich nicht in den Wahlkampf einmischen und „Bonn ist in weiter Ferne“, zitierte eine griechische Zeitung den SED-Chef anlässlich des Besuchs von Griechenlands Präsident Christos Sartzetakis, der als erstes Staatsoberhaupt eines NATO-Landes zu Gesprächen in Ost-Berlin eintraf.

Bundesinnenminister Zimmermann hat Iranern, die vor dem Krieg gegen Irak in die Bundesrepublik Deutschland flüchteten, ein Recht auf Asyl abgesprochen. Der „Quick“ sagte er: „Wenn wir alle aufnehmen wollten, die aus Ländern kommen, in denen Kriege oder Aufstände stattfinden, dann hätten wir hier bald Millionen Asylanträge.“ Auf Dauer lasse es sich auch nicht vermeiden, Flüchtlinge aus Osteuropa abzuweisen.

es wächst der Unmut der Bevölkerung, die sich durch die Fortdauer des offensichtlichen Mißbrauchs des Rechts auf Asyl von den politisch Verantwortlichen und die sind alle Parteien - im Stich gelassen fühlt. Asyl-Einwanderung ist zum bloßen Rechtsvollzug abgesunken; die Einwanderungssouveränität unseres Staates ist de facto auf eine unbegrenzte Zahl autonom entscheidender Ausländer übergegangen.

Auch der Zusatz zum GG Artikel 16, „näheres regelt ein Gesetz“ - warum spricht man immer von „Änderung“? - wird gegen den liberalistischen Flügel der FDP erst durchsetzbar sein, wenn die Kommunalpolitik jeder Partei beginnen Sturm zu laufen.

Angesichts dieser Realitäten bleibt uns nur die unerfreuliche und nicht sehr menschliche Methode der Abschiebung - sowie die Abschreckung durch die ebenfalls unerfreulichen Aufnahmebedingungen in unserem Lande; fürwahr ein Weg, der uns nirgendwo Befall bringt und der für die tatsächlich politisch Verfolgten eine Zumutung ist.

es wächst der Unmut der Bevölkerung, die sich durch die Fortdauer des offensichtlichen Mißbrauchs des Rechts auf Asyl von den politisch Verantwortlichen und die sind alle Parteien - im Stich gelassen fühlt. Asyl-Einwanderung ist zum bloßen Rechtsvollzug abgesunken; die Einwanderungssouveränität unseres Staates ist de facto auf eine unbegrenzte Zahl autonom entscheidender Ausländer übergegangen.

Auch der Zusatz zum GG Artikel 16, „näheres regelt ein Gesetz“ - warum spricht man immer von „Änderung“? - wird gegen den liberalistischen Flügel der FDP erst durchsetzbar sein, wenn die Kommunalpolitik jeder Partei beginnen Sturm zu laufen.

Angesichts dieser Realitäten bleibt uns nur die unerfreuliche und nicht sehr menschliche Methode der Abschiebung - sowie die Abschreckung durch die ebenfalls unerfreulichen Aufnahmebedingungen in unserem Lande; fürwahr ein Weg, der uns nirgendwo Befall bringt und der für die tatsächlich politisch Verfolgten eine Zumutung ist.

Auch der Zusatz zum GG Artikel 16, „näheres regelt ein Gesetz“ - warum spricht man immer von „Änderung“? - wird gegen den liberalistischen Flügel der FDP erst durchsetzbar sein, wenn die Kommunalpolitik jeder Partei beginnen Sturm zu laufen.

Angesichts dieser Realitäten bleibt uns nur die unerfreuliche und nicht sehr menschliche Methode der Abschiebung - sowie die Abschreckung durch die ebenfalls unerfreulichen Aufnahmebedingungen in unserem Lande; fürwahr ein Weg, der uns nirgendwo Befall bringt und der für die tatsächlich politisch Verfolgten eine Zumutung ist.

Angesichts dieser Realitäten bleibt uns nur die unerfreuliche und nicht sehr menschliche Methode der Abschiebung - sowie die Abschreckung durch die ebenfalls unerfreulichen Aufnahmebedingungen in unserem Lande; fürwahr ein Weg, der uns nirgendwo Befall bringt und der für die tatsächlich politisch Verfolgten eine Zumutung ist.

Angesichts dieser Realitäten bleibt uns nur die unerfreuliche und nicht sehr menschliche Methode der Abschiebung - sowie die Abschreckung durch die ebenfalls unerfreulichen Aufnahmebedingungen in unserem Lande; fürwahr ein Weg, der uns nirgendwo Befall bringt und der für die tatsächlich politisch Verfolgten eine Zumutung ist.

Angesichts dieser Realitäten bleibt uns nur die unerfreuliche und nicht sehr menschliche Methode der Abschiebung - sowie die Abschreckung durch die ebenfalls unerfreulichen Aufnahmebedingungen in unserem Lande; fürwahr ein Weg, der uns nirgendwo Befall bringt und der für die tatsächlich politisch Verfolgten eine Zumutung ist.

Herzliche Grüße
Eberhard Blum,
Präsident a. D., Untermerzbach

Wort des Tages

„Immerwährender Fortschritt ist nur um den Preis immerwährender Unzufriedenheit zu erkaufen.“

Marie von Ebner-Eschenbach, österreichische Autorin (1830-1916)

Personen

VERANSTALTUNG

Im Konrad-Adenauer-Haus, der Bonner CDU-Parteizentrale, hat die Union am 24. September zu einem technologiewissenschaftlichen Fachkongress einladen. Motto der ganztägigen Begegnung zwischen Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten: „Technischer Fortschritt für eine humane Zukunft“. Der Mannheimer Physiko-Chemiker und CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Josef Engl, Vorsitzender der Enquete-Kommission „Technikfolgenabschätzung“, wird die Tagung leiten. Eröffnet wird der Kongress CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler. Erster Sprecher ist Dr. Heinz Riesenhuber, der Bundesminister für Forschung und Technologie. Unter den Rednern sind der rheinland-pfälzische Minister für Umwelt und Gesundheit, Professor Dr. Klaus Töpfer, der Abgeordnete Christian Lemmer, wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Professor Dr. Paul Prave von der Hoechst AG Frankfurt, Dr. Maximilian Gege von der Arbeitsgemeinschaft „Umwelt, Gesundheit und Ernährung in Hamburg und schließlich Baden-Württembergs Ministerpräsident Dr. Lothar Späth, der das Thema „Moderne Technologien - Optionen für eine humane Zukunftsgesellschaft“ behandeln wird.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. Gottfried Huttner von der Universität Konstanz hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Organische Chemie und Strukturchemie an der Universität Heidelberg erhalten und angenommen.

Dr. Walter Heits, Professor an der Universität Marburg, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Organische Chemie an der Freien Universität Berlin erhalten.

KIRCHE

Der neue Erzbischof von Wien, Hermann Greier, hat am Sonntag nachmittag in seiner nunmehrigen Kathedrale, dem traditionsrei-

chen Wiener Stephansdom, von seinem Vorgänger Kardinal Franz König die Bischofsweihe empfangen. Papst Johannes Paul II. hatte Monsignore Groer im Juli zum Nachfolger Kardinal Königs ernannt, der im September 1985 im Alter von 80 Jahren in den Ruhestand getreten war. Bundespräsident Kurt Waldheim, sein Amtsvorgänger Rudolf Kirchschläger, Bundeskanzler



Hermann Groer

Franz Vranitzky und Mitglieder der Bundesregierung sowie das diplomatische Korps nahmen an der Zeremonie teil. Unter den ausländischen kirchlichen Würdenträgern befanden sich Nuntius Erzbischof Michele Cecchini und Bischöfe aus der Bundesrepublik Deutschland, Polen und Ungarn.

EHRUNGEN

Auf dem Weltkongress für Magen-Darm-Medizin (Gastroenterologie) in São Paulo ist der mit insgesamt 60 000 Mark dotierte Boehringer-Ingelheim-Forschungspreis für Arbeiten auf dem Gebiet der Reizübertragung im Nervensystem vergeben worden. Der erste Preis mit 30 000 Mark ging an Dr. Richard Alan North vom Massachusetts Institute of Technology (Cambridge/USA). Professor Ernst Mutschler (Frankfurt am Main) erhielt den zweiten Preis mit 20 000 Mark und Dr. Kendall Harden von der University of North Carolina den dritten Preis mit 10 000 Mark. Der Preis würdigt Arbeiten mit sogenannten Muscarin-Rezeptoren. Muscarin ist ein Gift des Fliegenpilzes. Auf diese

Substanz sprechen bestimmte Empfänger-moleküle an, die Reize zwischen Nervenzellen übertragen.

Der 1940 in Düsseldorf geborene Künstler Ulrich Erben erhält in diesem Jahr den mit 10 000 Mark dotierten Konrad-von-Soest-Preis des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Erben arbeitet als Professor an der Abteilung Münster der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf. Mit ihm wird, so die Jury, ein Mann ausgezeichnet, dessen Werk das Ergebnis einer Suche nach Klarheit von Form und Farbe ist. Der Preis für bildende Kunst des Landschaftsverbandes wird alle zwei Jahre im Wechsel mit dem Annette-von-Droste-Hülshoff-Preis für Literatur verliehen.

BUCHPREMIERE

„Wen schmerzt noch Deutschlands Teilung?“ ist ein Rowohlt-Taschenbuch, das zwei Reden von Walter Scheel zusammenfaßt und das am Mittwoch in Bonn präsentiert wird. Es handelt sich um die beiden Reden, die Walter Scheel am 17. Juni 1978 und am 17. Juni 1986 in den Gedenkfeiern des Bundestages hielt. Die letztere übrigens mit späterer erheblicher Kritik der Union. Bei der Buchpremiere wird Bundespräsident a. D. Walter Scheel auch Außenminister Hans-Dietrich Genscher begrüßen können. Genscher wird einführende Worte sprechen sowie auch der verlegerische Leiter der Rowohlt-Verlage aus Hamburg, Dr. Michael Naumann.

WAHL

Dirk Bettels (21), niedersächsischer Landesvorsitzender der Schüler-Union (SU), ist zum Vorsitzenden des Gesamtverbandes für die Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Dirk Bettels ist den gleichaltrigen bayerischen SU-Landesvorsitzenden Michael Schottenhamel ab. Schottenhamel war als erstes CSU-Mitglied Vorsitzender dieser gemeinsamen Unions-Organisation geworden.

LAUFZEITEN UND ZINSEN - FÜR JEDEN ANLEGER DAS PAPIER NACH MASS.



Die BAYERISCHE LANDESBANK gehört zu den großen deutschen Emissionshäusern. 1985 erreichte der Bruttoabsatz an eigenen Schuldverschreibungen 14,2 Milliarden DM. Das waren 22 Prozent mehr als im Vorjahr.

Das sind Milliarden, die für das Vertrauen unserer Kunden sprechen. Wenn Sie in Wertpapieren investieren wollen, dann sollten Sie mit uns reden. Wir können Ihnen eigene Papiere mit Laufzeiten von einem bis 15 Jahren bieten. Unse-

re Fachleute offerieren Ihnen aber auch andere Papiere - Aktien, Festverzinsliche, Null-Coupon-Anleihen, Zero- oder US-Bonds etc. Unser Angebot ist komplett. Das bedeutet für Sie: Sie können über die BAYERISCHE LANDESBANK Girozentrale Ihr Anlagekonzept individuell realisieren, und zwar national wie international.

Bayerische Landesbank Girozentrale

In München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in Bonn, Frankfurt und Luxemburg. Außerdem in London, New York, Singapur (Niederlassungen), Johannesburg, Toronto, Wien (Repräsentanten). Sie erreichen uns auch über Btx: 38000 #

Eine Analyse der Studien über die Folgen eines Ausstiegs aus der Kernenergie zeigt, daß mit wesentlich höheren Umweltbelastungen zu rechnen ist, als in der Öffentlichkeit allgemein angenommen wird. Auch die Gutachten des Öko-Instituts in Freiburg und des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsinstituts in Essen für das Bundeswirtschaftsministerium verschweigen das nicht.

Alle reden vom Ausstieg, wer redet von den Folgen?

Von DANKWART GURATZSCH

Die Studien verschweigen die Tatsache zusätzlicher Umweltbelastungen keineswegs, die von ihnen genannten Zahlen jedoch sind in der Öffentlichkeit zum Teil falsch interpretiert oder gewichtet worden. Das Öko-Institut hatte mit der Angabe Aufsehen erregt, daß die zusätzlichen Belastungen bei einem Umstieg von Kernenergie auf Kohle (und andere Energieträger) nur vorübergehender Art seien. Bis 1995 könnten die Emissionen von Schwefeldioxid bei der Stromproduktion um 92 Prozent auf 138 000 und von Stickoxiden um 80 Prozent auf 155 000 Tonnen im Jahr gesenkt werden, und zwar trotz des Einsatzes von Energieträgern, die zusätzliche Emissionen verursachen.

Zu dieser optimistischen Prognose gelangt das Institut, indem es zusätzliche Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung voraussetzt: Stromerzeugungen von 15 Prozent, einen verstärkten Einsatz der Staubfänger anstelle der Schmelzfeuerungen, den vermehrten Einsatz von Importkohle, die bei der Verbrennung geringere Mengen an Schadstoffen abgibt, sowie den Zubau von Kraftwerken mit Wärmekopplung und Wirbelschichtfeuerung anstelle von konventionellen Großkraftwerken.

Diese Voraussetzungen sind allem Anschein nach mindestens zum Teil unrealistisch. So ist gerade das jüngste und modernste Steinkohlekraftwerk der Bundesrepublik in Ibbenbüren mit der größten Schmelzfeuerung der Welt ausgestattet worden. Außerdem würde der vermehrte Einsatz von Importkohle gegen den „Jahrbuchvertrag“ zur Sicherung der deutschen Kohleförderung verstoßen. Das Öko-Institut übersieht dieses Dilemma zwar keineswegs,

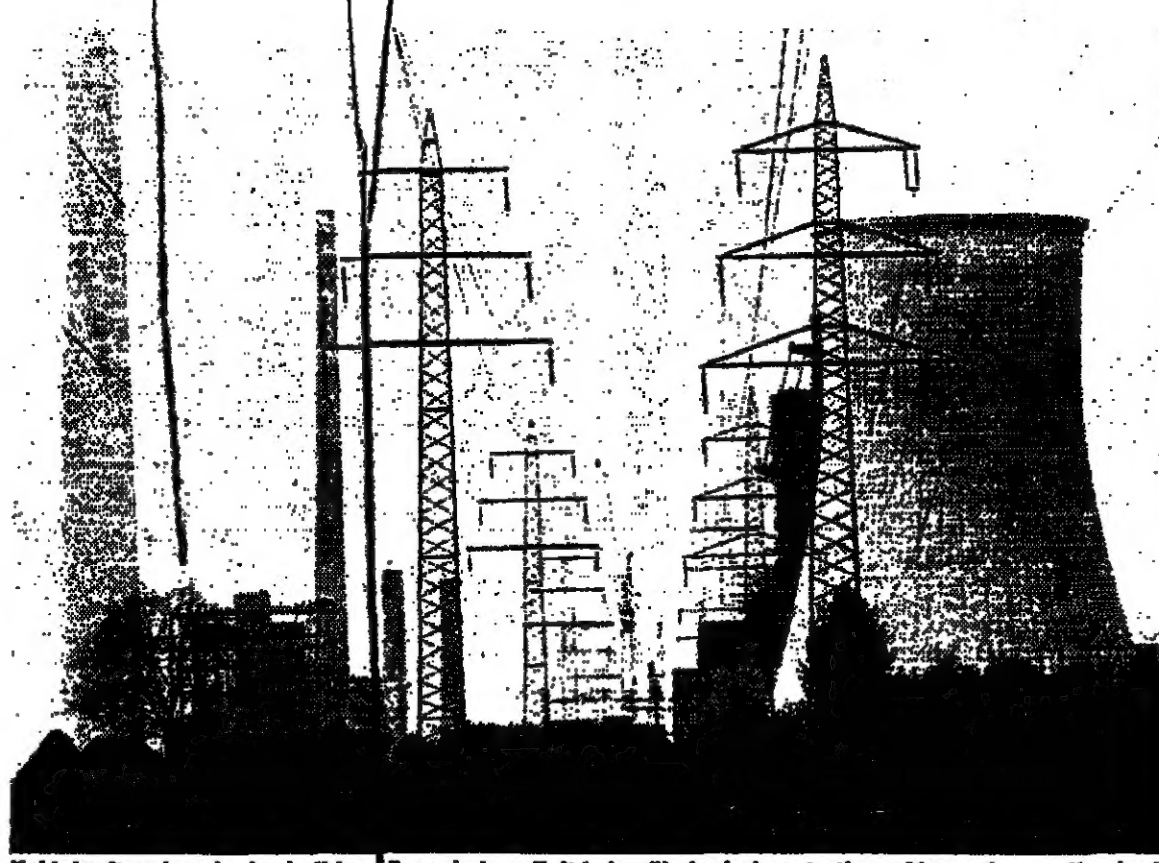
sondern kalkuliert ausdrücklich ein Anwachsen der deutschen Kohlehalde auf sechs Millionen Tonnen bis Anfang der neunziger Jahre ein. Aber es hält die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Risiken für beherrschbar, weil es davon ausgeht, daß nach Ausrüstung sämtlicher Kohlekraftwerke mit Rauchgasreinigungsanlagen deutsche Steinkohle wieder vermehrt eingesetzt werden könnte.

Selbst wenn alle diese Voraussetzungen zutreffen würden, müßte sich beim Umsteigen von der Kernenergie auf fossile Energieträger noch immer unweigerlich ein Mehr an Emissionen gegenüber dem Einsatz von Kernenergie ergeben. Die Studie des Öko-Instituts bleibt jedoch Angaben darüber schuldig.

Die tatsächliche Belastung wurde nicht berechnet

Das Institut hat weder den Vergleich angestellt, wie hoch die Mehrbelastung gegenüber jenen Werten ist, die nach den geltenden Richtlinien und Vereinbarungen zur Luftreinhaltung mit Milliardenaufwand bis 1995 erreicht werden sollen, noch rechnet es die Differenz zu jenen Werten heraus, die bei einem vermehrten Einsatz der Kernenergie in einigen Jahren erreicht werden würden. Auf diese Weise kann die tatsächliche Mehrbelastung gegenüber den Zielen der geltenden Luftreinhaltestrategien bei der Energieerzeugung nicht ermittelt werden.

In der Methode schließt sich die Studie des Instituts dabei an eine Ausarbeitung vom Oktober 1984 an, die von K. F. Müller-Reisemann und J. Schaffner vom Institut für angewandte Systemforschung und Prognose in Hannover erstellt und im Juli 1986



Kohlekraftwerke wie das in Ibbenbüren sind zur Zeit keine ökologisch vertretbare Alternative zur Kernkraft. FOTO: SCHILLING/DPA

aktualisiert worden ist. Sie dienten zuerst den Grünen im Bundestag zur Untermauerung ihres Gesetzesentwurfs für die sofortige Stilllegung von Atomanlagen in der Bundesrepublik (1984) und dann dem hessischen Umweltminister Fischer zur Begründung seines Szenarios „Energieversorgung ohne Atomkraft“ vom 22. Mai 1986.

Auch in diesem Papier wird der Bezug zu den Luftreinhalteprogrammen der Bundesregierung vermieden. Dargestellt wird lediglich, wie sich die Emissionen auch nach dem Ausstieg aus der Kernenergie reduzieren lassen, nicht aber, wie sehr diese Reduzierung durch den vermehrten Einsatz fossiler Energieträger gegenüber den geltenden Luftreinhalteprogrammen verzögert oder vermindert wird. So kommen die Verfasser zu der phantastisch anmutenden Angabe, die Schwefeldioxid-Emissionen könnten bis 1995 auf acht, die Stickoxid-Emissionen auf 13 Prozent gegenüber 1985 reduziert werden, ohne mitzuteilen, um welche Beträge die Zielmarken der Luftreinhaltekonzeption für die Energiewirtschaft dabei überschritten werden.

Ausgerechnet die beiden politisch den Grünen nahestehenden Institute haben also die ökologischen Auswir-

kungen des Ausstiegs aus der Kernenergie gar nicht wirklich untersucht. Dasselbe gilt für die Basler Prognos AG, die vom SPD-geführten nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium mit einer Ausstiegstudie beauftragt worden ist. Prognos-Mitarbeiter Konrad Eckert zur WELT: „Den ökologischen Part haben wir nicht untersucht, das war nicht unser Auftrag“.

Forderungen beruhen auf unvollständigen Gutachten

Beide Studien gaben den Grünen im Bundestag und in Hessen die Veranlassung, den „sofortigen Verzicht auf Atomenergie bei der Stromversorgung“ zu fordern. Die Prognos-Studie diente der SPD-Kommission unter Volker Hauff sogar zur Vorlage für ihr Ausstiegspapier, das wiederum Grundlage für den Beschluß des Nürnberger Parteitags der SPD war. Daraus ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß die ökologisch begründete Ausstiegsforderung beider Parteien ausgerechnet die Konsequenzen für die Umwelt bei Verzicht auf die Kernenergie gar nicht in Rechnung stellt.

Welches Versäumnis darin liegt,

zeigt die Angabe des Staatssekretärs Wagner vom Bundesumweltministerium: Bei der Ersetzung aller Kernkraftwerke durch Steinkohlekraftwerke modernster Bauart würden sich zusätzliche Emissionen an Schwefeldioxid von 110 000 Tonnen sowie an Stickoxiden von 88 000 Tonnen jährlich ergeben. Insgesamt, so erklärte Wagner, sind bei der Stromerzeugung in der Bundesrepublik durch Einführung der Kernenergie bisher Schadstoffemissionen von 4,5 Millionen Tonnen Schwefeldioxid und 2,2 Millionen Tonnen Stickoxiden vermieden worden.

Wagners Zahlen liegen sogar noch an unteren Rand der Schätzungen von Energieexperten. Hans-Günther Stalp vom Preussag-Vorstand rechnet mit 120 000 Tonnen Schwefeldioxid und 80 000 Tonnen Stickoxiden an zusätzlichen Emissionen jährlich, was einer Verdoppelung der Emissionen aller vorhandenen Kohlekraftwerke entsprechen würde, wenn diese mit modernsten Techniken ausgerüstet wären. Prof. August Eitz, Generalbevollmächtigter des RWE, nimmt sogar an: „Da kommen noch 60 bis 70 Prozent hinzu. Ich weiß wirklich nicht, wofür wir beim RWE fünf Milliarden in die Entschwefelung gesteckt haben“.

Zu völlig anderen Ergebnissen als die Öko-Studien kommen auch die Schätzungen der wirtschaftlichen Forschungsinstitute. Die Kernforschungsanlage Jülich beziffert in ihrer Studie vom Juni 1986 die zusätzlichen Emissionen an Schwefeldioxid kurzfristig auf 800 000 bis 650 000, an Stickoxiden auf 300 000 bis 350 000 Tonnen jährlich. Hans-Joachim Ziesing vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung gibt in seinem Beitrag für „Das Parlament“ vom 9. August 1986 Werte von 500 000 Tonnen Schwefeldioxid und 300 000 Tonnen Stickoxiden an. Beide Institute halten diese hohe Zusatzbelastung zwar für abbaubar, wenn die Kraftwerke mit Rauchgasreinigungsanlagen nachgerüstet oder durch umweltverträglichere neue Kraftwerke ersetzt worden sind, veranschlagen das dafür nötigen Zeitaufwand jedoch auf mehrere Jahre.

Im Unterschied dazu kommt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in seiner oben vorgelegten Studie für das Bundeswirtschaftsministerium zu einer entgegengesetzten Tendenz: Beim langfristigen Verzicht auf Kernenergie würden sich 1990 erst 4 000, 1995 34 000 Tonnen zusätzliche Emissionen an Schwefeldioxid und 8 000 beziehungsweise 28 000 Tonnen an Stickoxiden ergeben, weil fossile Energieträger erst in den 90er Jahren verstärkt eingesetzt werden würden. Bis zum Jahr 2010 würden die zusätzlichen Emissionen jedoch dann auf 227 000 Tonnen bzw. 195 000 Tonnen emporschnellen. Bei der Berechnung der vorübergehenden zusätzlichen Emissionen im Falle des kurzfristigen Umstiegs gelangt das Essener Institut zu ganz ähnlichen Zahlen wie die beiden anderen vorgenannten Institute.

Um diese Zahlen gewichten zu können, muß man sie in ein Verhältnis zu den offiziellen Richtwerten der Luftreinhaltekonzeption der Bundesregierung zu setzen. Danach sollen die Kraftwerke der öffentlichen Stromversorgung so nachgerüstet werden, daß die Schwefeldioxid-Emissionen von 1,55 Millionen Tonnen (1982) auf 550 000 Tonnen (1988) und 350 000 Tonnen bis zum Jahr 1993 reduziert werden, die Stickoxidemissionen von 740 000 Tonnen auf 200 000 Tonnen Anfang der neunziger Jahre. Die von den Instituten berechnete Mehrbelastung würde diese Richtwerte mehr als verdoppeln.

Das ist gravierend, denn die auf diese Werte zielenden Luftreinhaltestrategien – formuliert in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung, der TA-Luft sowie in Vereinbarungen der Umwelt-Länderminister zur

Stickoxidreduzierung – stellen das einzig verfügbare Instrumentarium der Bundesrepublik im Kampf gegen das Waldsterben dar. Nach allen bisherigen Stellungnahmen sowohl von Politikern als auch von Natur- und Umweltschützern lassen die Richtwerte nicht den geringsten Spielraum für eine Korrektur im Sinne von Lockerungen oder Verzögerungen, wenn das eigentliche Ziel, nämlich die Rettung des Waldes, erreicht werden soll.

Dabei spielen sogar wenige Prozentpunkte eine wichtige Rolle. Nach der Richtlinie Nr. 2310 des Vereins Deutscher Ingenieure entscheiden 50 bis höchstens 120 Millionstel Gramm Schwefeldioxid im Kubikmeter Luft darüber, ob die Luftbelastung selbst für weniger empfindliche Arten noch „pflanzenverträglich“ ist.

Die Tragweite der in den Öko-Studien ausgeklammerten Umweltfolgen des Umstiegs auf fossile Energieträger wird an einem einzigen Zahlenvergleich deutlich: Die Menge der Stickoxide, die dabei zusätzlich freigesetzt würden, entspricht den Abgasen von 7,5 Millionen Personenautos (ohne Katalysator und Abgasreinigung). Der Kampf gegen das Waldsterben wäre damit verloren.

Der finanzielle Aufwand bleibt unberücksichtigt

Aber auch die Kostenrechnung der Studien ist unvollständig. Der vermehrte finanzielle Aufwand für zusätzlich erforderliche Maßnahmen zur Luftreinhaltung, beziehungsweise zur Behebung und Sanierung von Umweltschäden auf Grund der gegenüber den Zielmarken der Luftreinhaltung erhöhten Emissionen, wird in keiner einzigen der genannten Studien herausgerechnet.

Für diesen Aufwand müssen Milliarden Mark pro Jahr veranschlagt werden. Gleichzeitig werden letzte Handlungsspielräume für die Umweltvorsorge eingeengt, was wiederum nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch exponentiell zu Suche schlägt.

Bei alledem ist es mehr als verwunderlich, daß die zusätzlichen Milliarden nicht nur von den Öko-Instituten, sondern auch von den Wirtschaftsforschungsinstituten übersehen werden, wenn die Kosten-Nutzen-Rechnung für den Ausstieg aus der Kernenergie aufgemacht wird. So wie die Umweltverträglichkeitsprüfung steht offensichtlich auch die „Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung“ für den Ausstieg aus der Kernenergie noch aus.



Kann Vater Staat unbegrenzt für seine Kinder aufkommen?

Mit jedem Kind, das bei uns geboren wird, übernimmt der Staat Sorgepflichten. Zu diesen gehört für die meisten auch die gesetzliche Altersversorgung.

Der Generationenvertrag, auf dem das heutige Rentensystem beruht, wirft jedoch in Zukunft ein Problem auf: Wenn die Geburtenziffern weiter sinken, werden immer weniger Arbeitnehmer immer mehr Rentner versorgen müssen.

Um so wichtiger, daß sich schon die heutige Generation mit dem Gedanken der eigenverantwortlichen Vorsorge vertraut macht.

Die Lebensversicherung ist dafür ideal geeignet. Denn neben dem sofortigen Risikoschutz bietet sie eine langfristige Vermögensbildung, die durch die hohe Überschußbeteiligung ein stattliches Vorsorgekapital fürs Alter ergibt.

Fazit: Rente ist gut. Zusätzlich eine Lebensversicherung ist besser.



Lebensversicherung

Leben braucht Sicherheit.

Die Opfer ziehen ihre Konsequenz

Die Erfahrungen von leidenden Eltern und Betrieben aus der Schul-Reform der vergangenen 15 Jahre wirken sich deutlich aus: Allgemeinbildung und gute Rechtschreibung, die einst als Selbstverständlichkeiten bei einem Schulabgänger vorausgesetzt wurden, sind inzwischen ganz noch oben gerückt auf der Wunschliste an die Schulen.

Dies kann eigentlich kaum noch überraschen - höchstens, wie lange diese Entwicklung gedauert hat. Geplagte Personalchefs in Firmen aller Größenordnungen können inzwischen ganze Arien singen über das, was ihnen bei Einstellungsgesprächen und betrieblicher Nachwuchsausbildung an mangelndem Wissensstand zugemutet wird. Viele Schulabsolventen können zwar wortreich über fast jedes Thema diskutieren - doch was sie da sagen, nur in den seltensten Fällen fehlerfrei zu Papier bringen. Das bittere Wort, daß der Nachwuchs zwar hervorragend über das Ergebnis von Rechenaufgaben debattieren, es aber nicht ausrechnen kann, macht die Runde.

Die sogenannte repressionsfreie Schule hat allzu lange fröhliche Urstände gefeiert. Den Jugendlichen kann man kaum Vorwürfe machen. Wenn die Orthographie bei der Aufsatzbeurteilung keine Rolle mehr spielt - warum sollten sie sich dann an eine korrekte Rechtschreibung gewöhnen?

Eine Gesellschaft kann es sich nicht über einen längeren Zeitraum erlauben, ohne Schaden zu nehmen, daß Abiturienten zwar wortreich über ein aus Sekundärliteratur zusammengeklautes Pseudowissen verfügen, aber Goethes Faust für eine besonders gelungene Boxkampfvariante halten.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat kürzlich vor dem Juristentag in Berlin ein anderes Beispiel genannt: Es heißt, daß Studenten zur Zeit kaum noch Monographien lesen, sondern nur Kommentarliteratur.

In dem stärkeren Wunsch der Bürger, daß die Schule zuallererst Allgemeinwissen zu vermitteln hat, artikuliert sich ganz offenbar die aufgrund schmerzlicher Erfahrung gewonnene Einsicht, daß wir durch eine falsch verstandene Modernität auf dem besten Weg waren, unsere geisteswissenschaftlichen Wurzeln zu vergessen, obwohl eine Gesellschaft ohne sie auf Dauer nicht lebensfähig ist.

Der hintergründige Witz an der Geschichte ist, daß eine solche, in der Umfrage festgestellte Prioritätenverschiebung nicht denkbar wäre, wenn diejenigen, die unter der modernen Pädagogik leiden mußten, nicht inzwischen aus eigenen Erfahrungen ihre Konsequenzen gezogen hätten.

PETER PHILIPPS

„Unsere Chancen liegen in der Qualität“

Bürgermeister Diepgen und Senator Pieroth laden nach Berlin ein zum ersten Europäischen Weiterbildungskongress

Berlin ICC wird am 9. und 10. Oktober Schauplatz einer Premiere sein: Rund 500 Experten aus allen Ländern der EG werden sich zum ersten Europäischen Weiterbildungskongress treffen. Im Mittelpunkt wird dabei die Frage stehen: „Weniger Arbeitslosigkeit durch mehr Weiterbildung - Aufgaben für die Europäische Gemeinschaft?“

Der Berliner Wirtschaftsminister Elmar Pieroth, einer der Veranstalter des Kongresses, erklärte dazu: „Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft wird zunehmend davon abhängen, wie weit es Europa gelingt, den Qualitätsvorteil seiner Verfahren, Produkte und Dienstleistungen auszubauen und im internationalen Wettbewerb geltend zu machen. Voraussetzung dafür ist eine Verbesserung unserer Weiterbildung.“

Und: „Wer sich über die Zukunft der europäischen Wirtschaft Gedanken macht, kommt an dem Thema Weiterbildung nicht vorbei. Im internationalen Wettbewerb liegen die Chancen der europäischen Wirtschaft weniger auf den Preismärkten, wo die Schwellenländer immer stärker ein Wort mitsprechen.“

Hochkarätiges Podium

Das zweiteilige Kongress-Programm im ICC besteht aus einer dichten Folge hochkarätiger Veranstaltungen: Nach einem Einführungsreferat von Karl-Heinz Narjes, dem deutschen Vizepräsidenten der EG-Kommission, wird gleich zu Beginn des ersten Tages eine illustre Runde auf dem Podium über „Weiterbildung in Europa - Mehr Chancen auf den Weltmärkten?“ diskutieren. Berlin Bürgermeisterin Hanna Renate Laurien, der Bonner Bildungsstaatssekretär Paul Harro Piazolo, der Generaldirektor der IHK-Paris, François Essig, der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach werden unter anderem miteinander debattieren.

In den sich anschließenden Workshops sind es dann vor allem die

Praktiker aus der Wirtschaft und dem Bereich der beruflichen Bildung, die ihre Beiträge abliefern werden. Die Palette der Themen reicht von „Standortvorteile bei der Weiterbildung - ein europäischer Überblick“ über „Darstellung der Situation und beispielhafter Entwicklungen“ der beruflichen Weiterbildung in einzelnen europäischen Ländern bis zur „Mobilität in Europa durch Änderung oder Annäherung der Bildungssysteme und Beschäftigungspolitik von Unternehmen“.

Gute Startchancen

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen hat in seiner Einladung zum Kongress verdeutlicht, warum gerade seine Stadt für die Ausrichtung dieser Veranstaltung prädestiniert ist:

„In Berlin haben wir mit Qualifizierungsprogrammen für Arbeitnehmer und Arbeitslose bereits gute Erfahrungen gemacht. Als ein expandierender Standort für die Produktion von Hochtechnologieprodukten hat Berlin einen hohen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Uns kommt es deshalb darauf an, den heutigen Arbeitnehmern oder Arbeitslosen gute

Startchancen für den Arbeitsmarkt der Zukunft zu bieten. Ich bin daher zuversichtlich, daß von Berlin wichtige Ideen und Impulse für die Weiterbildung in Europa ausgehen.“

Manuel Marin, Vizepräsident der EG-Kommission, ergänzte Diepgens und Pieroths Bemerkungen: „Über die Berufsbildung in der Humankapital zu investieren, ist ein wesentlicher Faktor der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.“ Ob es sich nun um Erstausbildung oder Fortbildung handele, anzustreben ist nicht nur ein bestimmtes Fachwissen, sondern auch die soziale Beherrschung der Veränderungen am Inhalt der Aufgaben und an der internen Unternehmensorganisation.“

Neben Wirtschaftsminister Pieroth zeichnen seine Kabinettskollegen für Schule und für Wissenschaft als Veranstalter des Kongresses sowie das Berliner Bundesinstitut für Berufsbildung, das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) und die Europäische Wirtschaftshochschule.

JAMES ROVER



Über Kopfhörer kann man sich auch mit Wissen belassen lassen

Beide Hälften des Gehirns werden aktiviert

G. P. O. Hamburg

Wer jetzt Jugendliche oder Erwachsene mit Kopfhörern beschwingt durch die Straßen bummeln sieht, muß in deren Ohren nicht mehr unbedingt Popmusik vermuten. Denn es ist durchaus möglich, daß sie gerade auf eingängige Weise eine Fremdsprache erlernen.

Der normale Weg zum „Superlearning“ führt allerdings nicht über die Straße, sondern ins Lernstudio. „Entspannt, spielerisch, ohne jeden Stress und mit viel Freude“ - mit diesen Begriffen etwa wird das Superlearning Studio Alstertal in Hamburg für sein sogenanntes „Lernkonzert“.

„Superlearning“ nutzt, so Studiochef Wolfgang Hegels, die neuere Forschung über die Funktionsweise des Gehirns. In einem Lernkonzert von etwa 45 Minuten nimmt man - ungestört und entspannt im Sessel sitzend - den Lernstoff auf.

Was aus den Kopfhörern dringt, ist allerdings nicht die monotone Stimme eines Vorlesers, wie es früher bei simplen Sprachkursen üblich war. Die vom bulgarischen Arzt Georgi Lozanov entwickelte Methode des „Superlearning“, die von Fachleuten lieber und richtiger als „Suggestopädie“ bezeichnet wird, beruht auf der gleichzeitigen Aktivierung beider Gehirnhälften durch harmonische Verknüpfung von Sprache und - vorzugsweise romantischer - Musik.

Das zugrundeliegende Prinzip: Durch Verlangsamung der Gehirnwellen wird ein Zustand tiefer geistiger und körperlicher Ruhe erreicht, die den Bereich des Unbewußten unter weitgehender Umgehung des Bewußtseins dem Lernstoff zugänglich macht. Das „entstörte“ Gehirn, so die Erkenntnis, ist besonders aufnahmefähig. Dadurch können sehr große Wissensmengen in kurzer Zeit intensiv ins Langzeitgedächtnis aufgenommen werden.

Standardkurse in Hamburg - angeboten werden Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch - dauern 15 Wochen. Intensivkurse werden für ein bis zwei Wochen angesetzt.

Den Mädchen werden neue Türen geöffnet

Als „Signal“ an die Wirtschaft ist ein Ausbildungsprojekt vornehmlich für Mädchen zur Unterweisung in technisch-gewerblichen Berufen in Dortmund auf den Weg geschickt worden. 20 Mädchen und zehn Jungen werden seit einigen Tagen unter Federführung des Berufsbildungszentrums der Hoesch AG für ein Jahr auf moderne Technologien in den Berufsfeldern Metall- und Elektrotechnik, Wirtschaft und Verwaltung vorbereitet. Bei Hoesch sind unter 368 Auszubildenden in Metall- und elektrotechnischen Berufen bisher nur zwölf Mädchen. Die Teilnehmer des Dortmund-Projekts haben durchweg Fachoberschulreife, höhere Handelsschule oder auch Abitur.

Parallel wird von Mitte September an in Remscheid eine dauerhafte „Probierwerkstatt“ mit 20 Plätzen eingerichtet, die auch Mädchen jeweils eine Woche lang Tätigkeiten in der Metallverarbeitung und der Elektrotechnik schmackhaft machen und eine vorläufige Festlegung auf traditionelle Frauenberufe vorbeugen soll. Die Werkstatt ist bereits bis Februar 1987 ausgebaut.

Wie Landesarbeitspräsident Olaf Sund bei der Vorstellung der Initiative in Dortmund sagte, könne man nicht länger nur „Kampagnen“ ausrollen, wenn auch in diesem Jahr wieder absehbare zwei Drittel der nichtvermittelten Bewerber Mädchen sein werden. Ende Juli waren es in Nordrhein-Westfalen noch mehr als 37 000.

Allgemeinbildung steht auf Platz eins

p. p. Bonn

Allgemeinwissen gilt in der Bundesrepublik Deutschland als das höchste Gut, das die Schule an junge Menschen zu vermitteln hat. Dies hat eine repräsentative Meinungsumfrage der Arbeitsstelle für Schulentwicklungsforschung in Dortmund ergeben. Allgemeinwissen rangiert damit erstmals vor Disziplin und Höflichkeit. Nur jeder zehnte denkt, die Schule müßte sich vor allem um Fachwissen kümmern.

Die Schulforscher der Universität Dortmund fragen mit Hilfe des Meinungsforschungsinstituts Infratest in regelmäßigen Abständen nach den Vorstellungen der Bevölkerung zum Bildungssystem. Jeweils rund 2500 Befragte.

Häufiger als früher wird auch Vermittlung von „kritischem Denken“ und „Rechtschreibung“ gewünscht. Nach Ansicht der Schulforscher belegen die jüngsten Ergebnisse der Umfrage im Vergleich zu früheren, daß die inhaltlichen Anforderungen an die Schule fortwährend anspruchsvoller werden.

Nach Sozialleichten aufsteigt ergibt die Studie, daß vor allem Angestellte und Beamte die Forderung nach Allgemeinwissen favorisieren, während Arbeiter nach wie vor Disziplin und Höflichkeit knapp vor Allgemeinwissen anführen. Überrepräsentativ gegenüber der Gesamtbevölkerung ist in der Beamtengruppe die Forderung nach Höflichkeit vertreten.

Die Konflikte sind für den Controller vorgezeichnet

Daten des Rechnungswesens meistens zu schmale Basis

W. Bonn

Im Schnitt dieses Jahres wurden auf dem Stellenmarkt überregional Tageseinzeln und der Fachpresse rund 58 Prozent mehr Angebote für den Bereich Controlling veröffentlicht als 1985. Vorrangig stammten diese Ausschreibungen aus dem Kreditgewerbe, der Elektroindustrie und dem Maschinenbau und richteten sich zu knapp zwei Dritteln ausdrücklich an Betriebswirte.

Funktion und Begriff des Controllers sind im öffentlichen Dienst der USA geprägt worden: 1778 wurde in der Staatsverwaltung eine Behörde eingerichtet, deren Aufgabe darin bestand, dem Steuerzahler Rechenschaft über die Verwendung seiner Steuergelder zu geben. Erst ab 1890 etablierte sich dann der Controller-Controller, wie er ursprünglich hieß - in der Privatwirtschaft.

Seit rund 15 Jahren ist der Beruf auch in der Bundesrepublik stark im Vormarsch. Nach eigenen Angaben hat der deutsche Controller-Verein e. V. inzwischen mehr als 580 Mitglieder. Zwar hat sich hier das Know-how ursprünglich stark aus der Praxis heraus entwickelt, aber inzwischen hat sich ein verstärkter Dialog mit der Wissenschaft entwickelt.

Um seinen Hauptaufgaben nachkommen zu können, muß der Controller über die Kosten und den Erfolg des Unternehmens Bescheid wissen. Üblicherweise greift er dabei auf das betriebliche Rechnungswesen zurück, insbesondere auf die Deckungsbetragsrechnung. Sie gibt an, mit welchem Anteil das jeweilige Produkt zur Deckung der fixen Kosten beiträgt beziehungsweise ob überhaupt Gewinn abfällt.

Der betriebliche Alltag konfrontiert den Controller allerdings meistens mit Komplikationen. Zur Unterstützung der Steuerung des Unternehmens braucht der Controller oft mehr Daten, als das betriebliche Rechnungswesen liefern kann. Denn als planerischer Steuerungsmechanismus ist der Controller gleichzeitig für die Frühwarnung zuständig. Das betriebliche Rechnungswesen hinterläßt zeitlich oft hinterher. Der Controller ist also auf zusätzliche Informationen aus den Abteilungen angewiesen.

Dem ist der Konflikt programmiert. Denn kein Sparten- oder Abteilungsleiter läßt sich gerne in die Karten sehen oder gar in seinen Befugnissen einschränken. Die notwendige und vor allem schnelle Informationsbeschaffung überträgt dem Controller auch die Verantwortung für die erstmalige und erneuerte Strukturierung des Rahmens der Datenverarbeitungsprozesse. All diese Probleme haben auch die Wissenschaftler erkannt. Sie erweitern ihre Theoriehäuser ständig und geben ihre Erkenntnisse an die Praktiker in den Unternehmen weiter. Dementsprechend hoch sind auch die Anforderungen an Aus- und Weiterbildung der Controller. So führt die Controller-Akademie jedes Jahr 44 Seminare mit mehr als 1500 Teilnehmern durch.

Auch die Unternehmen versuchen dem Dilemma zu entkommen. So werden Controller häufig in die Organisation der Abteilung integriert. Aber dabei ist der nächste Konflikt vorgezeichnet: Zwar hat der Controller jetzt direkten Zugriff auf die Informationen. Aber wiederum gerät er in Konflikte mit dem Abteilungsleiter.

Die EDV bietet arbeitslosen Lehrern neue Perspektiven

In 13 Monaten Umschulung zum Informatik-Spezialisten

München

Die „gelernte“ Pädagogin Erika Schmitt kann zwar angesichts der Arbeitsmarktlage ihren Traumberuf als Lehrerin nicht ausüben, dennoch schwärmt sie: „Die beruflichen Möglichkeiten in der Bundesrepublik werden von Jahr zu Jahr besser, weil qualifiziertes Personal kaum zu bekommen ist. Die Branche ist zukunftsweisend und die Karriere ausbaufähig.“ Wovon sie spricht, ist die EDV-Branche. Denn Erika Schmitt hat sich nach dem Examen Staatskandidatinnen im Fach Informatik ihres damaligen Grundschullehrerstudiums innerhalb von zwei Jahren zum EDV-Kaufmann in einem EDV-Bildungszentrum umschulen lassen. Heute ist sie Datenverarbeitungs-Referatsleiterin in einem bayerischen Chemieunternehmen.

Keine Akademikergruppe ist zur Zeit so stark mit dem Problem konfrontiert, nach dem Examen keine Anstellung im studierten Beruf zu finden. Und diejenigen, die dann auf eine Planstelle übernommen werden, müssen sich diese heute - unter finanziellen Einbußen - mit anderen Kollegen teilen.

Claus Kemmel, Geschäftsführer der Hamburger Arbeitgeberverbände, wendet diese Tatsachen ins Positive: „Die Lehrerschwemme bietet ein akademisch geschultes Personal, das die Wirtschaft für sich nutzen sollte.“ Neben dem bei Großindustrie und Banken beliebten „training on the job“ bilden rund 30 Bildungswerke der Wirtschaft, Industrie- und Handelskammern sowie anderer Institutionen arbeitslose Lehrer und andere Akademiker für die Wirtschaft aus.

Bei solider Weiterbildung ist der Erfolg der Anstrengungen eindrucksvoll: 46 Prozent der Jungakademiker, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, fanden unmittelbar nach Abschluß ihrer Fortbildung einen Job. Noch höher liegt die Erfolgsquote bei den Hochschulabsolventen, die sich mit Abschluß im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung weitergebildet haben: Von ihnen fanden 66 Prozent sofort eine Anstellung.

Einer von ihnen ist Erwin Kuhlmann, der nach seinem Zweiten Staatsexamen sich erst einmal mit Engagements in Privatschulen und Internaten über Wasser gehalten hatte. Über das Arbeitsamt kam er im April 1984 zum Control Data Institut in München, schloß im August 1985 seine Umschulung zum Wirtschaftsinformatiker mit der IHK-Prüfung ab und arbeitet seit dem 1. September 1985 als Hard- und Softwareplaner.

Das 13monatige Qualifizierungsprogramm zum EDV-Fachmann Wirtschaft mit seinen Vertiefungsrichtungen Datenbankorganisation oder Systemprogrammierung ist von dem Münchner Institut speziell für Akademiker konzipiert worden. Der fortschreitende Ausbau umfassender Informations- und Kommunikationssysteme verlangt nach immer mehr qualifizierten Experten. Mehr als zwei Drittel der Großrechner werden mit IBM-Software betrieben, deshalb bietet die Schulung gerade in diesen Betriebssystemen die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das Control Data Institut sieht selbst als konkurrenzlosen Anbieter von Akademikerbildungsprogrammen für IBM-Großcomputer-Software bezeichnet, mag hier ein weiterer Grund für die schnelle Vermittlung seiner Absolventen liegen.

TONINGENIEUR KURS

Das „Institut für Toningenieure“ ist weltweit das größte Institut in dieser Art.

In anerkannten, 15-monatigen Kursen bilden wir in München und Frankfurt in eigenen Tonstudios aus realisierten Audio-Experten. Im Programmatisierten Training werden alle Bereiche der Film-, Fernseh-, Rundfunk- und Studioarbeit in den professionellsten Tonstudios gelehrt. Das Institut für Toningenieure ist staatlich genehmigt.

Jetzt mit „24-Stunden“-Training-Studio!

München - 089/41 71 45 - Wollinger Str. 18 - 8000 München 80
Frankfurt - 069/23 61 75 - Taubstr. 44 - 6000 Frankfurt 1

GYMNASIUM GARENFELD

INTERNAT DRL HILLE

Staatl. anerkt. Internatsschule für Jungen

Tagesheimschule für Mädchen, ab sofort auch für Jungen der Jahrgangsstufen 5 u. 6, Klassen 5-13, Differenzierung in 9-13

Kleine Klassen, qualifizierte u. engagierte Lehrer - individuelle Betreuung und Förderung - Hausaufgabenbetreuung im Silenium

Hochschulreife (Abitur) im Hause

Aufnahme für alle Klassen - außer 13 - jederzeit möglich.

Schulleitung: Sportplatz, Tennisplatz, Schwimmbad, Judo u. a.

Prospekt und Auskunft durch das Sekretariat

5800 Hagen 1-Garenfeld, Telefon (0 23 94) 6 70 33

MEDAU

Fortbildung und Erholung an der Medau-Schule, Schloß Hohentel, 8630 Coburg, in der Monaten Juli-August jeden Jahres.

Fachgebiete: Gymnastik - Rhythmik - Bewegungsbildung - Organisations-Training - Funktionelle Bewegungstherapie - Kletter - Singen - Folklore

Erlebnistherapie für junge Mädchen von 14-15 Jahren. Zwei Wochen Ferien mit viel Bewegung, Spiel, Musikern, Wanderungen, aktiver Ernährung, Körperpflege, Basteln, Gymnastik und Kennenlernen der schönen oberfränkischen Gegend.

Prospekt: MEDAU-SCHULE, Schloß Hohentel, 8630 Coburg, Tel. 0 95 81 / 3 96 17

Schüler entdecken Frankreich - Schüler lernen Französisch

Deutsch-französischer Schüleraustausch e.V. (Gemeinnütziger Verein)

Schumannstr. 13, 6100 Darmstadt, Tel. 0 61 51 77 58 64

Altenpfleger(in)

2-jährige Ausbildung • Beihilfen • Beginn April/Oktober

Lehrer: Schulg. • praxis. Unterricht • güt. Verpfl. in Hotel/berufliche Schule

Staatl. gema. Fachschule f. Altenpflege Garmisch-Partenkirchen

Schulen Dr. Bindow, Von-Brug-Str. 7, 81 Garmisch-Partenkirchen, Tel. 089/71 70 55

Tertiärlaufenthalte

an Schulen in England und Frankreich, 100%ige Integration für Schüler der 11. Klasse. Familienunterbringung. Nächstes Trimester ab Januar bis Oster.

3 Monate in England DM 3 500,-
3 Monate in Frankreich DM 3 500,-

Hochschulbesuch in den USA.

Nächstes Semester ab Januar bis Juni.

5 Monate in USA DM 4 750,-
10 Monate in USA DM 6 940,-

Nähere Informationen:

Johannes-Stiftung

Ostraße 162, 4 Düsseldorf 1
Telefon (02 11) 36 55 07

Realschule mit Internat

Staatl. anerkt. priv.

für Mädchen und Jungen

Elisabeth-Engel-Str. 1

ENGLISCHSPRACHREISEN

für Jugendliche und Erwachsene

ganzjährig nach

England + Malta

Englischunterricht / Fachunterricht / Freizeitaktivitäten / Internat

Aus unseren Programmen: z. B.:
2 Wo. Toronto DM 1 260,-
2 Wo. London DM 1 410,-
2 Wo. Malta DM 1 260,-

inkl. Flug, Unterbringung, Vp., Kurs.
Bsp. Kosten: 1 260,-

LONDON SPRACHREISEN

August/September 14, 9 München 2

Telefon 0 89/55 71 81

KOSMETIKER(IN) VISAGIST(IN) FUSSPFLEGER(IN)

Berufsausbildung an der staatlich genehmigten Berufsschule Nordsee

8 München 2, Priemeyerstr. 1
Tel. 0 89 / 59 16 93

Förderung nach BAföG oder Arbeitsamt möglich.

Schulprospekt kostenlos.

Hotelfachschule 3060 Stadthagen

Aus- und Fortbildung

(05721) 3061 Hültenstr. 15

Kerns Internatsschule Bad Oldesloe

verbundene zw. Hamburg + Lübeck in schöner Landschaft gelegen

• anerkannter Realschulabschluss
• kleine Klassen
• intensive Schülerbetreuungen
• Einführung in die Informatik
• abwechslungsreiche Freizeit
• Aufnahme von Tageschülern
• Besuch aller öffentlichen Schulen am Ort möglich

• 30 Jahre erfolgreiche pädagogische Arbeit!

Fordern Sie bitte unsere Informationsunterlagen an. Wir danken Sie gern.

Königsr. 8304 • 2209 Bad Oldesloe
Tel. (0 45 31) 23 94

Gymnasium Weierhof

Internat für Jungen und Mädchen

Diabetikerbetreuung • Talentförderung

Japanisch • Französisch (auch 1. Fremdsprache)

6719 Bolanden/Platz • (0 63 52) 50 45

Falls Sie es wünschen, besuchen wir Sie zu einem Beratungsgespräch.

MASSAGESCHULE BALINGEN

staatlich anerkannte Lehranstalt für Massage- und med. Bademassagen - eine der modernsten Lehranstalten -

Beginn der Lehrgänge Oktober 86 und April 87. Praktikumsumfeld ganzjährig

Bewerbungen an MASSAGESCHULE BALINGEN

7460 Balingen, Wilhelmstraße 36, Tel. 0 74 33 / 24 61 - 62

HOTELBERUFSSCHULE GARMISCH-PARTENKIRCHEN

• Einst. Hotelberufsschule • Heißt: Gastro-Lehrgang • AEVO • Küchen-/Restaurant-/Hotelmeister • Hotelassistentin • Wirtin • Staatl. Förderung • Schulen Dr. W. Bindow, Von-Brug-Str. 7-11, 81 Garmisch-Partenkirchen

Ein Jahr HIGH SCHOOL IN DEN USA

AISE ist als „Exchange Visitor Program“ anerkannt. 300 Plätze stehen deutschen Jugendlichen in amerikanischen Schulen und Familien zur Verfügung. Rufen Sie gleich an und verlangen unseren Prospekt! Tel. 0 89 / 54 27 84 Mo.-Fr. von 10-14 Uhr, oder schicken Sie den Coupon an STS Student Travel Schools, Connollystraße 16, 8000 München 40

Sind Sie zwischen dem 1. 6. 89 u. 31. 3. 92 geboren?

Dann können Sie sich um einen High-School-Platz der idealen Organisation Intercultural Student Exchange (AISE) bewerben.

Bitte senden Sie mir den Americanprospekt für 1991/92 (V)

Name

Straße

PLZ/Ort

WELT REPORT

Fortbildung

erscheint am 4. Februar 1987 mit aktuellen Informationen zur Fort- und Weiterbildung.

Anzeigenschluß: 26. 01. 1987

Auskünfte und Beratung:

DIE WELT, Anzeigenabteilung

Kaiser-Wilhelm-Straße 31, 2000 Hamburg 36

Tel. (0 40) 3 47-43 90

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wirtschaft und Schule lernen sich kennen

p. p. Bonn

Eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft wird angesichts des raschen technischer und beruflichen Wandels immer wichtiger. "Diese richtige Erkenntnis stand am Anfang, als der 'Studienkreis Schule-Wirtschaft Bayern' gegründet wurde. Seit 1982 ist ein Konzept, partnerschaftlicher Zusammenarbeit" erprobt worden, als dessen Ergebnis im vergangenen Jahr ein Leitfaden für Partnerschafaktionen zwischen Gymnasium und Unternehmen erschien. Nun folgt die Fortsetzung: „Partnerschaftaktionen Schule und Unternehmen, Realschule-Unternehmen“.

Wie im ersten Band, über den die WELT berichtete, werden wieder erprobte Formen der Zusammenarbeit dargestellt sowie Grundlegendes über Prinzipien, Ziele und Inhalte derartiger Kooperationsmöglichkeiten. Es soll ein Anreiz gegeben werden, neue Kontakte zu knüpfen beziehungsweise bestehende auszubauen und zu intensivieren. Aber der Studienkreis warnt auch alle Interessierten: „Jede Schule sollte nur den Teil verwirklichen, der für das jeweilige Umfeld der Schule machbar erscheint.“

Erreicht werden soll bei einer Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft ein für beide Seiten positives Ergebnis: Die Heranwachsenden sollen unter anderem das marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftssystem an praktischen Beispielen besser verstehen lernen und Anregungen zur beruflichen Orientierung erhalten. Auf der anderen Seite kann in Unternehmen beispielsweise mehr

Die Möglichkeiten, die von dem bayerischen Studienkreis in der Broschüre vorgestellt werden, beginnen bei relativ einfach zu verwirklichenden Projekten: In 8 Klassen beispielsweise wird im Fach Wirtschafts- und Rechtslehre die Erkundung eines Fertigungsbetriebs in den Stundenplan aufgenommen, um einen Überblick über die Mannigfaltigkeit der Betriebswirtschaft zu erhalten.

Etwas aufwendiger ist ein weiteres Beispiel: Der Personalfchef des Partnerbetriebs erklärt sich bereit, in mindestens zwei Unterrichtsstunden im Klassenzimmer einer 9. Klasse in Form eines Rollspiels im Klassenzimmer Vorstellungengespräche durchzuspielen. Dabei sind zwei Alternativen möglich: Entweder verhält sich der Manager so, wie er auch in seinem Betrieb Vorstellungengespräche zu führen pflegt und ein Schüler übernimmt spontan die Rolle des Bewerbers. Dabei „spielt“ auch er nur sich selbst.

Die andere Möglichkeit erfordert mehr Aufwand: Beispielsweise spielt ein Schüler nach entsprechender Vorbereitung einen schlichtern Bewerber oder einen Aufschneider. Der Personalführer wird dann etwa zum verständnisvollen oder zum furcht-einflößenden Gegenüber.

(Studienkreis Schule-Wirtschaft, Briener Straße 7, 8000 München 2)



EDV
Ihr Erfolg!
am 27.09. (samstag)

Beginn

- Programm-Führung
- Computer-Führer
- dBASE, Lotus 1-2-3, Word
- ERT-Fachmann

Beginn 01.10. (Vollzeit)

- ERT-Fachmann I. Akademiker
- Wirtschaftsinformatiker
- Wirtschaftsinformatiker
- Wirtschaftsinformatiker

- Technische Innovationen
- Organisationssysteme
- Mikroprozessoren
- Computer-Führersysteme
- CAD-Konstruktion 2D

Qualität und Zeugnisse von Europas Nr. 1 der EDV-Berufung sind allgemein anerkannt. Die hervorragende Atmosphäre! Sie werden Sie überzeugen.

CONTROL DATA
INSTITUT
gleichen 21
weg 36

und Kindergarten
Handwerkstätten

rt 1, Telefon 07 11 / 2 10 34-0

„Drogenhändler terrorisieren und töten Amerika“

with, Washington
Präsident Reagan hat jetzt mit einem emotionalen Appell zusammen mit seiner Frau Nancy dem „nationalen Kreuzzug für ein rauschgiftfreies Amerika“ einen neuen Auftrieb gegeben. Sie erklärten den Krieg gegen die Rauschgiftkriminalität, „die Amerika töten und terrorisieren“, und kündigten an, daß für den Kampf gegen diese Epidemie von der Regierung jährlich drei Milliarden Dollar bereitgestellt werden.

Es war der erste gemeinsame Fernsehauftritt Reagans und seiner Frau, die seit fünf Jahren den Kampf gegen das Rauschgift zu ihrem Thema gemacht hat. Ihr Appell ist Teil eines neuen Rauschgiftalarms, der das politische Establishment in Washington im Vorfeld der Kongresswahlen erfüllt hat. Meinungsumfragen haben bestätigt, daß die Mehrheit der Amerikaner die Rauschgiftepidemie im Augenblick für das dringendste und gefährlichste Problem der Nation hält.

Reagan selbst umriß es in seiner Fernsehrede mit der Feststellung, daß es im Augenblick vier bis fünf Millionen regelmäßige Kokainkonsumenten und 250 000 Heroinsüchtige in den USA gibt. Jeder zehnte Amerikaner raucht regelmäßig Marihuana. „Drogenmißbrauch zerstört sämtliche Werte, die diese Nation groß gemacht haben“, erklärte Reagan, der Einzelheiten seines Anti-Rauschgiftprogramms später bekanntgeben wird. Das Repräsentantenhaus hatte bereits in der vergangenen Woche mit großer Mehrheit drakonische Maßnahmen gegen den Rauschgifthandel gefordert.

Das erwartete Programm des Präsidenten dürfte sich vor allem darauf konzentrieren, drogenfreie Schulen, Universitäten und Arbeitsplätze zu schaffen. Darüberhinaus dürfte die Regierung die Einführung gesetzlich vorgeschriebener Rauschgifttests für besondere „sensitive Berufsgruppen“ wie Piloten, Fluglotsen, Ärzte und Polizisten fordern. Außerdem könnten etwa 1,5 Millionen Staatsangestellte diesem Testzwang unterworfen werden.

Nancy Reagan wandte sich in ihrem Appell besonders an die US-Jugend und rief zur „Intoleranz gegenüber dem Rauschgift“ auf. „Betrüget euch nicht selbst um die Vorzüge und Schönheiten dieser Welt“, sagte sie. „Amerika braucht euch, aber wir brauchen euch bei klarem Verstand.“

Sturm vor Ruhe in Afghanistan?

Schwächung des Widerstandes bedeutet Stärkung Moskaus im Falle von Truppenrückzug

WALTER H. RUEB, Bonn

Eine politische Lösung des Afghanistan-Konflikts ist nach fast siebenjährigem Krieg mit 1,4 Millionen Toten, fünf Millionen Flüchtlingen in Pakistan und Iran sowie Hungersnot in zahlreichen Regionen des sowjetisch besetzten und weitgehend zerstörten Landes nach Ansicht vieler Fachleute in Aussicht. Zwar wurde die achte Runde der Verhandlungen unter UNO-Aufsicht in Genf vor einem Monat ohne Angabe von Gründen abgebrochen, doch mehren sich die Anzeichen einer sich anbahnenden Lösung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß US-Präsident Reagan und der sowjetische Parteichef Gorbatschow beim Gipfeltreffen das letzte Hindernis für einen sowjetischen Truppenabzug angehen werden: die Frage des Zeitplans für den Rückzug der 150 000 Sowjetarmisten.

Die anhaltenden militärischen Aktivitäten afghanischer Regierungstruppen und Roter Armee am Hindukusch widerlegen die These von einer möglichen politischen Lösung nicht. Das Gegenteil ist der Fall: Schließlich geht es Kabul und Moskau darum,

ihre Ausgangsbasis für die Zeit nach einem sowjetischen Abzug zu festigen. „Eine Schwächung des Widerstandes ist automatisch eine Stärkung des in Kabul von den Russen installierten und gestützten Regimes“, heißt es in Kreisen der Guerilla. „Deshalb benötigen wir gerade jetzt größtmögliche Unterstützung.“

In Islamabad appellierte Professor Burhanuddin Rabbani, Führer von Jamiat Islami (Islamische Gesellschaft) an andere Widerstandsgruppen, den stark bedrängten Mudschahedin in der westafghanischen Großstadt Herat zu Hilfe zu kommen. Nach blutigen Kämpfen um die mit 120 000 Einwohnern drittgrößte Stadt Afghanistans hatten sich die Mudschahedin im Juli zurückziehen müssen.

Nachdem sie in den letzten Wochen in der Stadt wieder Fuß fassen konnten, sind afghanische Regierungstruppen und die Rote Armee jetzt zur Entscheidungsschlacht angetreten. Artillerie-Sprengfeuer und Angriffe aus der Luft haben der Guerilla sowie der Zivilbevölkerung hohe Verluste zugefügt.

Schauplatz weiterer Militäraktionen von Regierungstruppen und Sowjets ist die Region nordwestlich von Kabul. Aus der Luft und mit Artillerie werden dort seit Tagen Stellungen der Mudschahedin unter Feuer genommen.

Ziel der kommunistischen Offensive ist es, die Stützpunkte der Guerilla zu vernichten, denn von diesen aus wurden zahlreiche Operationen gegen die Hauptstadt unternommen, die für Sowjets und Kabuler Truppen stets verlustreich verliefen.

In Kabul und Moskau hält man aber nicht nur militärische, sondern auch propagandistische Mittel für geeignet, die Ausgangsbasis für die Zeit nach einem eventuellen Abzug der „sowjetischen Besatzer“ zu verbessern. Der Vorwurf der Regierung in Kabul, die Mudschahedin verwendeten chemische Waffen, ist der bisherige Höhepunkt. Als Lieferanten wurden die USA, Großbritannien und andere westliche Länder genannt. Ein Sprecher des Widerstandes bezeichnete diese Behauptungen als „absurd“ und als „Beispiel sowjetischer Desinformations-Kunst“.

USA sind nicht bereit, für Gipfel zu zahlen

rt. Washington

Der Fall Daniloff behindert nach Angaben des stellvertretenden amerikanischen Außenministers John Whitehead nicht zwingend die vorgesehenen Kontakte zwischen den Supermächten. Whitehead sagte, die sowjetischen Spionagevorwürfe dürften aber im Mittelpunkt des Außenministertreffens der Supermächte stehen. Falls Daniloff nicht freigelassen werde, nehme dieses Thema einen wichtigen Platz bei den für Freitag vorgesehenen Gesprächen zwischen US-Außenminister George Shultz und seinem sowjetischen Kollegen Eduard Schewardnadse ein.

Scheiterten die Bemühungen, den Fall zu lösen, schloße dies aber nicht notwendigerweise weitere sowjetisch-amerikanische Gespräche aus. Whitehead erklärte, die USA seien „aber nicht bereit, für einen Gipfel zu zahlen“. Nach seinen Worten wäre ein Gipfeltreffen gut für die Welt. Es sei „aber nicht das Ende der Welt, wenn es keinen Gipfel gibt“.

Whitehead machte noch einmal die Auffassung der amerikanischen Regierung deutlich. Er sagte: „Sacharow ist ein Spion. Er wurde in New York auf frischer Tat ertappt, und ihm wird der Prozeß gemacht.“ Daniloff dagegen sei unschuldig. Er sei in eine Falle gelockt worden.

Nach Ansicht des früheren Außenministers Alexander Haig kann sich Reagan nicht mit Gorbatschow treffen, solange der US-Korrespondent Daniloff nicht frei ist. Haig sagte in einem Interview der Fernseh-Gesellschaft ABC auf eine entsprechende Frage: „Ich denke, offen gesagt, nein.“ Gegen einen Gipfel unter solchen Umständen sprach sich in derselben Sendung auch der demokratische Senator Daniel Moynihan aus. Nach Ansicht des Republikaners und Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Senats, Richard Lugar, kann es bei dem Treffen von Shultz und Schewardnadse „nur das Thema Daniloff“ geben.

Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadi Gerassimow, sagte in einem Fernsehinterview, die Sowjetunion sei daran interessiert, beide Fälle, die nichts miteinander zu tun hätten, über diplomatische Kanäle zu lösen. Gerassimow machte klar, daß es dabei aber nicht automatisch an einen Austausch denke.

Gatt-Runde: EG wird zu Zugeständnissen gedrängt

Frankreich signalisiert Härte / Verstöße gegen Freihandel

H.-J. MAHNKE, Punta del Este

Mit Plädoyers gegen den Protektionismus und für einen möglichst freien Weltmarkt wurde gestern die Ministerkonferenz des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) in Punta del Este in Uruguay eröffnet, die erste Veranstaltung dieser Art seit vier Jahren. Der zu Beginn der ersten Sitzung zum Präsidenten der Konferenz gewählte uruguayische Außenminister Enrique Iglesias sprach von einem historischen Ereignis. Denn in diesen Tagen soll über die schwerste und umfassendste Liberalisierungsrunde für den Weltmarkt entschieden werden, die es je gab. In Punta del Este wollen Vertreter aus 92 Staaten und einigen internationalen Organisationen die Tagesordnung und das Vorgehen für die achte Welthandelsrunde festlegen, die dann mit ihrer Arbeit im nächsten Jahr in Genf beginnen soll.

In seiner Rede ging Iglesias, der sich in der zweijährigen Vorbereitungszeit für diese Konferenz bereits als ein äußerst geschickter und sehr engagierter Verfechter der Idee des Freihandels erwiesen hatte, auch auf das Problem ein, daß die Dritte Welt unter den weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten und Beschränkungen des Warenverkehrs am meisten zu leiden habe, so einige Länder unter der hohen Verschuldung. Die Zahl der Verstöße gegen die Regeln des GATT habe zugenommen. Hier bedürfte es der Umkehr.

Deutliche Unterschiede

Am Rande der Konferenz machte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann deutlich, daß mit der Entscheidung über eine neue Handelsrunde auch eine Absprache darüber verbunden sei, keine weiteren protektionistischen Maßnahmen während der Verhandlungsdauer einzuführen. Wenn schon jetzt eine feste Vereinbarung über den Abbau bestehender Handelsbarrieren getroffen werden könnte, wäre das günstiger, als dieses Ziel erst im Laufe der Verhandlungen zu erreichen. Die Aussichten dafür stehen allerdings schlecht.

Die Redner des Eröffnungstages setzen sich zwar alle für den Freihandel ein. Aber es wurden auch feine Unterschiede deutlich.

Schon zu Beginn der Konferenz zeigte sich, daß die EG-Agrarpolitik zu einem zentralen Punkt geworden ist. Die französische Delegation scheint hart pokern zu wollen. Sie hat signalisiert, sie habe von ihrer Regierung Weisung, überhaupt nichts zu bewegen. Sie will zwar nach dem EG-Beschluß vom März 1985 auch über den Handel mit Agrarerzeugnissen sprechen, aber dieser dürfe nicht dazu führen, daß über die Ausrichtung der EG-Agrarpolitik selbst verhandelt werde.

Der Gemeinschaftsgefahr

Die Agrarländer wie Australien, Argentinien, Neuseeland, Kanada und zehn andere haben noch einmal deutlich gemacht, daß sie von der Europäischen Gemeinschaft ein Entgegenkommen erwarten. Einige Entwicklungsländer haben schon gedroht, sie würden die Ministertagung verlassen, wenn die EG nicht zu Zugeständnissen bereit sei.

Überhaupt: Die Spekulation über das Ende der Konferenz von Punta del Este spielte bereits beim Auftakt eine große Rolle. Für den Ablauf der Konferenz in den nächsten Tagen werden zwei Versionen gehandelt:

● Die Amerikaner machen von Anfang an Dampf und lassen sich auf kein kleinliches Gefährliche ein. Sie verharren auf ihrem Standpunkt, daß über alle Themen, also auch über Dienstleistungen, gesprochen werden muß, die irgendein Land interessieren. Das heißt, die Amerikaner streben auch Verhandlungen über den Schutz von Auslandsinvestitionen an, ein Thema, das für die Bundesrepublik nicht die große Rolle spielt, weil sie mit fast allen Ländern bilaterale Investitionsschutzabkommen abgeschlossen hat.

● Es werden drei Tage Festreden gehalten. Kurz vor dem offiziellen Ende am Freitag wird in informellen Zirkeln versucht, einen Kompromiß auszuhandeln. Dann würde sich die Konferenz noch über das Wochenende hinaus hinziehen.

Diese zweite Version, die immer wieder zu Spannungen führen wird und bei der ständig irgendein Land mit dem Ausgang aus Punta del Este drohen wird, wird allerdings gegenwärtig als die wahrscheinlichste gehandelt.

Südkorea verstärkt Polizei-Einsatz

dpa/AFP, Seoul

Nach dem Bombenanschlag auf dem Kimpo-Flughafen in Seoul haben die südkoreanischen Behörden ihre Sicherheitsmaßnahmen für die am Samstag beginnenden Asienspiele verschärft. Die Überwachung des Sportlerdorfes wurde ebenso verstärkt, wie die von Flughäfen, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Gebäuden. Das Seouler Organisationskomitee für die Asiadade hat dem asiatischen Olympischen Komitee unterdessen mitgeteilt, daß die Spiele durch den Bombenanschlag nicht gefährdet seien.

Bei der offensichtlich elektronisch gesteuerten Explosion vor der Abflughalle des Kimpo-Flughafens waren am Sonntag nachmittag fünf Menschen ums Leben gekommen und 32 Personen verletzt worden, 21 davon schwer.

Das in einem Müllcontainer versteckte Sprengpaket war nach Vermutung der Fahnder ferngezündet worden. Die Regierungsstellen in Seoul hatten Nordkorea für den Anschlag verantwortlich gemacht.

Weizsäcker tritt für Aussiedler ein

epd, Wolfsburg

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat nach einem Treffen mit Spätaussiedlern aus verschiedenen osteuropäischen Ländern versprochen, sich künftig verstärkt für eine Anerkennung der Spätaussiedler als „Deutsche unter Deutschen“ einzusetzen. Bestehende Sprachprobleme müßten im Alltag vor allem mit Hilfe der Arbeitskollegen überwunden werden.

Ein Aussiedler aus der Sowjetunion berichtete, in der UdSSR sei er als „Deutscher“ angesehen worden, hier werde er von den Mitbürgern immer wieder als „Russe“ oder „deutschstämmiger Russe“ bezeichnet. Ein Oberschlesier klagte, in Polen sei er als „Faschist“ beschimpft worden, in Westdeutschland werde er vor allem aus der Altersgruppe um 30 herum als „Polacke“ verunglimpft. Ein Siebenbürger Sachse schlug vor, die Spätaussiedler sollten selbst etwas tun, damit die Vorurteile abgebaut würden. Die Aussiedler müßten den Kontakt zu ihren Nachbarn und Kollegen am Arbeitsplatz suchen.

„Greenpeace“-Aktion in Ost-Berlin

DW, Berlin

Nur fünf Minuten hat gestern eine Aktion westdeutscher Mitglieder der Umweltorganisation „Greenpeace“ vor dem Gebäude des Ministeriums für Umweltschutz in Ost-Berlin gegen die Verschmutzung von Werra und Weser durch Salz aus dem DDR-Kalibergbau gedauert. Von einem Vorbau, der unbemerkt über eine Aluminiumleiter bestiegen worden war, wurde ein Transparent mit der Aufschrift „DDR-Salz vergiftet Werra + Weser. Schluß damit. Greenpeace“ heruntergelassen. Am Eingang waren vier Plastiksäcke mit Salz, das aus der Werra gefiltert worden war, ausgeschüttet worden. Auf einer Tafel stand: „Werra-Salz. Zurück an Absender“.

Kurz nach Beginn der Aktion eilten etwa 50 „Volkspolizisten“ herbei. Sieben „Greenpeace“-Mitglieder wurden festgenommen, fünf durften nach West-Berlin zurückfahren.

Der Salzgehalt der Werra, so „Greenpeace“ in einem Brief an „DDR“-Umweltminister Reichelt, sei höher als der der Ostsee.

Einfach tierisch, was die Güterbahn an Schnelligkeit zu bieten hat.



Die Partiefracht

Ist ein wirkliches Energiebündel und ein wahres Kraftpaket dazu. Sendungen ab einer Tonne bis zu einer knappen Wagenladung kommen damit schnellstens auf Trab. Denn die Partiefracht hat Anschluß ans InterCargo-System. Im Nachsprung erreichen Ihre Güter somit alle wichtigen Wirtschaftszentren der Bundesrepublik. Aber die Partiefracht ist nicht nur auf der Schiene heimisch: Ihre Sendung wird per LKW abgeholt und dem Empfänger direkt zugestellt. Alles von heute auf morgen.



Der Termindienst

zeigt sich nur nachts. Dann aber entwickelt er ein ganz atemberaubendes Tempo. Dabei ist er so schnell und zuverlässig, daß wir für seine Ankunftszeit garantieren. Bis 17.30 Uhr können Sie an einem der 60 Termindienstbahnhöfe Ihr Gut aufgeben.

Der Expreßdienst

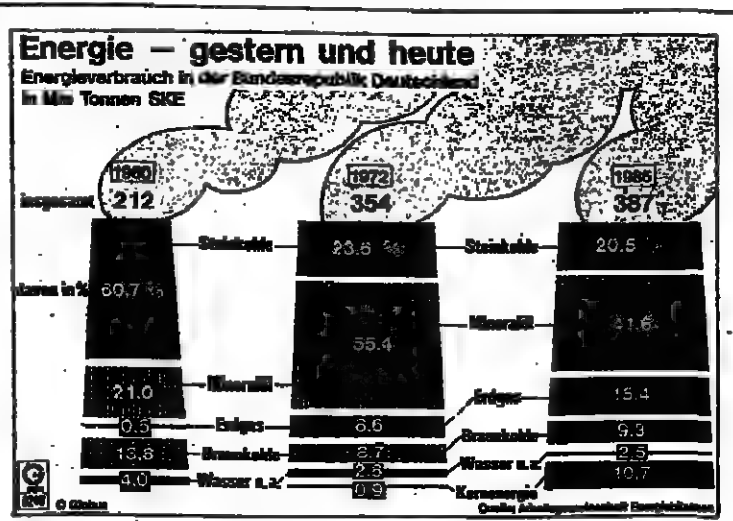
ist nicht nur schnell, sondern auch überall zu Hause. An 1.800 Bahnhöfen ist er rund um die Uhr für Sie auf dem Sprung. Mit dem jeweils nächsten Reise- oder Expreßzug kommt Ihre Sendung prompt auf die Schiene, und: von heute auf morgen ans Ziel. Bis in den letzten Winkel. Dabei entwickelt der Expreßdienst ungeahnte Kräfte. 100 kg darf jedes Stück auf die Waage bringen.



100 kg Stückgewicht dürfen Sie dem Termindienst dabei ohne weiteres auf-laden (nach Vereinbarung auch mehr). Am nächsten Morgen steht Ihr Gut dann bis spätestens acht Uhr am Zielbahnhof bereit. Auf Wunsch wird Ihre Sendung innerhalb von zwei Stunden auch zugestellt – ebenfalls garantiert.

Wenn Sie mehr über die drei schnellen Angebote der Güterbahn wissen möchten, sprechen Sie doch einfach einmal mit Ihrem Kundenberater der DB. Der sagt Ihnen alles Weitere.

DB Die Bahn



Ein Jahr nach der Gründung der Bundesrepublik deckten Stein- und Braunkohle den gesamten Energiebedarf der deutschen Wirtschaft. Inzwischen haben Öl und Atomkraft aufgeholt. GRAFIK: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

IVG: Die Aktien der Industrieverwaltungsgesellschaft aus Bundesbesitz werden ab 14. Oktober an der Börse gehandelt. Vom 6. bis 8. Oktober stehen 45 Prozent des Grundkapitals zum Verkauf.

Commerzbank: Der Kurs der Aktie schoß vor der heutigen Präsentation anlässlich der Börseneinführung in Tokio um 12,70 auf 346,70 DM hoch. Außerdem wird auf eine Dividendenerhöhung von acht auf zehn Mark spekuliert.

Sparen: Bei Zinserträgen der privaten Haushalte von fast 100 Mrd. DM im Jahr erscheint staatliche Ersparnisförderung überflüssig, meinte Bundesbank-Vizepräsident Schlesinger. (S. 12)

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 278,03 (277,99); Chemie: 164,51

Kursgewinner: DM + %
Control Data 56,50 9,71
Mitsui 2,50 6,38
Kumatsu Ltd. 7,50 5,63
Lahmeyer AG 815,00 5,57
IFT Inh. VZ 42,00 5,00

Kursverlierer: DM - %
Lone Star 58,50 5,65
Philip Morris C 135,00 5,59
Ford Motor 110,00 5,17
American Cyan. 158,70 4,97
Traub AG 326,00 4,86

WELTWIRTSCHAFT

Frankreich: Der Außenhandel hat im Monat August nach Angaben von Premierminister Jacques Chirac einen Überschuss von über drei Mrd. F (eine Mrd. DM) erzielt. (S. 13)

Portugal: Das ärmste Land der EG mit einem Pro-Kopf-Einkommen von rund 2000 Dollar wird 1988 ein Wachstum von vier Prozent nach 2,5 Prozent 1987 erreichen.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	12.9.88	11.9.88	1.7.88	1.8.88	1973
Superbenzin	189,50	189,50	185,0	286,00	97,00
0,15 g Bleigehalt	124,50	123,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl	76,50	76,00	75,50	130,00	29,00
3,5 % S					

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Stahlindustrie: Bis 1988 sollen 20 000 Arbeitsplätze abgebaut werden. (S. 13)

NAK: Der bisherige Mehrheitsaktionär der NAK Stoffs AG - die Familie Klaus - wird ihre gesamte Beteiligung zum Jahresende abgeben.

Porsche: Der Jahresüberschuss des Sportwagenherstellers soll im Geschäftsjahr 1988/89 (31. Juli) im Vergleich zum Vorjahr um gut 20 Prozent auf rund 95 Mill. DM gesunken sein.

Digit-Tech: Der Uhrenimporteur hat den Preisverfall überlebt. (S. 18)

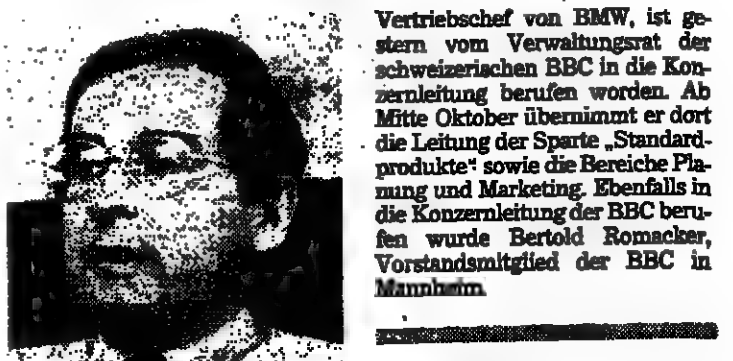
RBC: Der Anlagenbau- und Elektrotechniker hat im laufenden Geschäftsjahr einen Rückgang beim Auftragsingang von „einigen Prozent“ zu verzeichnen.

MÄRKTE & POLITIK

Schiffahrt: Die Krise wird nach Meinung der Commerzbank so lange andauern, wie Überkapazitäten nicht abgebaut und Neubaufträge nicht reduziert werden.

Konjunktur: Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband sieht Anlaß zu weiterem Konjunktur-optimismus in der Bundesrepublik.

NAMEN



BBC: Eberhard von Koerber (Foto), bis Mitte März 1988 stellvertretendes Vorstandsmitglied und

WER SAGT'S DENN?
Inflation ist der Taschendieb der kleinen Leute.
Bundesarbeitsminister Norbert Blum

SPD-Pläne belasten Steuerzahler und Staatssäckel gleichermaßen

Bereits 1988 müßten drei Millionen Steuerpflichtige mehr zahlen - „Leistungsfeindlich“

HEINZ HECK, Bonn

Die SPD-Steuerpläne für 1988 sind im Vergleich zum geltenden Recht, also der bereits gesetzlich verankerten Senkung, als leistungsfeindlich zu bezeichnen. Das ergeben Berechnungen des Bundesfinanzministeriums. Danach würden schon 1988 rund drei Millionen Steuerpflichtige (rechnet man Doppelverdiener getrennt, vier Millionen) von Mehrbelastungen getroffen. 1992 wären es bereits 5,4 (7,2) Millionen.

Soweit der SPD-Tarif vorübergehend zu einer Entlastung führt, wird diese in vielen Fällen schon nach wenigen Jahren wegen der verschärften Grenzbelastung (das ist die Besteuerung der zusätzlich verdienten Mark wieder „einkassiert“) und schlägt in eine dauerhafte und zunehmende Mehrbelastung um. So würde beispielsweise ein lediger Bergarbeiter 1988 (mit rund 47 000 Mark brutto) mit dem SPD-Tarif um 6 Mark jährlich entlastet, müßte aber 1990 (mit rund 50 000 Mark) 190 Mark mehr zahlen.

Insgesamt wird der SPD-Tarif in den ersten Jahren als in etwa aufkommensneutral bezeichnet. Wegen der Progressionsverschärfung führe er jedoch auf Dauer zu einer stärkeren Belastung der Steuerzahler als der 1988 geltende Tarif. Diese Wirkungen verstärken sich erheblich, wenn man die von der Bundesregierung für die nächste Legislaturperiode geplanten Steuerentlastungen einbezieht.

Für Steuerzahler mit Kindern führen die SPD-Vorschläge oft zu größeren Entlastungen als der steuerliche Kinderlastenausgleich nach geltendem Recht (die SPD will die Kinderfreibeträge abschaffen und das Kindergeld für das erste Kind auf 100, für das zweite auf 200 und jedes weitere auf 300 Mark monatlich erhöhen und die Kürzung des Kindergeldes für Besserverdienende streichen). Die SPD-Vorschläge seien allerdings nicht aufkommensneutral, sondern führten zu einer Mehrbelastung von rund 1,5 Mrd. Mark (Mehrausgaben des Bundes von 6,7 Mrd. stünden Entlastungen der Länder und Gemeinden von 5,2 Mrd. gegenüber).

Ungeachtet dieser großzügigeren Dotierung müßten schon 1988 etwa eine Million und 1992 sogar 1,8 Millionen Steuerpflichtige mit Kindern per saldo Verschlechterungen hinnehmen: Familien mit einem Kind und einem Familieneinkommen von rund 45 000 Mark wären schlechter gestellt, ebenso Steuerzahler mit zwei und drei Kindern und einem Einkommen von 90 000 Mark. Die ursprünglichen SPD-Vorschläge hätten nur eine Kindergelderhöhung um monatlich 46 Mark je Kind vorgesehen. SPD-Kanzlerkandidat Rau hat sie deutlich erhöht. Damit wurde der Plan um rund 3,5 Mrd. Mark teurer.

Zahlväter wären nach den SPD-

Vorschlägen durchweg schlechter gestellt. Denn sie verlören die Steuerentlastung, hätten aber keinen entsprechenden Vorteil durch die Kindergelderhöhung.

Das Ministerium widerlegt mit Zahlen die Behauptung der SPD, wonach die Grenzsteuersätze in ihrem Modell bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 41 000/82 000 (Ledige/Verheiratete) stärker abgeflacht würden. Eine Entlastung sei vielmehr nur bis zu 30 400/60 800 Mark zu erwarten. Anschließend gibt es erhebliche Tarifsprünge.

Die Behauptung der SPD, ihre Steuervorschläge führten zu einer stärkeren Entlastung bis einschließlich der sogenannten Facharbeiterzone, das heißt auch der Meister, Ingenieure und kleinen Selbständigen, sei falsch und irreführend.

Die SPD will den Tarif 1988 aufkommensneutral umgestalten durch Anhebung des Grundfreibetrags von jetzt jährlich 4538/9072 auf 5022/10 044 Mark. Ausdehnung der unteren Progressionszone (22 Prozent) von jetzt 18 000/36 000 auf 21 600/43 200 Mark sowie eine Änderung der Progressionszone: Von 21 600/43 200 bis 41 040/82 080 Mark soll die Progression gleichmäßig verlaufen. Von da an sollen die Tarifsteigerungen 1986 und 1988 abgeschafft werden, so daß wieder der Tarif von 1981 gelten würde. Daraus erklärt sich die steilere Progression.

Zollabbau gegenüber den USA macht Schwierigkeiten

Südliche EG-Staaten kritisieren „Spaghetti“-Kompromiß

WILHELM HADLER, Brüssel

Als politisch unausgewogen haben die südlichen EG-Staaten gestern die mit der US-Regierung getroffenen Vereinbarungen zur Beilegung des „Spaghetti-Krieges“ kritisiert. Die übrigen Delegationen versuchten ihnen trotzdem die Zustimmung schmackhaft zu machen, schon um die angekauften Beratungen im Gatt nicht zu gefährden.

Die EG-Kommission hatte sich mit Washington im August auf ein Bündel von Handelskonzessionen verständigt und damit einer gefährlichen Eskalation im langwierigen Konflikt über die Zölle und Teilwarenlieferungen vorgebeugt. Während von beiden Seiten eingeleitete Retorsionsmaßnahmen inzwischen wieder zurückgenommen sind, bedarf der vereinbarte Zollabbau noch der Ratifizierung durch die Regierungen.

Die EG soll unter anderem zugehen, ihre Einfuhrbelastungen für Süßorangen, Pampelmusen und Mandeln zu senken. Dafür haben die USA in Aussicht gestellt ihre Zölle für Käse, Oliven und Kapern aus Europa abzubauen.

Im Rat machten gestern die Italiener geltend, die handelspolitischen Opfer seien unter den Mitgliedsstaaten zu ungleich verteilt. Die Spanier glauben, daß sich die geplante Senkung der EG-Zölle für Mandeln (von sieben auf zwei Prozent) zum Nachteil für ihre Exporte in die übrige Gemeinschaft auswirken wird. Auch die Griechen äußerten erhebliche Bedenken.

Dagegen machte die Kommission geltend, eine Aufbesserung des Verhandlungsergebnisses sei auch bei einer Wiederaufnahme der Gespräche mit Washington nicht zu erwarten. Die Einigung sei ein großer Fortschritt, da sie die Chance bietet einen seit 17 Jahren andauernden Konflikt zu beenden. Ein für allemal habe die US-Regierung jetzt die Präferenzabkommen der EG mit den nicht beigetretenen Mittelmeer-Anrainern als gatt-konform anerkannt.

Auch der Bonner Staatsminister im Auswärtigen Amt, Lutz Stavenhagen, meinte, für die EG sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, die Chance für einen Kompromiß zu nutzen.

Am Rande der Ratssitzung wurde versucht, den noch zögernden Partnern die Zustimmung durch interne Zusicherungen zu erleichtern.

AUF EIN WORT



Heinz-Joachim Karbach, Mitglied des Vorstandes der VA-Akademie für Führen und Verkaufen, Sulzbach. FOTO: DIE WELT

„Karrierestart heißt, Dinge tun, die andere wollen. Karriereende heißt, das umsetzen, was man selbst will. Karriereopfer heißt, Ziel und Start verwechseln.“

Kernkraft muß Braunkohle ersetzen

Prognos-Gutachten: Bei Reduzierung der Förderung werden Engpässe entstehen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Bei einer Reduzierung der Braunkohlenförderung von 120 000 auf 70 000 Jahrestonnen und deren kostengünstige Verstromung muß eine deutliche Hinwendung zur Kernenergie in Kauf genommen werden. Das bedeutet für die gesamte Bundesrepublik unter bestimmten Vorgaben - Steigerung des Stromverbrauchs bis zum Jahr 2020 um 65 oder zehn Prozent, erforderliche Engpassleistungen von 124 000 (90 000) MW bzw. 84 000 (90 000) MW - Kostensteigerungen von unter einem Prozent, für Nordrhein-Westfalen jedoch mit seiner starken Ausrichtung auf Kohleinsatz, Kostensteigerungen von drei Prozent, „die beachtliche ökonomische Anpassungsprozesse auslösen“.

Das sind einige Kernaussagen des bei der Prognos AG in Auftrag gegebenen, nur in Ergebniskurzfassung vorliegenden Gutachtens über „energiepolitische, gesamtwirtschaftliche und regionalwirtschaftliche Folgen einer möglichen Reduzierung der Braunkohlenförderung“. Die 1984 vom Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebene Studie wurde erst nach deutlicher Kritik an der Informationspolitik von Landesminister Prof. Jochimsen (SPD) seitens CDU und FDP in Düsseldorf veröffentlicht. Der Gesamttext, ohne den einige Passagen der Ergebnisse nicht recht verständlich sind, wird weiterhin geheim gehalten.

Erstaunlich ist ein Satz der energetischen Rahmenbedingungen: „Die Energiestruktur des Kraftwerksparcs wird langfristig von Kernenergie, Braunkohle und Steinkohle bestimmt“, einer sicheren Konsequenz aus verschiedenen Annahmen. In verschiedenen Konstruktvarianten wird herausgestellt, daß der Abbau von Braunkohle-Kraftwerkskapazität durch Kernenergie, aber auch durch Drittlandkohle ersetzt werden muß. Eine dritte Variante stellt sogar bei unverändert hoher Kraftwerkskapazität und angemessener Verwendung von Braunkohle nur im Mittel-lastbereich sowie Verdrängung der Steinkohle aus diesem Bereich den Ersatz im Grundlastbereich durch Energie heraus.

Für die ersten beiden Varianten wird bundesweit bis 2020 ein Wertschöpfungsverlust von bis zu 442 Mill. DM und ein Verlust von 4000 bis 8000 Arbeitsplätzen vorausgesetzt. Für NRW allein addiert sich der Wertschöpfungsverlust jedoch auf rund 3,4 Mrd. DM bis 2020. Direkt und indirekt gingen dadurch bis zum Jahr 2000 rund 21 000, bis 2020 etwa 19 000 Arbeitsplätze verloren.

Schnell vergessen

fa (London) - Die Inflationsrate in Großbritannien ist im August auf Jahresbasis unverändert bei 2,4 Prozent geblieben. Dies wäre weiter kaum erwähnenswert, gäbe es da nicht den Vermerk in den Statistiken, daß die britische Preissteigerungsrate im Juli und August so niedrig lag wie seit knapp 20 Jahren nicht mehr. Um genau zu sein: Im November 1967 erreichte die Inflationsrate zum letzten Mal einen noch niedrigeren Jahressatz, nämlich zwei Prozent.

Die Leistung der Regierung Thatcher in ihrer konsequenten Inflationsbekämpfung ist sicherlich nicht zu unterschätzen. So darf nicht vergessen werden, daß die Preissteigerungsrate im Frühjahr 1980 kurz nach ihrem Amtsantritt auf mehr als 20 Prozent gestiegen war. Doch wesentlich unterstützt wurde die Regierung bei ihren Bemühungen durch fallende Rohstoffpreise und die schwere Rezession.

Das Beispiel Nordsee-Öl drängt sich hier auf. Halben die himmelstürzenden Ölpreise noch, den Briten eine hohe Inflationsrate zu „bescheren“, so sind sie heute von dieser „Last“ befreit. Was da einmal hohe Inflationsraten verursachte, war zugleich klingelnde Kasse des eigenen Öls. Und in dieser Kasse klingelt es nun nicht mehr, dafür aber kann die Regierung niedrigere Kaufkraftverluste melden. Hier geht es also um den Saldo von Cash und Pay, und der könnte nach höherer Inflationsrate rufen.

Inzwischen sieht alles danach aus, als habe die Inflationsrate ihren niedrigsten Punkt vor den nächsten Parlamentswahlen erreicht. Wirtschaftsforscher rechnen damit, daß die Steigerungsrate zum Jahresende bei über drei Prozent liegen wird. Die große Gefahr ist nämlich, daß ein Großteil der Briten die für ihre Verhältnisse extrem niedrige Inflationsrate als übertrieben ansieht. So rasch läßt sich eine Inflationsmentalität, die tief in einem Volk wie den Briten steckt, offenbar nicht ausmerzen.

Vergessen scheinen bereits die verheerenden Auswirkungen zu sein, die nahezu zwei Jahrzehnte hoher Inflation auf Ersparnisse, Investitionen und Arbeitsplätze hatten. Wie anders ist zu erklären, daß die Lohn- und Gehaltssteigerungen im Durchschnitt um mehr als fünf Prozent über der Inflationsrate liegen.

Opec - jetzt oder nie

Von HANS BAUMANN

Der Monat ist halbiert. Seit dem 1. September wollte die Opec die Ölförderung der in ihr organisierten 13 Staaten drosseln, um die Schwemme am Weltmarkt einzudämmen und die verfallenden Preise weiter aufzupfupfen. Doch obwohl die meisten der Ölförderländer angekündigt hatten, ihre Paktlinie etwas zuzudrehen, steht fast sechs Wochen nach der Einigung von Genf am 5. August fest, daß die vereinbarte Fördermenge von 16,7 Millionen Faß pro Tag immer noch um gut eine Million überschritten wird.

Darin kommt nicht nur zum Ausdruck, daß es ungewöhnlich schwer ist, die Opec-Staaten zu disziplinieren, schlägt doch offensichtlich bei manchen die Versuchung durch über zusätzliche Mengen die so rar gewordenen Devisen in die Kasse zu bekommen. Eine zweite, vielleicht noch gravierendere Sorge, scheint sich ebenfalls gegen eine durchgreifende Förderkürzung zu stellen: Die sicherlich nicht ganz unbegründete Befürchtung, daß Ölförderländer, die nicht der Opec angehören, in jene Mengen einsteigen könnten, die die Opec aus dem Markt nimmt. Anders läßt es sich kaum erklären, daß sich ein Ölschiech Yaman von Saudi-Arabien in geheimer Mission nach Oslo aufmacht, um dem dortigen Energieminister das Versprechen abzurufen, nun auch im Interesse eines höheren Ölpreises die Förderung zu drosseln.

Aber nicht nur mit solchen Goodwill-Besuchen versucht Yaman, Konsens am internationalen Ölmarkt zu erzeugen. Auch für die eigenen Reih der Opec hat er ein Schwert geschliffen, das er einsetzen wird, sobald sich herausstellt, daß ein Opec-Land aus der Karawane ausschert. Eine statliche Flotte von Tankern dümpelt auf See, um den Weltmarkt wieder mit Öl zu überschwemmen, wenn die Vereinbarung von Genf unterlaufen werden sollte.

All dieser Aufwand wird für lange Zeit vergebens getrieben werden sein, wenn es jetzt nicht gelingt, die Ölchwemme einzudämmen und den Ölpreis zu stabilisieren.

Dabei hoffen die Opec-Länder schon längst nicht mehr auf Preise, die einst über 30 Dollar je Faß lagen. Wenn sie sich überhaupt erst einmal über 10 Dollar stabilisieren würden, wäre schon viel gewonnen.

Noch ist es der Opec nicht gelungen, die in Genf vereinbarte Förderkürzung durchzusetzen. Termin war der 1. September. Gelingt die Disziplinierung in letzter Minute?

Ziel der zur Zeit praktizierten Selbstdisziplinierung ist ein Ölpreis zwischen 15 und 20 Dollar, der nicht nur Überschüsse in den Staatskassen der Opec-Länder entstehen ließe, sondern auch dazu verleiten könnte, wieder nach Öl zu suchen.

Und genau hier liegt das Interesse der Ölverbraucherländer auf längere Sicht. Sie brauchen eigene Quellen, um der Opec auch längerfristig Paroli bieten zu können. Der ungewöhnlich hohe Preis für Rohöl von über 30 Dollar hatte eine fieberhafte Suche nach Öl ausgelöst mit dem Erfolg, daß viele neue Quellen entdeckt wurden - man denke an die Nordsee, an den Ölboom in Mexiko oder an die Funde in Ägypten.

Zusammen mit den Sparmaßnahmen, die das teure Öl ebenfalls initiierte, wurde die Opec auf weniger als ein Drittel ihrer Förderung zurückgefahren. Übermut kommt vor dem Fall. Auch die Opec mußte dies lernen. Wenn im ersten Halbjahr 1988 die Opec 20 Prozent mehr Öl verkaufte, so mußte sie doch auf rund ein Drittel ihrer Öleinkünfte verzichten, weil eben die Preise unter dem Druck der Mengen verfielen.

Anfang Oktober wollen sich die Opec-Minister der Opec-Länder treffen, um Kriegswart zu halten über die neue Feindlage am internationalen Ölmarkt. Dann werden sie festhalten müssen, daß ihnen keine neuen Felle zuschwimmen werden aus dem Streit um Kernenergie in der Bundesrepublik, daß noch bis in den Herbst hinein die großen Fördermengen der letzten Monate aus der Verarbeitung auf den Markt drängen und daß ihre nichtorganisierten Mitbewerber parat stehen, um die allmählich wachsende Nachfrage nach Öl zu bedienen, um sich also Marktanteile zu sichern.

Für die Bundesrepublik bedeutet diese Konstellation, daß die Ölpreise in diesem Jahr nicht wieder in den Himmel wachsen. Zielgröße dürften die 20 Dollar pro Faß sein. Da aber für das laufende Jahr kaum mit höheren Preisen für Öl als die jetzt gegen 15 Dollar tendierenden zu rechnen sein wird, steht der Republik eine Ersparnis für Energieeinführen um 50 Prozent ins Haus. Da 1985 dafür 95 Milliarden Mark aufgewendet werden mußten, bleiben grob 50 Milliarden im Land, die zur Stützung der Konjunktur genutzt werden können.

Jetzt auf einen starken Partner setzen.

mietfinanz®

Investitionsfinanzier

mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telefax (0208) 360545, Telex 856755

Heftige Kritik an Finanzpolitik

Schlesinger: „Entwicklungsrückstand“ bei Emissionen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt. Politiker und Bankiers werden sicherlich nicht gerade begeistert sein von so manchen Aussagen eines Vortrags, den Prof. Helmut Schlesinger, Vizepräsident der Bundesbank, gestern auf der Jahrestagung des Vereins für Sozialpolitik hielt. Wie ist es zu erklären, daß die meisten Politiker fast immer für niedrigere Zinsen oder staatliche Zuschüsse oder Kreditprogramme plädieren, obwohl es doch unter den Wählern mehr Anleger als Schuldner gibt? In der Politik bestimmt eben in Wirklichkeit nicht die Mehrheit, sondern den Ausschlag geben Gruppen von Minderheiten, meint Schlesinger, der die unter poli-

für sie untauglichen Großprojekten versuchten.

Kritisch setzte sich Schlesinger mit der „kümmerlichen Rolle“ des organisierten Kapitalmarkts bei der Unternehmensfinanzierung auseinander. Es sei widersinnig, daß der deutsche Rentenmarkt zunehmend von der Auslandskonkurrenz deutscher Unternehmen in Anspruch genommen wird, aber nicht von ihnen selbst, die sich an ausländischen Kapitalmärkten finanzierten. Zwecks Abhilfe forderte Schlesinger eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Unternehmensanleihen, das Berücksichtigung, daß deutsche Anleihekäufer nicht mehr so „schutzbedürftig“ seien wie vor zwei oder drei Jahrzehnten.

Mit der zu geringen Nutzung des Kapitalmarkts zur Eigen- und Fremdfinanzierung seien große und mittlere und erst recht kleine Unternehmen sehr stark auf den Bankkredit angewiesen. Wenn aber bei den Banken das Vorsichtsmotiv bei der Kreditvergabe herrsche, was Schlesinger mit Blick auf die Bonität des Bankensystems für wünschenswert hält, könnten sich technologisch oder absetzpolitisch innovative Investitionen möglicherweise nicht voll entfalten.

Ein „Entwicklungsrückstand“ besteht im Vergleich zu vielen anderen Ländern nach Meinung des Notenbankers noch bei der Heranführung von Börsenneuungen an den Aktienmarkt. Schlesinger, der auf das Fehlen von Spezialinstituten für dieses Geschäft hinweist, lobt zwar die in den letzten Jahren größeren Aktivitäten der Banken auf diesem Gebiet, aber er plädiert dafür, wie von der Bundesregierung vorgesehen, daß am neuen Börsensegment, dem „Ge-regelten Markt“ auch Finanzierungsfirmen aus dem Nichtbankensektor Börsenneuungen bei der Börseneinführung begleiten.

Einen neuen Weg in der Kapital-marktpolitik empfiehlt Schlesinger den Bundesländern, die, weil Länderanleihen im Ausland als ziemlich uninteressant gelten, höhere Zinsen als der Bund zahlen müssen. Sie sollten sich, um etwa das gleiche Emissionsniveau wie der Bund zu erreichen, zu einem Emissionsfonds zusammenschließen, der für sie als einziger, voll insolventer, von allen Ländern gesicherter Emittent aufträte. Sie könnten dann vermutlich das Bundesanleihekonsortium nutzen, gemeinsame Werbung und Kurspflege über die Bundesbank, den Führer des Bundesanleihekonsortiums betreiben.

Schwedens Aussichten günstiger denn je

Reichsbankpräsident Bengt Dennis über die Konjunktur in einem Gespräch mit der WELT

ALFRED ZÄNKER, Genf. Schwedens Wirtschaft sieht wieder mit Zuversicht in die Zukunft. In Industriekreisen werden die Aussichten als „günstiger denn je“ seit den siebziger Jahren bezeichnet. „Wir haben in letzter Zeit bei der Lösung unserer Probleme viel raschere Fortschritte gemacht als irgend jemand erwartet hätte“, meint Bengt Dennis, Präsident der schwedischen Reichsbank, in einem Gespräch mit der WELT. „Eine beträchtliche Abwertung der Krone, sinkende Importpreise, vor allem billigeres Öl, eine verhältnismäßig gute Weltkonjunktur haben uns geholfen, unsere Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Ebenso wichtig ist gewesen, daß wir seit 1983 zu einer strafferen Geld- und Finanzpolitik übergegangen sind und daran konsequent festgehalten haben“, betont Dennis.

Die Sanierung des früher stark defizitären Staatshaushalts ist durch strenge Ausgabenkontrolle und Abbau von Subventionen gut vorangekommen. Das Defizit im öffentlichen Sektor hat sich inzwischen von noch über 6 Prozent auf nur 1 Prozent des Sozialprodukts vermindert. Nur die Bundesrepublik, Japan und die Schweiz weisen heute etwas kleinere Defizite aus.

Ola Virin, Chefökonom des schwedischen Industrieverbands, erwartet einen fortgesetzten Konjunkturanstieg für die nächsten 15 bis 20 Monate. Die Gewinne sind in den meisten Branchen recht befriedigend, die Stimmung ist gut. Die Industrieverbindungen dürften 1987 nochmals um 8 bis 10 Prozent (real) steigen. Für den privaten Verbrauch wird ein Anstieg um mindestens 2,5 und für den Export eine Zunahme um nochmals 5 bis 6 Prozent vorausgesehen. Auto-



FOTO: DPA

branche, Maschinenbau und Elektroindustrie hoffen auf neue Absatz-erfolge, vor allem in Europa.

Insgesamt rechnet Virin zwar nur mit 2,5 Prozent Wachstum, die Produktion steigt damit nun aber wieder wesentlich rascher als in der kritischen Periode von 1976 bis 1982 mit damals weniger als ein Prozent pro Jahr. Schwedens Arbeitslosenrate bleibt unter drei Prozent, im Baugewerbe herrscht akuter Fachkräftemangel.

Beunruhigend ist, so Dennis, daß die Lohnkosten mit rund 6 Prozent in diesem Jahr immer noch rascher steigen als in anderen wichtigen Industrieländern. Dadurch droht sich auf etwas längere Sicht die Konkurrenz-kraft wieder abzuschwächen. Zwar haben die Arbeitgebergewerkschaften ihre Forderungen für 1986/87 gemäßigt. Die in Schweden üblichen außerordentlichen Zahlungen treiben die Löhne aber trotzdem stark in die Höhe.

Auch Schwedens hohe Steuerlasten und stark progressive Einkommensteuern bleiben ein Nachteil im weltweiten Wettbewerb und ein Hindernis auf dem Wege für rascheres Wachstum. Die Steuerquote – laut OECD – liegt mit 51 Prozent um gut ein Drittel über der deutschen. Die meisten Arbeitnehmer zahlen 50 bis 60 Prozent Steuern. Das hat massive Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit, Emigration hochqualifizierter Fachkräfte zur Folge.

Inzwischen ist eine intensive Steuerdiskussion in Gang gekommen. Der sozialdemokratische Finanzminister Kjell-Olof Feldt meint jetzt, daß die progressive Besteuerung die Inflation durch zusätzliche Lohnansprüche anheize und keineswegs dazu beitrage, die Einkommensunterschiede auszugleichen, zumal Empfänger höherer Einkommen und Kapitalbesitzer viele Abzugsmöglichkeiten haben.

Feldt glaubt auch, daß die US-Steuerreform eine Kettenreaktion auslösen und in vielen Ländern zu ähnlichen Erleichterungen bei der Progression wie in USA führen wird. Er plädiert deshalb für eine Art „Reagan-sche“ Reform auch in Schweden mit niedrigerer Steuerprogression, aber verminderten Abzugsmöglichkeiten und höherer Belastung von Unternehmen und Kapital.

Fräglich ist, ob wirksame Erleichterungen möglich sind, ohne die gesamte Steuerlast wesentlich zu senken und damit schließlich auch die Staatsausgaben zu drosseln. Die stark aufgeblassenen Sozialleistungen des Landes will aber bisher noch niemand – außer den Konservativen – antastet. Alles deutet nun aber darauf hin, daß der schwedische Wohlfahrts- und Steuerstaat seinen Höhepunkt überschritten hat.

Fachkräfte sind Mangelware

Personelle Engpässe in jedem dritten Metallunternehmen

AP, Köln. Der Mangel an Fachkräften wird nach Darstellung der Arbeitgeber in der Metallindustrie, dem mit 3,94 Millionen Beschäftigten größten Wirtschaftszweig der Bundesrepublik, immer häufiger zu einer Belastung. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall teilte gestern in Köln mit, Mitte des Jahres hätten bereits 6000 Firmen Produktionsschwierigkeiten gehabt, weil ihnen Fachkräfte fehlten. Die Tendenz steige weiter an.

Aufgrund einer Umfrage erklärte Gesamtmetall, Mitte 1986 habe es in jedem dritten Betrieb der Metallindustrie Probleme wegen fehlender Fachkräfte gegeben. Ein weiteres knappes Fünftel der Metallunternehmen rechnet in den nächsten Monaten damit, so daß Ende dieses Jahres über die Hälfte der Metallfirmen – das sind hochgerechnet fast 10 000 Betriebe – vom Fachkräftemangel betroffen sei. Selbst in Regionen mit überdurchschnittlich vielen Arbeitslosen fanden die Firmen nicht die dringend benötigten Fachkräfte.

Gesucht werden nicht nur Fachkräfte mit NC- und CNC-Kenntnissen, um computergesteuerte Anlagen zu bauen und zu bedienen. Auch bei Facharbeitern mit traditionellen Qualifikationen sei der Bedarf groß. Kaufmännische Angestellte und Arbeitskräfte für einfache Tätigkeiten seien hingegen in ausreichender Zahl vorhanden.

Wichtigste Ursache für den Fachkräftemangel ist nach Auffassung der

Arbeitgeber der starke Investitions-schub seit 1983, der zu einer raschen Einführung neuer Techniken in Produktion und Produktion der Metallindustrie geführt habe.

Den größten Bedarf an Facharbeitern und Ingenieuren melden der Fahrzeugbau, der Maschinenbau und die Elektroindustrie. Während Großunternehmen mit 5000 und mehr Beschäftigten hauptsächlich nach Ingenieuren, NC-, CNC- und Elektrofacharbeitern fahnden, brauchen die Kleinunternehmen vor allem traditionell ausgebildete Facharbeiter.

Um den personellen Engpaß zu beheben, verstärken die Unternehmen ihre eigenen Aus- und Weiterbildungsanstrengungen. Neun von zehn befragten Betrieben bieten ihren Mitarbeitern Weiterbildungsprogramme an. Jedes fünfte Unternehmen klagt aber über mangelndes Interesse bei den Beschäftigten. Die Metallarbeitgeber halten es für abwegig, für die Mangel-situation Versäumnisse in der betrieblichen Ausbildung verantwortlich zu machen. Der heutige Bedarf sei in den 60er- und 70er-Jahren noch nicht vorhersehbar gewesen.

Anzeige

Wer sagt denn, es gibt keine Berufs-Chancen mehr?

In der WELT finden Sie jeden Samstag viele Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

tischem Druck zustandegeworbenen Kapitalflehenmaßnahmen – auch Zinsverbilligungsprogramme – letztlich als die wahrscheinlich entscheidende Ursache der Unterbeschäftigung ansieht.

Zugleich kritisiert der Bundesbankvize die staatlich subventionierten Kreditaktivitäten öffentlicher Spezialbanken (z.B. KfW und Ausgleichsbank). Mit dem Verzicht dieser Institute auf Zinsverbilligung aus eigenen Erträgen würde die Verfügungsmasse für Steuersenkungen größer. Außerdem würde dann das eine oder andere Institut für eine Privatisierung herantreten und damit den Fiskus zusätzlich entlasten. Schlesinger gab sich überzeugt, daß Kreditgenossenschaften und Sparkassen die jetzt indirekt staatlich geförderten kleinen und mittleren Unternehmen sehr wohl zu bedienen wüßten. Überdies dürfte bei ausreichender Kreditnachfrage aus diesem Kundenkreis auch weniger Gefahr bestehen, daß sich diese Institute an

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Kritik an Reformplänen

Brüssel (dpa/vwd) – Die Dachverbände der Bauern und der ländlichen Genossenschaften in der Europäischen Gemeinschaft (COPA und COGECA) haben die Pläne der EG-Kommission zu Maßnahmen gegen die Milchüberschußproduktion scharf kritisiert. In einer Stellungnahme hieß es, insbesondere die Vorschläge zur Einschränkung der Intervention (staatliche Ankaufverpflichtung zu Garantiepreisen) bedeuteten eine „totale Aushöhlung“ der bestehenden Substanz.

BBC mit weniger Gewinn

Baden (dpa/vwd) – Der Anlagenbau- und Elektrokonzern BBC Aktiengesellschaft Brown, Boveri und Cie., Baden/Schweiz, hat im laufenden Geschäftsjahr einen Rückgang beim Auftragseingang von „einigen Prozent“ zu verzeichnen. Dies berichtete das Unternehmen ohne Angaben genauer Zahlen. Als Gründe wurden die Währungssituation sowie stark reduzierte Projekte unter anderem in Ländern der Organisation erdöl-exportierender Länder (Opec) genannt. Im Vorjahr hatte der Bestelleingang rund 13 Milliarden Franken (15,7 Mrd. DM) erreicht. Nach der Abrechnung eines Kernkraftwerkes dürfte der Umsatz im Vergleich zu 1985 (13,9 Mrd. Franken) jedoch leicht ansteigen und das Konzernergebnis wieder positiv ausfallen. Der Vorjahresge-

winn von 109 Mill. Franken werde nicht wieder erreicht. Das Unternehmen beschäftigt weltweit 98 000 Mitarbeiter.

Südafrika: Goldgeschäft

Johannesburg (dpa/VWD) – Die südafrikanische Regierung erwartet, daß die Wirtschaft am Kap noch mindestens 30 Jahre lang von der Goldförderung profitieren kann. Das sagte Finanzminister Barend du Plessis in Johannesburg. Nach seinen Worten werde die Wirtschaft in den nächsten zwölf Monaten einen besonders deutlichen Aufschwung erleben, falls sich der Goldpreis über 400 US-Dollar je Unze halte.

Mehr Joint-ventures

Budapest (dpa/VWD) – „Entideologisierung“ ist angesagt in Ungarns Wirtschaftsleben. Die Öffnung in Richtung Westen, vor allem nach der Bundesrepublik, steht seit einigen Jahren immer höher im Kurs. Inzwischen, so berichtete der Direktor im ungarischen Außenhandelsministerium, Szabolcs Fazakas, vor Journalisten aus der Bundesrepublik, bestünde rund 60 Joint Ventures.

Loewe-TV für Mitsubishi

München (sz) – Ab 1987 wird die Loewe Opta GmbH, Kronach, den japanischen Elektrokonzern Mitsubishi mit Farbfernsehgeräten beliefern. Aufgrund einer in diesen Tagen ge-

troffenen Vereinbarung wird Loewe zunächst 25 000 TV-Geräte für die deutsche Mitsubishi Europe GmbH, Ratingen, herstellen, die diese dann unter eigenem Markennamen in Europa vertreiben wird. Für die folgenden Jahre hat Loewe nach eigenen Angaben eine Option mit leicht steigenden Stückzahlen. Bei den Farbfernsehern handelt es sich um voll digitalisierte Geräte mit Stereoton und Videotext. Mit einem Umsatz von 266 Mill. DM (1985) und einem Produktionsvolumen von etwa 200 000 Farbfernsehgeräten gehört Loewe zu den kleineren deutschen Herstellern.

Weniger Aufträge

Frankfurt (adh) – Die Aufträge an die deutschen Textilindustrie fließen langsamer als im vergangenen Jahr. Nach den ersten sieben Monaten ergibt sich ein Rückgang von 2,3 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. In den letzten drei Monaten zusammengekommen ergab sich gegenüber dem Vorjahr bei den Aufträgen aus dem Ausland ein Minus von 5 Prozent, aus dem Inland kamen 4 Prozent weniger Aufträge, teilt Gesamttextil mit. Die Verlangsamung beim Exportwachstum (plus 5 Prozent) und die geringeren Auslandsaufträge sind vor allem Folge der veränderten Währungsrelationen. Der Umsatz der Textilindustrie liegt nach den ersten sechs Monaten bei 18,5 Mrd. DM, ein Prozent mehr als im Vorjahr.

Ferienhäuschen wurde zur Pleite

ALFRED ZÄNKER, Genf. Der Zahnarzt aus dem Ruhrgebiet, der vor Jahren eine teure Ferienwohnung in einem kleinen Ort in Graubünden erwarb, in der Annahme, es handele sich um eine sichere, auf die Dauer höchst profitable Anlage, kommt sich heute arg gebeutelt vor. Denn der Wert seiner Schweizer Wohnung ist inzwischen erheblich gesunken. Er kann sie jetzt praktisch nur noch an Schweizer verkaufen, seitdem die gesetzlichen Vorschriften für den Erwerb von Immobilien durch Ausländer im vorigen Jahr drastisch verschärft wurden. Ein kaufwilliger Schweizer aber ist nicht leicht zu finden, jedenfalls müssen gewaltige Preisabschläge von 50 oder 60 Prozent hingenommen werden. So ist es in letzter Zeit vielen Ausländern, vor allem auch Bundesbürgern, ergangen.

Wie grundlegend sich die Lage am hiesigen Immobilienmarkt geändert hat, geht aus nun vorliegenden Zahlen für 1985 hervor. Danach sanken die bewilligten Verkäufe an Personen im Ausland auf nur noch 1224, verglichen mit 2316 im Vorjahr und jährlich noch rund 6000 zu Beginn der achtziger Jahre. Die Zahl bewilligter Ferienwohnungen sowie Wohnimmobilien in sogenannten Appartements, die der Besitzer für eine bestimmte Zeit im Jahr weitervermieten muß, fiel auf nur noch 697 (1981). Insgesamt genehmigte die Schweiz den Verkauf von 155 Hektar an Ausländer, halb soviel wie 1984, davon 74 Prozent für gewerbliche Betriebsstätten.

Die meisten Kantone hatten in der Einführungsphase des neuen Gesetzes monatlang überhaupt keine ausländischen Käufe von Ferienwohnungen mehr bewilligt. Aber auch in diesem Jahr dürften die Bewilligungen kaum mehr als 1500 bis 1600 Einheiten erreichen, zumal nun auch die Nachfrage nachläßt. Sie bleiben damit selbst unter dem für das ganze Land vorgesehenen jährlichen Kontingent von 2000 Bewilligungen, das 1987/88 auf 1800 gesenkt werden soll. Bern behält sich allerdings vor, bei Bedarf den „Ausländerhaushalt“ wieder aufzuheben.

Ferienorte werden nach wie vor begehrt auf Kosten bereits stark „überfremdeter“ Kantone wie zum Beispiel Genf. Auch vermögende Ausländer, selbst Araber, können heute kaum mehr Villen oder Chalets am Genfer See erwerben. Hier hatte die „Überfremdungsgefahr“ im Herbst 1985 zu einem markanten Wahlerfolg der ausländerfeindlichen Partei, der „Vigilants“, geführt. Genf ist nicht mehr zum Verkauf“, erklärte kürzlich Jean-Philippe Mairet, der neue Wirtschaftsminister des Kantons.

Doch nun geht auch das ausländische – besonders das deutsche – Interesse an teuren, im Notfall aber fast unverfügbaren Schweizer Wohnungen zurück. Steuerliche Anreize des Bauherrenmodells, die den Kauf teurer Immobilien bis 1982 angeheizt hatten, bestehen nicht mehr. Auch der hohe Frankenkurs, der seit den frühen siebziger Jahren der D-Mark gegenüber um 50 Prozent gestiegen ist, dämpft die Nachfrage. Dazu kommt, daß sich nur wenige Schweizer für Ferienwohnungen auf engem Raum in „Ausländergettos“ interessieren. Eine Wohnung in der Schweiz hat sich für den deutschen Anleger als schlechte Investition erwiesen. Und daran wird sich auf absehbare Zeit jedenfalls bis in die neunziger Jahre kaum viel ändern.

Technik, mit der man sich versteht.



Wie man auch drahtlos einen „direkten Draht“ zueinander hat. Mobil sein, nicht an den Arbeitsplatz gebunden, dennoch erreichbar bleiben und Verbindung haben, um auf wichtige Entscheidungen Einfluß nehmen zu können, zu jeder Zeit, von wo auch immer – die moderne Funktechnik macht es möglich. Mit MINIFON® hat die ANT Nachrichtentechnik als größter deutscher Hersteller von Funkrufsystemen ein Geräteprogramm entwickelt, das gerade für diesen Bedarf ganz neue

Perspektiven eröffnet. MINIFON ermöglicht den drahtlosen Sprechverkehr innerhalb eines festgelegten Bereichs; und das von jedem Telefon innerhalb des Betriebsareals aus: bis zu 10.000 Mitarbeiter können per MINIFON direkt angewählt und, je nachdem, wo sie sich befinden, über ihr MINIFON oder Telefon erreicht werden. Darüber hinaus lassen sich auf dem eingebauten Anzeigen-Display des Empfängers durch Ziffern verschlüsselte Mitteilungen ablesen. Es ist sogar

möglich, daß Maschinen selbstständig über MINIFON dem zuständigen Wartungstechniker eine Störung anzeigen.

Wie in allen unseren Arbeitsgebieten, so beweisen wir auch hier mit modernster Technologie auf der Basis jahrzehntelanger Entwicklungsarbeit:

Kompetenz in Kommunikation.

ANT Vertriebsniederlassungen und Stützpunkte in Berlin, Bonn, Darmstadt, Essen, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Hannover, Kassel, Köln, Mannheim, München, Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart.

ANT
Nachrichtentechnik

ANT Nachrichtentechnik GmbH
Gerberstraße 33, D-7150 Backnang
Tel. (07191) 13-0, Telex 724406-0

Werden Flugtarife modifiziert?

EG-Kommission zeigt sich verhandlungsbereit

WILHELM HADLER, Brüssel
Die EG-Kommission hat sich bereit erklärt, mit den europäischen Luftverkehrsgesellschaften über eine Modifizierung der Flugtarife zu verhandeln. Sie will den Unternehmen einen Frist von zwei Monaten geben, um ihre Tarifpolitik in Einklang mit den Wettbewerbsbestimmungen des Römischen Vertrages zu bringen.
Wie gestern aus der Umgebung des zuständigen irischen Kommissars Peter Sutherland bekannt wurde, haben bisher acht der zehn Gesellschaften geantwortet, denen die EG-Behörde im Juli Verstoßverfahren angedroht hatte. Die damals in Einschiebebriefen gesetzte zweimonatige Frist ist allerdings noch nicht ganz abgelaufen, da die Briefe zwar am 18. Juli unterschrieben aber erst am 22. Juli versandt wurden. Die beiden verbleibenden Gesellschaften sind dem Vernehmen nach die Alitalia und die Olympic Airways.
Nach Brüsseler Informationen haben die meisten Fluggesellschaften sich zunächst auf vorläufige Antworten beschränkt, aber ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, auch „in der Substanz“ über ihre Tarif- und Kapazitätspolitik Auskunft zu geben. Mehrere Gesellschaften baten jedoch um Gespräche mit den Brüsseler Experten. Zu diesem Zweck hat die EG-Behörde ihre Frist verlängert.
Die Diskussion über die Vereinbarkeit der Tarifabsprachen mit den Wettbewerbsbestimmungen war durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes belebt worden. Die EG-Behörde hat zwar seit längerer Zeit Vorschläge für eine gemeinsame Luftfahrtpolitik unterbreitet, im Rat sind indes bisher alle Ansätze für eine (zumindest vorsichtige) Liberalisierung gescheitert.
Zur Diskussion steht vor allem ein deutsch-französischer Vorschlag für bestimmte Auflockerungen bei den Discount- und Superdiscount-Tarifen sowie bei den Fracht- und Personalkapazitäten im bilateralen Verkehr. Den Briten geht dieser Ansatz nicht weit genug. Sie treten für eine völlige „Deregulierung“ im Luftverkehr ein.

Handel in schwarzen Zahlen

Chirac: Frankreichs neue Wirtschaftspolitik trägt Früchte

J. Sch. Paris
Premierminister Jacques Chirac hat es sich nicht nehmen lassen, das überraschend günstige Ergebnis der Handelsbilanz persönlich zu verkünden. In einer Rundfunksendung erklärte er, daß im August ein Überschuss von rund 3 Mrd. Franc erzielt wurde, nach plus 1,5 Mrd. Franc im Vormonat. Diese Verdoppelung des Aktivsaldo sei „sehr ermutigend“ und zeige, daß die neue französische Wirtschaftspolitik ihre Früchte zu tragen beginne. In den ersten drei Monaten nach Chiracs Amtübernahme (April bis Juni) waren noch Defizite verbucht worden, nicht zuletzt wegen der abwertungsbedingten Einfuhrversteuerung.
Im August erhöhte sich zum ersten Mal seit langer Zeit auch der Überschuss im Außenhandel mit Industriegütern auf 4,5 (3,9) Mrd. Franc. Er liegt damit aber immer noch erheblich unter den Aktivsaldo des letzten

Jahres von monatsdurchschnittlich 7 Mrd. Franc. Der agroalimentäre Überschuss nahm auf 4,5 (3,2) Mrd. Franc zu, während das Defizit der Energiebilanz trotz der Övertenerung auf 5,2 (5,4) Mrd. Franc leicht zurückging.
Sollten sich diese Ziffern bestätigen, dann wäre für die ersten acht Monate dieses Jahres aber immer noch ein kumuliertes Defizit von 2,7 Mrd. Franc entstanden – gegenüber allerdings 18 Mrd. Franc in der gleichen Vorjahreszeit. Auf das ganze Jahr gesehen erwartet die Regierung eine ausgeglichene Handelsbilanz und einen Leistungsbilanzüberschuss von 30 bis 40 Mrd. Franc. In den ersten sieben Monaten hatte ihr Aktivsaldo 15 Mrd. Franc erreicht, nach 6 Mrd. Franc Defizit im Vorjahr.
Auch im Kampf gegen die Inflation: erzielte Frankreich beschlossene Erfolge und liegt inzwischen unter dem OECD-Durchschnitt.

Auch Private kaufen wieder

Der deutsche Immobilienmarkt hat sich weiter belebt

adh. Frankfurt
Der Immobilienmarkt hat sich weiter belebt, registriert die Frankfurter Immobilienbörse in ihrem jüngsten Marktbericht. Die Preise seien dabei jedoch relativ stabil geblieben. Die immer noch relativ günstigen Konditionen für Hypotheken haben offenbar Wirkung gezeigt. Auch Privatkäufer kaufen nach Beobachtung der Mitglieder der Immobilienbörse wieder häufiger. Dahinter steht freilich auch der Wille, noch vor dem Auslaufen der alten Steuervorteile zum Jahresende dabei zu sein.
Vor diesem Hintergrund rechnen die Makler im Frankfurter Raum besonders bei Wohnimmobilien für den Rest des Jahres mit steigenden Umsätzen. Auffallend sei, so heißt es, daß jetzt offensichtlich auch jene Kunden kaufen, die ein hohes Eigenkapital besitzen und bisher in Erwartung weiter sinkender Preise Zurückhaltung übten.
Besonders stark zugenommen habe die Nachfrage nach Reihenhäusern bis zu 400 000 DM in Stadt- und Umland. Dies ist freilich ein regelmäßig sehr gesuchter (weil noch finanzierbarer) Preissbereich, der allerdings in Ballungsgebieten nur wenig angeboten wird. Gut verkaufbar sind aber auch Ein- und Zweifami-

lienhäuser bis zu 850 000 DM in Frankfurt und seinem bevorzugten Umland. Bei Häusern aus den 50er und 60er Jahren zeigen die Käufer jedoch, daß sie rechnen können.
Hier werden wegen der notwendigen Modernisierungsarbeiten Preisabschläge durchgesetzt. Nach Ansicht von Hypothekenbanken „kann“ sich der Erwerb eines gebrauchten Hauses jedoch meistens: Trotz Sanierungsaufwand ergeben sich durchschnittlich Einsparungen von 30 Prozent zu einem vergleichbaren Neubau, umso mehr, als der Markt für Bauland in guten Lagen nicht viel hergibt. Im Frankfurter Raum werden bei Grundstücken für Einfamilienhäuser Preise zwischen 300 und 800 DM je Quadratmeter verlangt.
Leicht verbessert hat sich die Lage am Markt für Eigentumswohnungen, soweit die Lage gut und das Objekt klein ist (Quadratmeterpreis je nach Lage, Ausstattung und Alter zwischen 1700 und 6000 DM).
Als ausgeglichen gilt der Mietwohnungsmarkt, während am Büromarkt die Nachfrage bei leicht steigenden Preisen anzieht. Auch hier kommt es aber auf die Lage an. Kaum zu haben, aber stark nachgefragt sind in Frankfurt derzeit Ladengeschäfte in erstklassigen Lagen.

Einigung zwischen IWF und den Philippinen?

Rezession beendet – Staatsbetriebe werden verkauft – Liberalisierung der Märkte

HEINZ HECK, Bonn
Rechtzeitig vor dem USA-Besuch der philippinischen Präsidentin Aquino ist eine Einigung zwischen ihrer Regierung und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in greifbare Nähe gerückt. Damit ist zwar die von der Regierung Marcos übernommene Erblast nicht aus dem Weg geräumt. Doch ist eine entscheidende Voraussetzung geschaffen, um der Schwierigkeiten im Laufe der nächsten Jahre Herr zu werden, wenn politische Stabilität gewährleistet bleibt. Frau Aquino kann sich bei ihren Gesprächen mit Reagan heute voll auf die politischen Themen konzentrieren.
Die Einigung mit dem IWF ist Voraussetzung für die Inanspruchnahme neuer Kreditlinien des Fonds in Höhe von 540 Mill. Dollar (davon 220 sofort, der Rest über 18 Monate). Noch wichtiger ist, daß im Anschluß neue Kredite ausländischer Privatbanken von 350 Mill. Dollar winken und die Umschuldungsverhandlungen über die Fälligkeiten der Jahre 1987 bis 1991 in Höhe von sechs bis neun Mrd. Dollar beginnen können.
Erhebliches Vertrauen
Entwicklungsminister Wamke hat bei seinem Manila-Besuch in der letzten Woche dafür plädiert, daß nach der Einigung mit dem IWF auch die Verhandlungen mit den öffentlichen Gläubigern im Pariser Club über die Umschuldung der Fälligkeiten ab-

Mitte 1986 „so rasch wie möglich“ beginnen sollen.
Die Experten des IWF sind der neuen Regierung in den Verhandlungen mit einem erheblichen Vertrauensvorschuß entgegengekommen. So hat man für 1986 einen Budgetdefizit von rund 28 Mrd. Pesos (knapp drei Mrd. DM) zugestimmt. Das entspricht etwa vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder mehr als einem Viertel der Haushaltsverpflichtungen. Zusätzlich erwartet die Regierung, daß sie weitere zehn Mrd. Pesos Garantiezahlungen an notleidende Unternehmen zahlen muß. 1987 soll das Defizit auf 17 bis 20 Mrd. Pesos heruntergefahren werden.
Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und Ankurbelung des Wirtschaftswachstums sind im 86er Etat neun Mrd. Pesos für Ausgabenprogramme vorgesehen, die überwiegend durch Kredite der USA, Japans und der Weltbank finanziert werden. Auch der IWF ist der Meinung, daß die Rezession auf den Philippinen beendet ist und ein etwa dreiprozentiges Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte ein entsprechendes Minus im ersten Halbjahr kompensieren dürfte. Der IWF billigt eine 15prozentige Ausweitung der Geldmenge, da die Inflationsgefahr als äußerst gering angesehen wird.
Eine weit schwierigere Aufgabe dürfte die Privatisierung der stark überschuldeten Staatsbetriebe sowie solcher Unternehmen sein, die Marcos oder seinem Clan gehörten und

Stahlindustrie muß weiter Arbeitsplätze abbauen

Erwartungen für 1986 werden nicht erfüllt – Produktion bleibt deutlich unter dem Ergebnis des Vorjahres

HENNER LAVALL, Aachen
Für die deutsche Stahlindustrie hat sich das laufende Jahr bisher nicht so gut entwickelt wie erwartet. Von der Branche wird übereinstimmend mit einer Stahlerzeugung gerechnet, die um gut 2,5 Millionen Tonnen hinter dem 1985er Produktionsergebnis von insgesamt 40,6 Millionen Tonnen zurückbleiben wird.
Ruprecht Vondran, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, Düsseldorf, der diese Ergebnisse in Aachen anläßlich des Internationalen Kongresses des Europäischen Hüttenauschusses vorlegte, wies allerdings darauf hin, daß der Stahlverbrauch nicht generell gesunken sei. „Die Problemkreise sind zum einen der Schiffbau und zum anderen die Röhren“, meinte Vondran.
Andererseits hätte der Stahlverbrauch der Automobilindustrie zugenommen und diesen Rückgang aus-

geglichen. Der gesunkene Stahlabsatz sei einzig und allein dem Außenhandel zu verdanken. Dort erwarte man für dieses Jahr nur einen Export von 2,5 (früher 3) Millionen Tonnen.
Überhaupt macht das Ausmaß der deutschen Stahlindustrie nach wie vor Probleme. Obwohl seit Jahresanfang der alte Montanvertrag mit dem allgemeinen Subventionsverbot in der Europäischen Gemeinschaft wieder in Kraft ist – er läßt nur drei Subventionsausnahmen zu: Forschung und Entwicklung, Umweltschutzinvestitionen sowie bei sozialen Maßnahmen – werde in einigen EG-Ländern fließig weiter subventioniert. Ohne diese Hilfen würden in einigen Stahlwerken der Nachbarländer „die Lichter bald ausgehen“, meinte Vondran.
Auf die Probleme, die gerade durch die jungen Stahlländer weltweit geschaffen werden, hatte bei der Eröffnung dieses bis zum 17. September

dauernden Kongresses, auf dem 600 Experten aus allen Teilen der Welt vertreten sind, Heinz Kriwet, Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung, hingewiesen.
Einige der neuen Stahlwerke seien dort mit spezifischen Investitionskosten von rund 4000 Dollar je Tonne Jahreskapazität belastet. „Nach menschlichem Ermessen werden sie nie wirtschaftlich arbeiten können“, zeigte sich Kriwet überzeugt. Mit dem auf dem Weltmarkt zu erzielenden Erlös könnten nicht einmal die Zinskosten, geschweige denn Erz, Kohle, Arbeitskraft und andere Elemente der Kostenrechnung gedeckt werden. Sie würden deshalb ihr Heil im Export suchen. „Damit verschärfen sie aber das Überangebot am Weltmarkt“, meinte Kriwet, was vor allem zu Lasten des relativ offenen europäischen Marktes gehe.
Die deutsche Stahlindustrie hat sich in diesem schwierigen Umfeld

vergleichsweise gut behauptet. Die überwiegende Zahl der Unternehmen schreibe schwarze Zahlen, erläuterte Vondran. Aber es gebe auch zahlreiche „hausgemachte“ Probleme für die Branche, die in den nächsten Jahren („bis etwa 1988“) zum Abbau von rund 20 000 Arbeitsplätzen zwingen. „Dies nicht nur durch notwendige Rationalisierung, sondern – aus heutiger Sicht – auch durch Stilllegungen“, zeigte sich Vondran überzeugt.
Dennoch zeigt sich die Branche überzeugt, alles relativ gut überstehen und den notwendigen Arbeitsplatzabbau kontinuierlich (Vondran: „Das heißt ohne größere Entlassungen“) durchführen zu können. Es sei denn, der Subventionswettbewerb laufe wieder an. Um dies zu verhindern, wird die Stahlindustrie in diesem Monat mit dem Bundeswirtschaftsminister Schritte auf nationaler und EG-Ebene beraten.

Kohl weist Kritik der freien Berufe zurück

HH. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat beim Bundeskongreß des Berufsverbandes der Freien Berufe gestern in Bonn die Regierungsleistungen der zu Ende gehenden Legislaturperiode hervorgehoben und die in der letzten Woche laut gewordene Verbandskritik zu entkräften versucht. Allein 1986 stiegen die Nettoeinkommen um vier Prozent, die höchste Zunahme seit 1970. Der Abwärtstrend bei der Beschäftigung sei überwunden.
Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitsplätze liege heute um 250 000 über dem Stand beim Regierungswechsel im Herbst 1982 und um über eine halbe Million über dem Tiefstand Anfang 1984. Die Jugendarbeitslosigkeit sei niedriger als in allen anderen EG-Ländern. „Kernpunkt unserer wirtschaftspolitischen Anstrengungen“ sei die Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen.
Kohl erläuterte das Konzept der Bundesregierung zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Zur wachsenden Akademikerkraft meinte er, Verbote und Beschränkungen beim Berufszugang seien keine Lösung. Notwendig seien Aufklärung und realistische Berufsberatung. Die für die nächste Legislatur geplante „echte Reform der Steuerstruktur“ zielen darauf, daß die persönliche Leistung durch die Art der Besteuerung „nicht unangemessen bestraft, sondern angemessen honoriert wird“.
Verbandspräsident Volrad Deneke sprach in seiner Eröffnungsrede auch von enttäuschten Hoffnungen. Er hatte in einem Schreiben an CDU-Generalsekretär Heiner Geißler seine Enttäuschung darüber geäußert, daß die freien Berufe in den Wahlprogrammen der Union „nicht einmal verbal stattfinden“. Kritikpunkte sind für Deneke die Freiheit der Berufsausübung, der Nachwuchsdruk in den freien Berufen, die Risikoversorge und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Lentjes-Gruppe neu geordnet

Py. Düsseldorf

Die Ferdinand-Lentjes-Stiftung, Düsseldorf, faßt zum Jahreswechsel 1986/87 Vermögen und Aktivitäten für die Bereiche Energie, Verfahren und Umwelttechnik in der im Juni dieses Jahres gegründeten Lentjes AG zusammen. Die Ferdinand-Lentjes Dampf- und Maschinenbau, wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb der Unternehmensstiftung übernimmt die Funktion einer Holding und führt die Lentjes AG sowie die Schiess AG (Maschinenbau). Die Lentjes AG entstand aus Verschmelzung von Ferdinand Lentjes GmbH und ARG-Kable Anlagen- und Rohrleitungsbau GmbH.
Das Lentjes-Grundkapital wurde um 15,5 auf 58 Mill. DM aufgestockt, es liegt voll bei der Holding. Lentjes hatte 1985 einen Umsatz von 818 (598) Mill. DM. Der Jahresüberschuss vor Steuern lag bei 24,1 (32,1) Mill. DM. Das Eigenkapital von 79 Mill. DM macht 16 Prozent der Bilanzsumme aus. In den ersten acht Monaten dieses Jahres erreichte der Auftragsbestand des Konsolidierungskreises (in und Ausland) 2,7 Mrd. DM. Für 1986 wird eine Gesamtleistung von rund 900 Mill. DM erwartet. Gegenwärtig beschäftigt die Gruppe 4850 Mitarbeiter.

Burda startet neue Zeitschrift

sz. München

Mit einem vollkommen neuartigen Zeitschriftenkonzept wird der Burda-Verlag, Offenbach, ab 22. September auf den Markt kommen. Die „Glücks-Revue“, die jeweils montags erscheinen wird, ist nach den Worten ihres Chefredakteurs Lothar Strobach eine „einzige große Spiel- und Unterhaltungs-Show“ und wird auf fast jeder der 84 Seiten ein Preisrätsel mit Bargeldgewinnen bis zu 1 Million DM und Sachpreisen bringen.
Bei den Sachpreisen wird man auf Basis von Promotion und Product-Placement eng mit einzelnen Unternehmen zusammenarbeiten. Gestartet wird mit einer Auflage von über 1,5 Millionen Exemplaren und einem Einführungspreis von 0,30 DM für die beiden ersten Hefte. Danach wird der Preis „voraussichtlich 1,00 DM“ betragen. Zur Markteinführung wird der Burda-Verlag „über 10 Millionen DM“ für Werbung bereitstellen. Langfristig rechnet Strobach mit einer verkauften Auflage von rund einer Million Exemplaren.

Den Erfolgsfaktor Personal nicht ausgeschöpft

Viele Firmen tun sich mit einer leistungsorientierten Vergütung für Führungskräfte schwer

Stil. Bonn

Der Personalbereich bietet bei vielen deutschen Unternehmen ein noch nicht ausgeschöpftes Erfolgspotential, das durch eine andere Einstellung zur Führung und ein besseres Vergütungsinstrumentarium genutzt werden kann. Diese Situationsbeschreibung gab der Unternehmensberater Detlef Lehmann, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter der 4-L Consult, auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Personalführung (DGFP) in Berlin, auf der Personalexperten aus der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz Erfahrungen austauschten.
Viele Unternehmensleitungen begeben nach Lehmanns Ansicht den Fehler, Führung und Vergütung nur als technische Probleme anzusehen. Dabei sei die Frage „Wie ändere

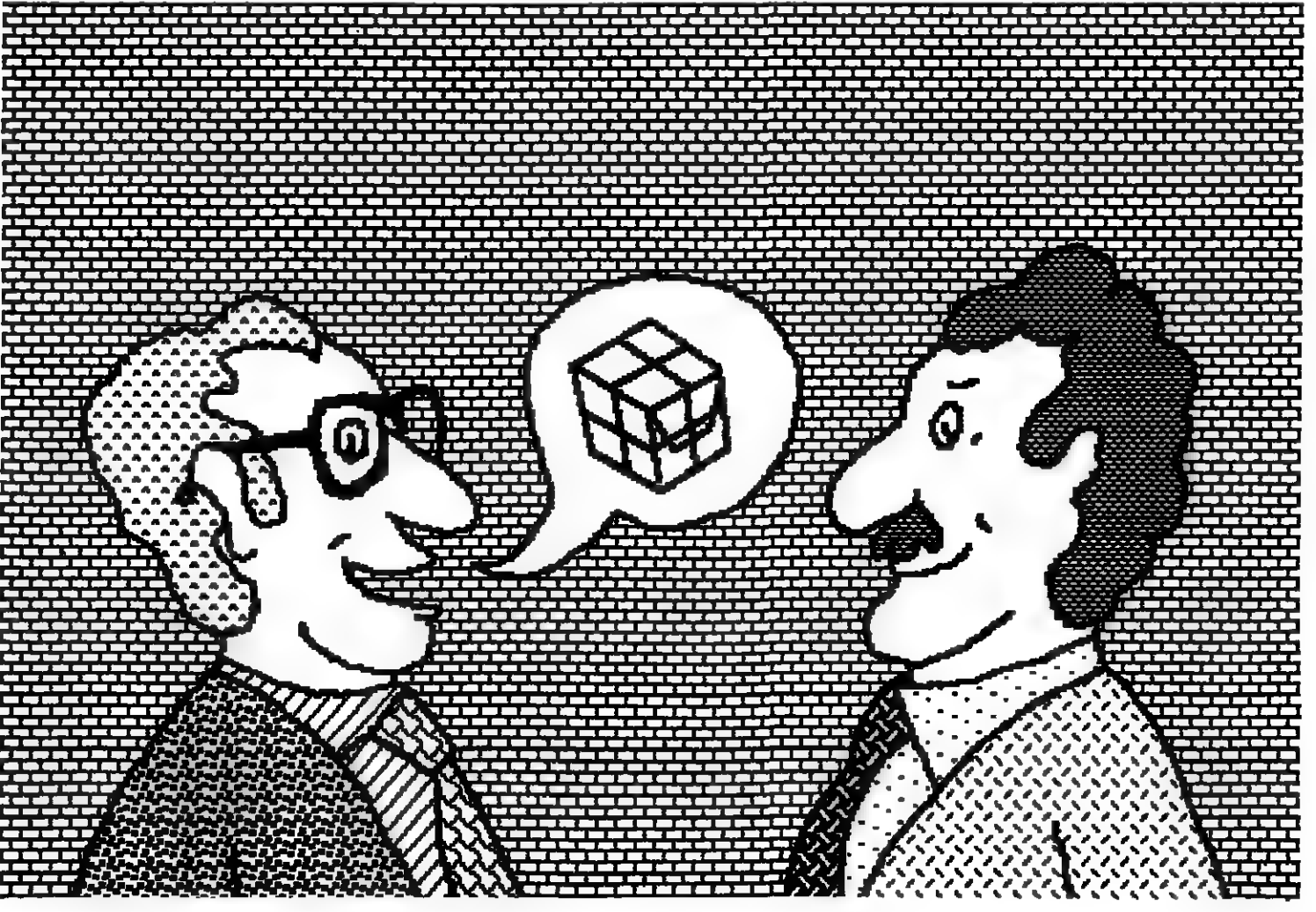
ich die Tantieme-Regelung?“ entscheidend, sondern die Überlegung, welche Leistungsvereinbarungen mit den Führungskräften getroffen werden können. Die Firmen müßten bei ihren leitenden Mitarbeitern sowohl von nicht-leistungsorientierten, genormten Vereinbarungen, wie etwa einer Kopplung der Vergütung an die Dividende, wie auch vom freien Ermessensspielraum Abschied nehmen.
Daß dabei Hemmnisse zu überwinden sind, verkennt Lehmann nicht. „Es ist menschlich verständlich, daß es schwer fällt, den Führungskräften zu verlassen und sich zur Transparenz zu bekennen.“ Bisher hätten erst wenige Unternehmen diesen Einstellungswandel vollzogen und eine differenzierte Leistungsvergütung eingeführt, die häufig als „Au-

genöffner für Führungsdefizite“ wirkten.
Welche Möglichkeiten der Staat hat, die Unternehmen bei der Beschaffung qualifizierter Fach- und Führungskräfte zu unterstützen, verdeutlichte Günter Braun, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Berlin, am Beispiel des Berliner Senats, dem er eine „ideenreiche und konsequente Wirtschaftspolitik“ bescheinigte.
Im Rahmen eines Pilotprojektes werden qualifizierte junge Ingenieure und Naturwissenschaftler in mittelständische Firmen vermittelt. Sie arbeiten dort ein Jahr, wobei das Land Berlin 40 Prozent der Personalkosten übernimmt. Von den rund 200 „Innovations-Assistenten“ hätten während des ersten Jahres mehr als 90 Prozent langfristige Arbeitsverträge erhalten.

Reden ist Gold. Ist es schon länger her, daß Sie mit unserem Kundenberater Ihr Logistik-Konzept, Thema

Paketversand, überprüft haben? Wissen Sie zum Beispiel alles über die aktuellen Leistungen des größten hiesigen Paketdienstes (= Post) beim Selbstbuchen, der Abholung, dem Haus-Haus-Versand? Sind Sie ausführlich über Schnelle Dienste, SAL, Postkurierdienst, Samstags-Service, EDV in der Versandabteilung informiert? Gute Ideen könnten für Sie herauskommen, wenn Sie jetzt auf die Idee kommen, den Kundenberater einzuladen. Sein Rat ist gratis und franko – und oft genug goldrichtig. Und ab geht die Post.

Beratungs-Coupon
Wir wünschen spezielle Beratung für unseren Paketversand.
Thema: _____
Vorherige Terminabsprache mit: _____
Frau/Herr: _____
Telefon: _____
Hausanschrift: _____
Straße und Haus-Nr. vom Postfach: _____
Postleitzahl: _____ Bestimmungsort: _____
An die Deutsche Bundespost, PTZ Vw 23-24, Postfach 11 60, 6100 Darmstadt 6 699 051 BSS



STUDIEN PLATZ BORSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 48 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Tauschaktion für das Wintersemester 1986/87

Die Semesterangabe bezieht sich auf das Sommersemester 1986

1. Semester

Vorklinik Humanmedizin
von nach

1 Bonn Freiburg
2 Bonn München
3 Bonn Tübingen
4 Bochum Freiburg
5 Bochum Heidelberg
6 Bochum Tübingen
7 Berlin Aachen

8 Berlin Bonn

9 Berlin Düsseldorf

10 Berlin Erlangen

11 Berlin Göttingen

12 Berlin Hannover

13 Berlin Heidelberg

14 Berlin Hamburg

15 Berlin Köln

16 Berlin Kiel

17 Berlin Marburg

18 Berlin Münster

19 Berlin München

20 Berlin Tübingen

21 Berlin Ulm

22 Berlin Würzburg

23 Düsseldorf Aachen

24 Düsseldorf Bonn

25 Düsseldorf Erlangen

26 Düsseldorf Freiburg

27 Düsseldorf Hamburg

28 Düsseldorf Lübeck

29 Düsseldorf Kiel

30 Düsseldorf Marburg

31 Düsseldorf Münster

32 Düsseldorf München

33 Düsseldorf Tübingen

34 Essen Essen

35 Essen Hamburg

36 Essen Lübeck

37 Erlangen Münster

38 Erlangen München

39 Frankfurt Düsseldorf

40 Frankfurt Erlangen

41 Frankfurt Göttingen

42 Frankfurt Hannover

43 Frankfurt Hamburg

44 Frankfurt Kiel

45 Frankfurt Marburg

46 Frankfurt Münster

47 Frankfurt München

48 Frankfurt München

49 Frankfurt Regensburg

50 Frankfurt Saarbrücken

51 Frankfurt Tübingen

52 Freiburg Tübingen

53 Gießen Bonn

54 Gießen Bochum

55 Gießen Erlangen

56 Gießen Freiburg

57 Gießen Göttingen

58 Gießen Hannover

59 Gießen Heidelberg

60 Gießen Hamburg

61 Gießen Marburg

62 Gießen Münster

63 Gießen München

64 Gießen München

65 Gießen Tübingen

66 Gießen Würzburg

67 Göttingen Hannover

68 Göttingen Hamburg

69 Göttingen Münster

70 Göttingen Tübingen

71 Heidelberg Tübingen

72 Köln Aachen

73 Köln Bonn

74 Köln Erlangen

75 Köln Hamburg

76 Köln Münster

77 Marburg Erlangen

78 Marburg Göttingen

79 Marburg Heidelberg

80 Marburg Hamburg

81 Marburg Lübeck

82 Marburg Kiel

83 Marburg München

84 Marburg Regensburg

85 Marburg Würzburg

86 Marburg Freiburg

87 Marburg Bonn

88 Mainz Essen

89 Mainz Essen

90 Mainz Freiburg

91 Mainz Hannover

92 Mainz Heidelberg

Im Norden wird wieder mehr Spielzeug gekauft

Im Spielwarenhandel haben nunmehr erstmals auch die Geschäfte im Norden und Westen der Bundesrepublik konjunkturell Tritt gefaßt. Zu dieser Lagebeurteilung kommt Horst Heilmann, Vorstandsvorsitzender der Vedes Vereinigung der Spielwaren-Fachgeschäfte eG, Nürnberg, indem er darauf hinweist, daß die Umsätze der Vedes-Fachgeschäfte in den einzelnen Bundesländern lediglich noch eine Streubreite von vier Prozentpunkten gegenüber früher neun Punkten aufwiesen. In den vergangenen Jahren gab es ein regelrechtes Süd-Nord-Gefälle.

Unter den Produktgruppen lägen auch im laufenden Jahr Ankleidpuppen in einem ungebrochenen Aufwärtstrend. Großer Nachfrageerfreuten sich auch Plüschtiere und Erbsenmenschen. Demgegenüber gab

Wenn Uhren billiger sind als die Batterien darin

Importeur Digi-Tech hat den Preisverfall überlebt: Vor zehn Jahren Durchschnittspreis bei 200, heute bei fünf Mark

JOACHIM WEBER, Hofheim. Irgendwann liegt da in jeder Schachtel noch ein 5-Mark-Stück drin, freizeit Joachim von Vangerow, geschäftsführender Gesellschafter Digi-Tech GmbH, Hofheim, über die Preisentwicklung bei Digitaluhren. „Wenn heute vom Endverbraucher Aktionspreise von 2,95 Mark für eine Quarzuhr genommen werden, dann ist das einfach nicht mehr realistisch.“ Allein der Einfuhrzoll kostet – je nach Wert – zwischen 65 Pfennig und 2,50 Mark je Stück.

Nur Ideen aus Deutschland

Digi-Tech, heute mit einem Marktanteil von 15 (1985: 10) Prozent am deutschen Kleinuhrmarkt wohl größter freier Quarzuhr-Importeur der Bundesrepublik, hat den anhaltenden Preisverfall in vollem Ausmaß miterlebt und überlebt. Als das Unternehmen 1978 gegründet wurde, kostete eine Digitaluhr mit fünf Funktionen noch 200 Mark, heute liegt der Durchschnittspreis für ein gleichwertiges Modell bei 5 Mark.

Allein um das Umsatzniveau zu halten, müssen also Jahr für Jahr größere Mengen verkauft werden. Doch Vangerow kann sogar mit kräftigen Wertsteigerungen aufwarten. Wurden

im ersten vollen Geschäftsjahr 1977 erst 2 Millionen Mark mit dem Verkauf von 15 000 Uhren (damals teilweise noch aus eigener Montage) und Uhrwerken (70 Prozent) umgesetzt, so waren es fünf Jahre später bereits 3,3 Millionen Mark aus 200 000 Uhren – die Produktion war bereits seit 1978 aufgegeben worden.

In diesem Jahr soll nun die Schwelle von 15 (10,6) Millionen Mark mit einem Absatz von 3 (2,1) Millionen Uhren erreicht werden. Besonders stolz ist Vangerow darauf, daß er dieses Volumen mit einer Belegschaft von ganzen zehn Mitarbeitern bewältigt. „Der Pro-Kopf-Umsatz kann sich selbst im Handel sehen lassen.“ Dort sitzen auch die Kunden: Kauf- und Warenhäuser, Versender, Verbrauchermärkte, Kettens, Kaffee-Filialisten und andere.

Die Uhren – in den Musterkoffern locken 300 Modelle, von denen aber nur etwa jedes zehnte zum „Dreher“ wird – stammen überwiegend aus Fernost. „Eigentlich sind unsere Uhren ganz international: Die Ideen kommen aus Deutschland, die Patente aus den USA, die Teile aus Japan, die Bauteile werden in Hongkong zusammengestellt, und die Montage erfolgt in China“, erläutert Vangerow.

Überwiegend in Hongkong läßt er sie bei langjährigen Lieferanten exklusiv nach eigenen Design-Vorgaben und mit eigenen Werkzeugen herstellen, besorgt aber auch den Teile-Einkauf (in Japan, Taiwan und anderen Ländern) größtenteils selbst. So hat ein eigenes Materiallager unterhält er vor Ort. Weitgehend schon von den Fabrikanten verpackt und kommissioniert, gehen die Uhren unter den sechs eigenen Marken, aber auch unter Kundenmarken in den deutschen Markt, teilweise mit vorgegebenen Stückzahlen direkt an einzelne Kaufhaus- oder Marktfilialen.

Qualität wird immer besser

Dabei gilt der Grundsatz: „Wir kaufen nichts, was nicht schon verkauft ist.“ Indem er seine Abnehmer zum Beispiel bei der Ausarbeitung von Werbeplänen unterstützt, sichert sich Vangerow auch die eigenen nötigen Vorlaufzeiten. Daß seine Kunden den Import in die eigenen Hände nehmen könnten, fürchtet er nicht. Seine Funktion sieht er nicht zuletzt darin, auch kleinere Mengen von einem Tag auf den anderen nachliefern zu können, etwa, wenn die Werbung besser läuft als erwartet – machen Sie das mal mit Fernost.

Auch bei Reklamationen ist es den Großunternehmen des Handels nahe zu haben. Eine separate Gesellschaft im nahen Idstein ist als Service-Center für Umtausch und Reparaturen zuständig. Innerhalb 5000 bis 6000 Päckchen pro Monat hat sie zu bewältigen, obwohl „die Qualität der preisgünstigen Uhren immer besser“ wird. Bei Uhren, deren Verkaufspreise unter den deutschen Kosten eines Batteriewechsels liegen, lohnt das Reparieren freilich nicht. „Damit fangen wir erst bei Preisen ab 29 Mark an.“

Trotz des permanenten Preisdrucks ist Vangerow mit seinen Erträgen zufrieden. Das stimmt ihn um so fröhlicher, als sein Weg in die Selbstständigkeit vor zehn Jahren eigentlich mit einer Pleite begonnen hätte: Die deutsche Tochtergesellschaft des amerikanischen „Digitaluhren-Pioniers“ Optel, die er damals gemeinsam mit einem Kollegen als Geschäftsführer leitete, stand plötzlich als Vollwaise da und sollte aufgelöst werden; die Muttergesellschaft hatte Insolvenz angemeldet. Kurzentschieden gründeten die beiden Geschäftsführer eine Aufbaugesellschaft, die es dann schließlich schaffte.

Schuhaufräge werden flacher

Democh bleibt Schuh-Union in schwarzen Zahlen

nl Stuttgart. Mollkne klingen bei der Schuh-Union AG, Zweibrücken, Dachgesellschaft für die renommierten Schuh-Firmen Servas, Dorndorf und Remonte, an: Für 1988 rechnet man, wie es im Geschäftsbericht 1987 heißt, mit einem etwas niedrigeren Umsatz als im Vorjahr. Das Ergebnis werde positiv ausfallen. Ergänzend dazu verläutet, die Auftragsdecke sei gegenüber dem Vorjahr schwächer. Hier wirkte sich zunehmend der anhaltende Importdruck – vor allem aus Italien – aus.

Um mithalten zu können, zielt man bei der Schuh-Union darauf ab, mit eigener Fertigung noch mehr als bisher im Ausland Fuß zu fassen. Zwei Werke betreibt die Schuh-Union bereits in Österreich mit insgesamt 400 Beschäftigten, außerdem gibt es eine Schuhteile-Fertigung in Taiwan mit etwa 120 Beschäftigten.

Im Sektor hochwertiger und modischer Damenschuhe wurde ein Lizenzabkommen mit einem italienischen Unternehmen für Produktion und Vertrieb der Schuh-Linie „Cerriti 1881 – Linea pour femme“ abgeschlossen. Dieses Abkommen, das für die Schuh-Union neue Möglichkeiten im gehobenen Genre erschließen soll, gilt für Gesamt Europa mit einer Option für alle Länder der westlichen Welt.

In 1985 steigerte der Inlandkonzern seinen Nettoumsatz um 6,5 Prozent auf fast 189 Mill. DM. Hinzu kommt ein Umsatz im Ausland von selbständigen Firmen von 101 (84) Mill. DM. Unter dem Strich erscheint ein auf 3,7 (7,3) Mill. DM reduzierter Konzernjahresüberschuß. Auf 30 Mill. DM Stammmaktien wird eine Dividende von 4 (2) Prozent ausgeschüttet, die 10 Mill. Vorzugsaktien werden demgegenüber nur mit 8 (20) Prozent bedient. Im Inland werden über 1400 Mitarbeiter beschäftigt.

Von der Küche in die Diskothek

Neben der Hogatec bietet Düsseldorf noch zwei Angebote

Fy. Düsseldorf

Mit fast 500 Ausstellern aus elf Ländern wird sich vom 24. bis 28. November 1988 die 5. Internationale Fachmesse Hogatec – Hotellerie, Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung – im Düsseldorfer Messegelände präsentieren. Messe-Geschäftsführer Jochen Schleicher betonte, daß die Flächenbelegung von vor zwei Jahren bereits übertraffen sei. Die Technik im Hotel- und Gaststättenwesen wird wieder im Mittelpunkt der Messe stehen. Die Hersteller von Großküchen, Großkuchenanlagen, Kühl- und Tiefkühltechnik sowie Küchenmaschinen werden auch die überwiegende Zahl der Aussteller repräsentieren.

Zeitgleich mit der Hogatec wird die Discotec (Diskothekenanlagen) und die 10. Interbad (Schwimmbad- und

Bädertechnik) veranstaltet, die eine neue noch junge Messe, die andere schon längst etabliert. Beide seien eine sinnvolle Angebotsergänzung für die Hogatec, die dem Besucher zu dem eine zusätzliche Eintrittsgeld- aberlangt.

Der Sprecher des Verbands der Hersteller von Großküchenanlagen, Horst Fischke, erhofft sich von der Hogatec 1988 für die Branche spürbare Impulse durch Export und Baukonjunktur. Im letzten Jahr hatte die Branche einen Umsatz von 338 Mill. DM, den höchsten, der bislang erreicht worden ist. Aus dem Inland stammten 248 und aus dem Ausland 91 Mill. DM. Das gesamte Volumen des Ver- und Entsorgungsbereichs von der Arbeitsvorbereitung bis zur Kühlung wird auf über 1,1 Mrd. DM geschätzt.

Jeder dritte erhält Geld zurück

Nova hat die Leistungsquote weiter erhöht

Fy. Düsseldorf

Die Kunden der Nova Versicherungen konnten 1985 mit ihrem Personenversicherer und ihrer Wahlzufrieden sein. Die drei Gesellschaften (Kranken, Leben, Unfall) legten als Konzern 4,1 Prozent auf 572 Mill. DM Beitragsvolumen zu.

Fast jeder dritte der insgesamt 229 000 Vollversicherten der Nova Krankenversicherung AG erhielt 800 DM. Insgesamt addierte sich das auf 24,4 Mill. DM. Anderen kamen Einmalbeiträge von 17,8 Mill. DM zu, die zur Vermeidung höherer Beitragsanpassungen eingesetzt wurden. Insgesamt erhielten die Versicherten von 100 Beitragsmark 97,50 DM in irgendeiner Form, ob direkt oder indirekt, zurück. Damit wurde die Leistungsquote (siehe Tabelle) zum 4. Mal hintereinander erhöht.

Bei den Versicherungsleistungen hat sich der Anstieg der Krankenhauskosten etwas verringert. Dennoch mußten in einigen Tarifen die Beiträge erhöht werden, was jedoch aus Mitteln der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gemildert wurde. Der Jahresüberschuß von 6 (6) Mill. DM floß in die Rücklagen.

Die Nova Unfallversicherung AG hat 1985 ihre Beitragsentnahmen um 3,5 (5,8) Prozent auf 83 Mill. DM gesteigert. Hier sind rund 45 000 Risi-

ken versichert. Die Leistungen wuchsen um 11 (5,5) Prozent auf 32 Mill. DM. Der Jahresüberschuß stieg auf 7,4 (6) Mill. DM. Um das Haftungskapital zu verstärken, wurde das Grundkapital von 9 auf 12 Mill. DM erhöht. Darauf entfiel eine Dividende von 16 Prozent. In die Rücklagen flossen 5,3 (4) Mill. DM.

Die Nova Leben wiederholte ihr Vorjahres-Neugeschäft mit 158 (177) Mill. DM nicht. Der Bestand erreichte 854 Mill. DM Versicherungssumme (plus 10,8 Prozent). Die Beiträge erhöht sich um 13,1 Prozent auf 29 Mill. DM. Die Kapitalanlagen von 105 (79) Mill. DM brachten Erträge von 8,1 (6,4) Mill. DM. Der Jahresüberschuß betrug 0,1 (0,5) Mill. DM.

Nova Kranken	1985	± %
Beiträge (Mill. DM)	456	+ 5,5
Aufw. f. Vers. Fälle	322	+ 2,3
Aufw. f. Verw. Kosten	445	+ 3,7
Aufw. f. Beitr.-Rückst.	82	+ 15,0
Rückst. f. Beitr.-Rückst.	221	+ 22,5
Kapitalanlagen	1.148	+ 9,5
Kapitalerträge	85	+ 10,1
in % d. Beiträge		
Schadenquote	70,6	68,5
Leistungsquote	97,5	95,6
Kostenquote	16,9	16,3
Überschußquote	21,4	19,5

1) Aufw. f. Verw.-Fälle, Beitr.-Rückst., sowie Verw.-d. Deckungs- u. Stornorückstellung; 2) ab. Depozit; 3) netto Durchschnittsschadenquote; 4) Netto-Durchschnittsschadenquote; 5) Aufw. f. Verw.-Fälle, Beitr.-Rückst.; 6) Verw.-Kosten; 7) Bruttoüberschuß.

Internationale Finanzen

Schweiz: Die bevorzugten Anlagen sind festverzinsliche Papiere, Inlands- und Kassenobligationen, doch auch Aktien sind bei Normalverdienstern seit der Hausse im vergangenen Jahr beliebter. Die Zürcher Börse steigerte ihren Umsatz gegenüber 1984 um über 46 Prozent. Als begehrte Aktien der Nestlé AG, der drei Großbanken, der Basler Chemie und Versicherungsunternehmen.

Bankenverkauf: Texas Commerce Bank hat sich unbefristet den Berichten zufolge selbst zum Verkauf gestellt. Führende Banken prüfen derzeit die Höhe eines möglichen Angebotes.

Bankinsolvenzen: 1987 könnte für die US-Banken ein genauso schlimmes Jahr werden wie dieses. Es wird mit 180 Zusammenbrüchen gerechnet. Dieses Jahr gab es bereits über 100.

Prime Rate: Um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf sechs Prozent werden die Development Bank of Singapore Ltd. und die Overseas Union Bank Ltd. ihre Prime Rate senken.

Malaysia: Ein Paket von Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft will die malaysische Regierung in Kürze bekanntgeben. Dazu gehören auch Anreize für ausländische Investoren.

EGKS: Zu 100,50 Prozent und mit einem Kupon von 4,75 Prozent liegt die EGKS eine Anleihe über 43,8 Mill. sfr auf. Endfälligkeit ist der 12. Dezember 1990.

Wechsel: Eine Gruppe von fünf Investmentbankern, die bislang in der Trust-Abteilung der Chase Manhattan Bank tätig war, hat zu Morgan Grenfell gewechselt. Sie hatten für in- und ausländische Kundschaft rund eine Mrd. Dollar zu Anlagezwecken in Unternehmen mit einem Marktwert von als 500 Mill. Dollar verwaltet. Zu der Gruppe gehört auch der bisherige Senior Vice President der Chase, der beim neuen Arbeitgeber Executive Vice President sein wird.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Bernard M. Bass: Charisma – entwickeln und zielführend einsetzen. Verlag Moderne Industrie, Landsberg 1988. 279 S., 58 Mark.

Warum erreichen die meisten Führungskräfte von ihren Mitarbeitern nur schlechte Pflichterfüllung, während einige wenige ihre Mitarbeiter zu Spitzenleistungen motivieren? Dieses Buch vermittelt einen Einblick in die Erklärungsformen des Führungsverhaltens und macht verständlich, auf welche Weise Führungspersönlichkeiten außergewöhnliche und alle Erwartungen übertreffende Ergebnisse erzielen.

Bernhard Keller/Hermann Linke (Hrsg.): Studium was dann? Maximilian Verlag, Regensburg und Bonn 1988. 120 Seiten, 16,80 Mark.

Das Buch stellt die problematischen Berufsperspektiven der Universitätsabsolventen dar. Wichtige bildungspolitische Institutionen machen Vorschläge zur Bewältigung der Akademikerarbeitslosigkeit. Dazu wird ein Modellversuch „Lehrer in die Wirtschaft“ vorgestellt. Grafiken, Übersichten und ein aufgelockertes Seitenumbruch fördern die Lesbarkeit des aktuellen Buches.

Uwe Lang: Der Aktien-Berater. Campus-Verlag, Frankfurt 1988. 187 S., 56 Mark.

Erschienen Ihnen der Aktienmarkt bisher als zu riskant und zu undurchsichtig? Haben Sie schon einmal Aktien gekauft? Haben Sie schon einmal zum falschen Zeitpunkt gekauft? Wurden Sie bei Ihrer Bank oder durch einen Börsenbrief schlecht beraten? Verpassen Sie meist den richtigen Verkaufszeitpunkt? Wer eine dieser Fragen mit Ja beantworten kann, hat mit diesem handlichen Informations- und Rezeptbuch genau das Richtige gefunden.

Herald Th. Danne: Das Job-sharing. Hermann Lüchterschmidt Verlag, Neuwied 1988. 211 S., 54 Mark.

Der Gesetzgeber hat das Job-sharing (Arbeitsplatzteilung) durch das am 1. Mai 1985 in Kraft getretene Be-

schäftigungsförderungsgesetz (BFG) als Rechtsinstitut anerkannt und damit den Weg zu einer breiteren praktischen Erprobung und Einführung geebnet. Fragen werden analysiert und praktikable Lösungen zugeführt: Begründung des Job-sharing-Arbeitsverhältnisses, Rechtsbeziehungen zwischen den Job-sharern, Pflichten des Job-sharers gegenüber dem Arbeitgeber, Pflichten des Arbeitgebers gegenüber dem Job-sharer, Haftung und Beendigung des Job-sharing-Arbeitsverhältnisses.

M. Mulder (Hrsg.): Jobben in Europa 1986. Athenäum Verlag, Königstein 1986. 284 S., 19,80 Mark.

„Jobben in Europa“ ist längst ein Geheimtip in der Jugendszene. Wer als Student/in oder Schüler/in, wer überhaupt zwischen 16 und 30 Jahren für kurze Zeit eine Stelle im Ausland sucht, findet hier eine Fülle von praktischen Tipps, Informationen und Anlaufstellen für Auslands- und Ferienjobs; Au-pair-Aufenthalte; Schüleraustausch; Stipendien und Wohnkosten gegliedert, hält „Jobben in Europa“ Kurzinformationen, Rundernde von Adressen und Telefonnummern bereit. Hinzu kommen wichtige Auskünfte über Visa- und andere Einreisestimmungen.

J. E. Klammtner: So teste ich meine Führungsqualitäten. Heyne Verlag, München 1988. 204 S., 9,90 Mark.

Der Aufstieg im Beruf stellt in unserer Gesellschaft nach wie vor Statussymbol Nummer eins dar. Motivieren Sie zur Berufswahl beständig immer wieder, daß eines der wichtigsten Berufswahlmotive „Aufstiegschancen“ sind. Aber die Berufswahlmöglichkeit ist hart: Viele sind berufen, wenige auserwählt. Die Wahrscheinlichkeit, in Führungspositionen hineinzukommen, nimmt nach „oben“ rasch ab. Dieses Buch soll es dem Leser ermöglichen, sich über seine Führungsqualitäten – und damit seine Aufstiegschancen – Klarheit zu verschaffen.

Nicht jeder Immobilien-Finanzierung wird in die Wiege gelegt, auch noch nach 20 Jahren eine gute Partie zu sein.



Wer in Verwaltungs oder Produktionsgebäude investiert, baut auf Zukunft. Was Sie bringt, kann zwar keiner wissen, doch helfen wir Ihnen bei der Finanzierung gerne, klar und deutlich in die Zukunft zu schauen. Dazu genügt es nicht, die Kosten zu kennen. Sie sollten auch steuerliche und rechtliche Klarheit haben, sollten wissen, daß Sie – wenn Sie wollen – in 20 Jahren der Eigentümer Ihrer geleasteten Immobilie sein können. Dazu brauchen Sie einen Partner, der genauso viel Wert auf Sicherheit legt, wie Sie. Bei Ihnen mit Leistung, qualifiziertem Rat und kreativen Ideen ein guter Gesprächspartner ist, damit Ihre Investition die schönsten Hoffnungen auch wirklich erfüllt. Rufen Sie uns an.

Düsseldorf 0211/35 09 51
Dortmund 0231/43 79 51
Frankfurt 069/768 10 71
Hamburg 040/33 17 71
München 089/725 50 91
Stuttgart 0711/73 20 47

Wir finanzieren mit Ideen.

D I L Deutsche Immobilien Leasing GmbH

Ein Tochterunternehmen der Deutsche Bank AG und der Commerzbank AG
 Immenmannstraße 50/52 · 4000 Düsseldorf · Tel. 0211/69 10 · Tx 8 587 363 · Telefax 0211/69 91 156

ENGLAND/Rowdies

15 Jahre drohen

SAD, London
Nicht weniger als 26 Fußball-Rowdies aus Liverpool standen gestern vor dem Londoner Magistratsgericht. Das Gericht, das vor einer Woche Haftbefehle erlassen hatte, muß jetzt in einem Auslieferungsverfahren darüber entscheiden, ob die 26 Beschuldigten an Belgien ausgeliefert werden. Die 26 Männer aus Liverpool, fast alle im Alter von 18 bis 30 Jahren, gehörten im Brüsseler Heysel-Stadion zu den Schlachternbummlern aus England, als vor dem Europapokal-Finale im Mai 1985 auf den Stadionrängen 39 Zuschauer ums Leben kamen.

Die Polizei von Liverpool hat in mühevoller Kleinarbeit durch die Analyse von Videofilmen eine Identifizierung der 26 Rowdies möglich gemacht. Zwischen Belgien und Großbritannien besteht ein Auslieferungsabkommen, in dem die Delikte aufgeführt sind, die zu einer Auslieferung führen können. Dazu gehört auch das Totschlagsdelikt, das die belgische Staatsanwaltschaft als juristische Grundlage einer Anklage benutzt will. Danach wäre eine Verurteilung bis zu 15 Jahren Gefängnis möglich. Das Londoner Magistratsgericht hat nach britischem Recht die Aufgabe zu prüfen, ob die vorgelegten Beweise gegen die 26 Fans ausreichen. Bei diesem Beweis des ersten Anscheins genügt es, wenn die Anklage in jedem einzelnen Fall einen "hinreichenden Tatverdacht" nachweisen kann.

In London wird damit gerechnet, daß das Magistratsgericht die Auslieferung in allen Fällen zulassen wird. Gegen diese Entscheidung steht den Beschuldigten jedoch ein Rechtsmittel zu.

TENNIS

Sieg für Westphal

C.H. Hamburg
Wen der Mißerfolg derart hartnäckig beutelt wie ihn, dem genügt auch eine durchschnittliche Leistung als Erfolgsrezept. Der Pinneberger Tennisprofi Michael Westphal hat bei den Internationalen Meisterschaften von Deutschland auf dem Hamburger Rothenbaum mit einem 6:4, 6:3 über den Schweden Johan Carlsson die zweite Runde erreicht. Und allein diese Tatsache zählt für den 21-jährigen. Nicht die Art und Weise, wie der Sieg zustande kam.

Denn dies war sein erster Erfolg nach einer Serie von zehn Niederlagen, die auch den letzten Rest Vertrauen in das eigene Spiel genommen zu haben schienen. Doch hier in Hamburg, sagte Westphal nach dem Spiel, habe er sich in vertrauter Umgebung schon von Beginn an wohl gefühlt.

Zusätzlich erwies sich Carlsson als idealer Gegner, um Westphals Selbstbewusstsein endgültig wieder auf die Beine zu helfen. Der Schwede versuchte 90 Minuten lang lediglich, den Ball im Spiel zu halten, und ergriff kaum einmal selbst die Initiative. So konnte der Pinneberger wieder selbst einen Gegenspieler mit druckvollen Rückhandschlägen über das Feld hetzen. „Zuletzt“, meinte er, „bin ich immer selbst gejagt worden.“

In der zweiten Runde trifft Michael Westphal voraussichtlich auf den Nummer vier gesetzten Andres Gomez aus Ecuador, wohl eine zu schwere Aufgabe für ihn. Und so wird Westphal auch in Hamburg kaum seinen 167. Rang in der Welttrangliste verbessern können. Das heißt, daß er bei den kommenden Turnieren von Barcelona, Basel und Wien zunächst in der Qualifikationsrunde antreten muß. Doch das soll dem gewonnenen Selbstbewusstsein nicht schaden. „So erhalte ich wenigstens Match-Praxis“, sagte Westphal.

EUROPAPOKAL / Gladbach spielt schon heute

Udo Lattek: „Nach zehn Jahren muß der Cup endlich wieder her“

GERD MÜNSTER, München
München und Bremen haben Angst vor dem frühzeitigen K.O. Stuttgart fürchtet den unheimlichen Gegner. Leverkusen erwartet ein erfolgreiches internationales Debut. Uerdingen und Gladbach wollen die Wende für bessere Bundesligazeiten schaffen. Beim Start in den Fußball-Europapokal heute und morgen schwebt das Bundesliga-Sextett zwischen Bangen und Hoffen. Einer, der den Mannschaften Mut macht, ist DFB-Teamchef Franz Beckenbauer: „Ich glaube, daß alle sechs die zweite Runde erreichen.“

Udo Lattek hat der Ehrgeiz gesagt: „Nach zehn Jahren muß endlich wieder der Europacup her.“ Doch der Erfolgstrainer von Meister Bayern München weiß, daß schon die erste Runde Enttäuschung aller Träume sein kann. „Einen schlimmeren Gegner hätten wir nicht bekommen können.“ Mit gehörigem Respekt reisen die Münchner zum niederländischen Meister PSV Eindhoven. Positiv wird in München vermerkt, daß Nationalspieler Güllit (gesperrt) und der Norweger Thoresen (verletzt) ausfallen.

Doch die Bayern plagen ebenfalls Personalprobleme. Die im Europacup erfahrenen Augenthaler und Hoenes sind gesperrt, Matthäi und Hofmann müssen angeschlagen ins Spiel gehen. Für Kapitän Augenthaler dürfte Nachschuß Libero spielen, der diese Rolle bereits in der Saisonvorbereitung einige Male erfolgreich bekleidet. Finanziell kommen die Spieler beim Weiterkommen schon jetzt voll auf ihre Kosten. 8000 Mark Pämie wurden in der letzten Saison erst im Viertelfinale ausbezahlt.

Mit jeweils 3000 Mark Prämie im UEFA-Cup geht es bei Werder Bremen (gegen Atletico Madrid) und Bayer Uerdingen (FC Jena) beschiedener zu. Werder, das in den letzten zwei Jahren nicht über die erste Runde hinaus kam, fliegt mit gemischten Gefühlen und Sorgen in der Abwehr (Pezzey fehlt) in die spanische Hauptstadt. „Ich verlange von meinen Spielern das größte Engagement. Nur so können wir auf ein Weiterkommen hoffen“, erklärte Trainer Otto Rehagel, der sich gestern mit der Mannschaft eine Video-Aufzeichnung des Treffens zwischen Uerdingen und Madrid ansah.

Ohne die verletzten Gudmundsson und Raschid, aber wieder mit Bommer und Wolfgang Funkel geht Uerdingen in die 14. deutsch-deutsche Duell mit dem FC Jena. Erfahrungen mit „DDR“-Klubs hat Bayer bereits gesammelt – die dramatische Aufholjagd im Pokalsieger-Wettbewerb der letzten Saison mit dem 7:3-Triumph über Dynamo Dresden bleibt unvergessen. Personalprobleme, aber keine Alternativen hat Borussia Mönchengladbach, das bereits heute im UEFA-Cup gegen Partizan Belgrad antritt. Als einzige mögliche Änderung kündigte Trainer Jupp Heynckes im offensiven Mittelfeld den Einsatz von Bakalorz für Lienen an. In seiner Not will Heynckes jetzt sogar den 36-jährigen Ex-Nationalspieler Klaus Fischer reaktivieren.

Jupp Heynckes hofft im Spiel gegen die Jugoslawen auf die Wende. Das Erfolgserlebnis, das in der Bundesliga bisher ausblieb, soll der UEFA-Cup bringen. So versteht sich der Trainer derzeit vor allem als Psychologe und versucht, seinem angriffs-schwachen Team in Einzel- und Gruppengesprächen Selbstbewusstsein einzupumpen. Der Spielplan zeigt die Notwendigkeit seiner Rolle als Seelendoktor: Die nächsten Gegner in der Meisterschaft heißen München und Leverkusen.

Die Gäste aus Belgrad, die auf den gesperrten Djurjovsk verzichten müssen, sind trotz ihrer 1:2-Niederlage in Zagreb für Heynckes Favorit. Als finanzieller Gewinner steht jedoch schon Gladbach fest. Durch den Verkauf der Fernsehrechte an das Zweite Deutsche Fernsehen (Livetübertragung um 20.15 Uhr) und Sponsoring kassiert der Verein 400 000 Mark. Die Zuschauerkassisse – gut 10 000 Besucher werden erwartet – wäre angesichts der tristen Gesamtlage auch ohne die TV-Übertragung kaum größer.

Mit der Stimmung zum besten steht es bei Bayer Leverkusen – trotz der ersten Saisonniederlage beim HSV. „Unsere Chancen für den Einzug in die nächste Runde stehen bei 60-70“, glaubt Trainer Erich Ribbeck. Mit Kalmar FF aus Schweden wurde Bayer zum Europacup-Einstand offenbar ein Gegner nach Maß besetzt: Kalmar droht zwei Spielhänge vor Saisonende der Abstieg in die 2. Liga. Ribbeck warnt jedoch: „Wir stark oder wie schwach der Gegner ist, stellt sich leider erst immer im Spiel heraus.“

Einen unheimlichen Gegner fürchtet der VfB Stuttgart im Pokalsieger-Wettbewerb. „Die Mannschaft wird sich hinten rein stellen. Deshalb müssen wir zwei, drei Tore vorlegen und einen Gegentreffer verhindern“, meinte Mittelfeldspieler Buchwald vor der Partie gegen Spartak Trnava aus der CSSR. Buchwald wie auch Hartmann und Allgöwer stehen Trainer Egon Coordest zur Verfügung. Nach dem K.O. vor zwei Jahren bereits in der ersten Runde im Meisterscup gegen Sofia wollen die Stuttgarter diesmal weiterkommen. Auch aus finanziellen Gründen: Mit den erwarteten 20 000 Zuschauern wird der 150 000-Mark-Etat schon im ersten Spiel gedeckt, doch schmeißt das Loch im DFB-Pokal-Haushaltsplan (110 000 Mark) stopfen, das durch das Ausscheiden entstand. (dpa)

HANDBALL-KOLUMNE / Sepp Wunderlich wehrt sich gegen Vorwürfe

„Ich habe nicht zu viel Gewicht“

Er war und bleibt der große Pechvogel im deutschen Handball: Milbertshofens Kreisläufer Jörg Löhr ist immer dann verletzt, wenn er die Chance hätte, in der Nationalmannschaft zu spielen. Er gehört zu den wenigen Spielern, zu denen Bundestrainer Simon Schobel so viel Vertrauen hatte, daß er ihn schon ins Aufgebot der Nationalmannschaft berief, als er mit Milbertshofen noch in der zweiten Liga spielte.

26 Länderspiele hat Jörg Löhr schon bestritten. Doch es könnten erheblich mehr sein, wenn er nicht so oft verletzt wäre. Eine Verletzung brachte ihn im Februar um die Teilnahme an der Weltmeisterschaft in der Schweiz – eine Verletzung verhinderte auch im Moment sein Mitwirken in den beiden Länderspielen gegen Island (gestern) und in Werne (heute in Lemgo). Gleich im ersten Meisterschaftsspiel nach dem Aufstieg in die Bundesliga erlitt er bei der deutlichen 17:28-Niederlage in Großwallstadt eine Fußverletzung. Noch ist unklar, ob er sich eine Bänderdehnung oder einen Bänderriss im Sprunggelenk zuzug.

Weil auch Rückraumspieler Andreas Dörhöfer von Milbertshofen Münchener Lokalkrivallen MTSV Schwabing kurzfristig wegen einer Verletzung (Bänderdehnung) absagen mußte, wurde Martin Schwalb vom VfL Großwallstadt nachträglich ins Aufgebot genommen. „Als disziplinarischen Gründen“ stand Schwalb ursprünglich nur auf der Reserveliste.

Wie ein Komet war Schwalb vor zwei Jahren am deutschen Handball-Himmel erschienen, eine scheinbar strahlende Zukunft vor Augen. Doch der blonde Rückraumspieler, wegen seiner enormen Sprung- und Wurfkraft schon frühzeitig als Nachfolger von Erhard Wunderlich gefeiert, wurde zuerst zur großen Enttäuschung der WM in der Schweiz und versagte anschließend auch in den Bundesligaspielen.

„Das ging einfach alles zu schnell, davon habe ich mich treiben lassen“, sagt er heute. Seine lockeren Sprüche und die lässige Unbetheiltheit wurden nur solange toleriert, wie seine Leistung stimmte. Nach der total verkorkten letzten Saison will er jetzt einen neuen Anfang machen: „Meinen Charakter kann ich nicht ganz ändern, aber eine gewisse Portion Ernsthaftigkeit täte mir in manchen Dingen ganz gut.“

Nicht zum Aufgebot gehört Erhard Wunderlich, mit 138 Länderspielen immer noch der Rekordnationalspieler im Deutschen Handball-Bund (DHB) und mit seinem Verein TSV Milbertshofen gerade in die Bundesliga aufgestiegen. „Nach der WM hatte ich Simon Schobel gesagt, daß ich mich bis August aus der Nationalmannschaft ausblenden will“, sagt Wunderlich. „Ich wollte mich intensiver um den Aufbau meiner beruflichen Existenz kümmern.“

Wunderlich war vor drei Jahren vom VfL Gumbach zum FC Barcelona gewechselt, wo er angeblich 30 000 Mark monatlich verdiente. Vor zwei Jahren lockte ihn Milbertshofens Manager Ulrich Backes mit der Aussicht auf eine gesicherte berufliche Zukunft. Backes hofft als Geschäftsführer der Münchener Gesellschaft BAX-Kopiergeräte, wo auch acht Spieler und der Trainer beschäftigt sind.

Seinen wurfgewaltigen Rückraumspieler betraute er mit der Leitung der BAX-Schwesterfirma in Weilheim. Für die verkauft Wunderlich nun Kopiergeräte im südbayerischen Raum. Eine Aufgabe, die ihm zuletzt wichtiger war, als der sportliche Erfolg in der Nationalmannschaft. „Ich habe jetzt die Zahlen aus den letzten fünf Monaten auf dem

NACHRICHTEN

Sieg für Every Way

Wassenaar (dpa) – Der Traberhengst Every Way aus dem Stall von Alwin Schockemöhle gewann im holländischen Wassenaar mit Wilhelm Paal im Sulky das Europa-Championat der Dreijährigen vor Icora Tilly aus Schweden.

Langer auf Rang drei

London (GAB) – Bei der Offenen Europäischen Golfmeisterschaft im englischen Sunningdale belegte Titelverteidiger Bernhard Langer (Anhausen) mit 69+68+68=205 Schlägen bei Par 70 den dritten Platz. Es siegte Greg Norman (Australien) mit 67+67+69+69=262 Schlägen erst im Stechen auf dem ersten Extra-Loch gegen den schlaggleichen Ken Brown (England) 67+67+68+67=260.

Turn-WM 89 in Stuttgart?

Stuttgart (dpa) – Der Deutsche Turner-Bund (DTB) wird sich mit Stuttgart um die Ausrichtung der Kunstturn-Weltmeisterschaften 1989 bewerben. Dies entschied am Wochenende das DTF-Präsidium. Die Titelkämpfe werden beim Kongreß des internationalen Verbandes im November in Rom vergeben.

Simonei trat zurück

Cagliari (dpa) – Die italienische Hochspringerin Sarah Simonei (33), die an vier Olympischen Spielen teilnahm und 1978 mit 2,01 Meter Inhaberin des Weltrekordes und Europameisterin war, hat beim Leichtathletik-Meeting von Cagliari nach 22 Jahren ihren Abschied vom aktiven Sport erklärt.

Keine Freigabe für Krupp

Köln (sid) – Der deutsche Eishockey-Meister EC wird vor der am Freitag beginnenden Bundesliga-Saison seinen Spieler Uwe Krupp auf dem freien Markt nicht freigeben. Die meisten versuchen nämlich mit mir zu handeln. Die beginnen erst ein Gespräch über den Sport und fluchten dann ganz nebenbei mal ein 'na, über den Preis werden wir schon einigen können'. Wer mich nicht kennt, akzeptiert meine Bedingungen viel eher.“ Wie immer das Thema Nationalmannschaft für Wunderlich ausklingt – er sieht sich in jedem Fall als Gewinner.

Aufbautraining für Pezzey

Bremen (dpa) – Sechs Wochen nach seiner schweren Knie-Operation hat Bruno Pezzey, Libero des Fußball-Bundesligaklubs Werder Bremen, mit dem Aufbautraining begonnen. Der 31-jährige wird seinem Team voraussichtlich frühestens in der Rückrunde der Meisterschaft zur Verfügung stehen können.

FAUSSBALL

Zweite Liga: 1. FC Saarbrücken – Fortuna Köln 3:3 (1:2)

MOTORSPORT

1986-Kilometer-Rennen in Spa, Lauf und Prototypen-Weltmeisterschaft: 1. Jellinek/Soutsen (Bundesrepublik Deutschland/Belgien) Porsche 962 5:35:45,54 Stunden (179,745 km/h), 2. Warwick/Lammers (Großbritannien/Niederlande) Jaguar 5:35:55,34, 3. Stuck/Bell (Bundesrepublik Deutschland/Großbritannien) Porsche 962 5:36:23,63, 4. Ludwig/Barilla (Bundesrepublik Deutschland/Italien) Porsche 956 1:44, 5. Cheever/Schlesser (USA/Frankreich) Jaguar 1:43. – WM-Stand in der Fahrer-Wertung nach acht von neun Läufen: 1. Stuck und Bell je 82 Punkte, 3. Warwick 69, 4. Jellinek 59, 5. Cheever 49. – WM-Stand in der Team-Wertung nach vier von fünf Läufen: 1. Porsche-Werk 47, 2. Jaguar 35.

TENNIS

Internationales Turnier in Genf (200 000 Dollar): Einzel, Endspiel: Leconte – Tulasne (beide Frankreich) 7:5, 6:3. – Doppel, Endspiel: Windahl/Maurer (Schweden/Bundesrepublik Deutschland) – Luzzati/Tiberti (Argentinien) 6:4, 3:6, 6:4.

SEGEL

Starboot-Weltmeisterschaft vor Capri/Italien, 1. Weltfahrt: 1. Brun/Schreiner (USA), 2. Fletcher/Kryslar (USA), 3. Provecchi/Dalvit (Italien), ... 5. Merklebach/Oess, 8. Hagen/Borowoy, 9. Griese/Marcus (alle Bundesrepublik Deutschland).

GEWINNZAHLEN

Benjamin: Rennen A in Frankfurt, Einlauf: 1. 9, 5. – Rennen B in Straubing, Einlauf: 34, 25. – Riterwertung: 0, 1, 0, 2, 0, 1, 0, 2, 1, 0. Auswahlschritte: 2 aus 45*, 11, 23, 34, 40, 41, Zusatzschritte: 45 (ohne Gewähr).

Unser Dankeschön für Sie wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen

Das Kunstpreis-Jahrbuch

Das Kunstpreis-Jahrbuch 1985 bietet Ihnen in 2 Bänden 3.000 Abbildungen und über 14.000 Beschreibungen von Kunstwerken, Antiquitäten und Sammlungs-Gegenständen, die vom 1.784 bis 30.6.85 versteigert wurden, mit den jeweiligen Zuschlagspreisen. Für Kunstfreunde und Sammler ist das Buch ein unentbehrliches Nachschlagewerk.

Prämien-Gutschein

Ich bin der Vermittler.
Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe nebenstehenden Bestellschein).
Als Belohnung dafür wünsche ich

das **Kunstpreis-Jahrbuch 1985**

Vorname/Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Vorw./Tel.: _____ Datum: _____

Der neue Abonnent gehört nicht zu meinem Haushalt.
Die Dankeschön-Prämie steht mir zu, wenn das erste Bezugsgeld für das neue Abonnement beim Verlag eingegangen ist.

Unterschrift des Vermittlers: _____

Bestellschein

Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. Der günstige Abonnementpreis beträgt im Inland monatlich DM 27,10, anliegende Versandkosten und Mehrwertsteuer eingeschlossen. Die Abonnement-Bedingungen ergeben sich aus dem Impressum der WELT. Ich war während des letzten halben Jahres nicht Abonnent der WELT.

Vorname/Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Vorw./Tel.: _____ Datum: _____

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

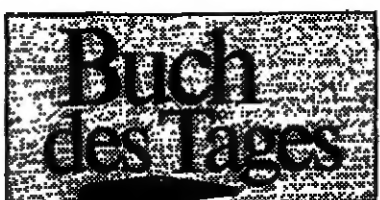
Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

Auf der Prioritätenliste: Renten und Gesundheit

Der Kampf gegen Haie

In Bonner Parteizentralen, Sitzungssälen und Lobbyistentreffen steht die Sozialpolitik derzeit ganz oben auf der Prioritätenliste: Sind die Renten auch nach der Jahrtausendwende noch sicher? Wie teuer ist unsere Gesundheit? Wie lösen wir das Problem der Pflegebedürftigen? Im Zentrum all dieser Fragen stehen die älteren Mitbürger. Ihr wachsender Anteil an der Bevölkerung stellt unser soziales System auf die schwerste Belastungsprobe seit Kriegsende - gefordert ist aber auch mehr Wachsamkeit vor denen, die die Schwäche der alten Menschen rücksichtslos ausnützen.

Die Betagten in unserer Gesellschaft haben weit mehr als nur den



berühmten Sparstrumpf unter der Matratze. Die über neun Millionen Bundesbürger, die 65 und älter sind, verdienen pro Jahr über 17 Milliarden Mark an Renten und Pensionen. Dazu kommen noch sonstige Einkünfte - zum Beispiel Arbeitsentgelte - und Kapitalanlagen wie Immobilien. Durch diesen volkswirtschaftlichen Reichtum sind die älteren Mitbürger der Wohlstandsgesellschaft zur Zielgruppe für seriöse und unseriöse Geschäftsmacher geworden. Gerade letztere - den "Rentenhäusern" - will der Report ins Handwerk pfeuschen.

"Senioren an Stühle gefesselt", "Freiheitsstraße für betrügerischen Heimleiter", "Altenheim von Polizei geräumt" - diese Schlagzeilen aus der Lokalpresse werfen ein dunkles Licht auf Heime und Anstalten. Viele sind den Bewohnern alles andere als ein Zuhause. Und in jeder Region oder Stadt sind solche Fälle schon vorgekommen. Das Buch prangert an - nennt aber auch Tipps, wie sich der einzelne Senior oder die Seniorin vor solchen Machenschaften schützen kann: Auskunft bei den örtlichen Sozialämtern einholen, Informationsmaterial bestellen und schließlich Probenahmen. Schäfer nennt im Anhang Adressen, an die sich Verbraucher wenden können.

Wer sein Recht durchsetzen will, dem werden die wichtigsten Aussagen aus dem Heimgesetz in knapper Form dargeboten. Wissen beispielsweise alle Heimbewohner, daß sie „durch einen Heimbetrieb in Angelegenheiten des Heimbetriebs wie Unterbringung, Aufenthaltsbedingungen, Heimordnung, Verpflegung und Freizeitgestaltung mitwirken“? Alles in allem kommt in diesem Kapitel ein informativer „Marschkompas zum Heimgesetz“ heraus, der Unannehmlichkeiten vermeiden hilft.

Schade nur, daß hier schon unter-schwellig die ideologischen Steckenpferde des Autors Herbert Schäfer geritten werden: Die privaten Heime sind böse, staatliche dagegen sind gut. Ähnlich geht es weiter, wenn von der „allmächtigen Wirtschaftslobby“ und dem „Tauschen von Wirtschaft und Politik“ - bei dem die Wirtschaft natürlich wieder gewonnen hat - die Rede ist.

Rentenhäuser tummeln sich nicht nur im Bereich der Heime und Anstalten. Der Einfallreichheit der Ganoven ist unbegrenzt - Skrupel kennen sie nicht. Da überumpelt ein Kleinkrim-potter die allein stehende Rentnerin. Hinterher hat sie für 500 Mark einen neuen Staubsauger, obwohl es der alte noch lange geben hätte. Doch gegen Nepp an der Haustür gibt es Schutz: Am 1. Mai 1984 trat das Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften in Kraft. Das Buch bringt die wichtigsten Paragraphen.

Das Sortiment der Gaunereien mit den Alten ist damit noch lange nicht voll. Jede Seite bei Herbert Schäfer enthält neue Dreistigkeiten. Das Umblättern verspricht jedesmal spannende Neuigkeit, aber auch blankes Entsetzen über die Habgier und Rücksichtslosigkeit der Geschäftsmacher: etwa wenn Opa sein Zahn-geld unter Wert veräußert oder dem falschen Vermögensberater Scheinaktien abkauft, die in Wirklichkeit keinen Pfifferling wert sind.

Am Ende der Gaunerkette werden sogar noch Geschäfte mit dem Tod gemacht. Der Bundesverband des Deutschen Bestattungsgewerbes ist so sehr über die schwarzen Schafe im Gewerbe besorgt, daß er für die Zunft ein Diplom und das geschützte Verbandszeichen eingeführt hat: Drei gotische Kirchen mit einem stilisierten Sarg.

Herbert Schäfer: „Rentenhäuser - Das Mißhandlungsgeschäft mit dem Alter“, Knauer, München 1984, 320 Seiten, 9,90 DM



Formen- und Variationsreichtum in der Keramik: Jean-Leon Mayodon Savres-Becher (um 1720) und Bernhard Hoetger „Alter mit Stock“ (um 1901)



FOTO: KATALOG

Darmstadt: Das Hessische Landesmuseum zeigt „Europäische Keramik“

Risikantes Spiel mit Feuer und Erden

Europäische Keramik aus der Sammlung Giorgio Silzer zeigt das Hessische Landesmuseum Darmstadt. Der Zeitraum - die Jahrzehnte zwischen 1880 und 1930 - umfaßt eine wichtige Epoche der Erneuerung und der künstlerischen Nobilitierung der europäischen Keramik. Gewiß war es eine Zeit des Umbruchs in allen Künsten. Doch kaum anderswo teilte sich der in Phasen fortschreitende Prozeß so sinnförmig, so differenziert und vielfältig, so formen- und variationsreich wie in der Keramik.

Die Ausstellung präsentiert im wesentlichen französische Keramik. Von den 275 ausgestellten Stücken kommen 217 aus Frankreich, 38 aus Deutschland, acht aus Dänemark, der Rest verteilt sich auf die Niederlande, Belgien, Italien, Schweden und Österreich-Ungarn. Aber „Europäische Keramik“ fand in diesen fünfzig Jahren durchaus nicht nur in Frankreich statt, doch unstrittig ihr Neubeginn, ihre künstlerische Emanzipation gewissermaßen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatten französische Keramiker begonnen, sich wieder mit der eigenen Tradition, mit französi-

scher und italienischer - und somit auch über-islamischer - Fayence zu beschäftigen. Fast gleichzeitig strömten unverhofft asiatische, vor allem japanische Einflüsse in die abendländische Kunst.

So verbanden sich in der Keramik künstlerische Neuerungen mit technischen, formale Innovationen mit chemischen. Die Glasur wurde erstmals neben der Form zu einem geistigen und formalen Gestaltungsprinzip. Zwischen Oberflächen- und Formgestaltung entstanden fruchtbare Wechselwirkungen und Synthesen. Der dekorative Formenschatz der unterschiedlichen Materialien und Auffassungen machte unablässig Veränderungen durch zwischen Jugendstil und Bauhauszeit.

In Darmstadt sind die bekannten französischen Meister und Manufakturen zusammen mit vielen weithin unbekannten ausführenden (allein von Gallé ist nur ein Teller zu sehen). Man begegnet dem großen Theodor Deck, dem genialsten Ernest Chaplet und Jean Carrière, selbstverständlich auch Delpy, Lachet, Delaherche und dem tüchtigen

Massier. Sie alle waren gleichermaßen hervorragende Künstler, phantasievolle Experimentierer und Erfinder, die das risikante Spiel mit Feuer und Erden immer wieder mit neuen Ideen gewagt haben.

Solche aber gab es sehr bald auch in den anderen Ländern Europas. Schon 1894 auf der Pariser Weltausstellung glänzte das Berliner „Segerporzellan“ erfolgreich neben den arri- vierten Sevres-Produkten. Aber viele wichtige Namen fehlen. Wir sehen Beispiele von Segerporzellan aus der Berliner Manufaktur; Meissen ist unter anderem mit Arbeiten von Erich Oehme und August Gaul vertreten, Villeroy & Boch mit einer Wandfliese von Peter Behrens.

Von Otto Eckmann und Bernhard Hoetger ist figurliche Keramik zu sehen. Das sind immerhin Andeutungen, wie die einzige Vase von Bontjes van Beek und wie beispielsweise Vilmos Zsolnay die bedeutende Keramik des alten Österreichs oder Engelhardt und Ludvigsen die dänische Keramik hier zu vertreten haben (bis 5. 10. 88; Katalog 22 Mark).

EO PLUNION

Schicksale eines Verlages: Frölich & Kaufmann

Gedruckter Rolls Royce

Es sollte ein kreativ-verlegerischer Höhepunkt werden, aber die Luft da oben war nicht nur sehr dünn. Es gab auch eine unvermutete Begegnung der ökonomischen Art: mit dem Pleitegeier. Der zwang die Berliner Katalogverleger und Jungverleger Frölich und Kaufmann, statt des Weges in die Unsterblichkeit den Gang zum Konkursrichter anzutreten.

Die Rettung aus Hamburg in Gestalt des Verlages Hoffmann und Campe kam zwar zu spät, doch nicht zu spät für die Geschäftsidee. In einer „Nacht-und-Nebel“-Aktion stieg der Hamburger Verlag ein und gründete mit den beiden Berlinern die Frölich & Kaufmann Verlag und Versand GmbH. Thomas Ganske, Inhaber von Hoffmann und Campe und studierter Kunsthistoriker, mußte nicht lange überzeugt werden. Denn er war als langjähriger normaler Kunde des Katalogverlages mit dem Prinzip bestens vertraut.

Gerd Frölich und Andreas Kaufmann, heute 36 und 30 Jahre alt, hatten ihre zündende Idee 1977, als sie in der Berliner Nationalgalerie einen kleinen Bücherstand betrieben. Dort boten sie, mehr zur Abrundung ihres Angebotes, einige Kataloge früherer Ausstellungen an. Die erwiesen sich indes als wahre Verkaufsschlager, vor allem bei auswärtigen Besuchern.

Die beiden mochten diesen Wink des Schicksals nicht mißverstehen. Sie hängten das Studium der Kunstwissenschaft an der Berliner TU an den Nagel und gründeten 1978 ihren Katalogverlag. Frölich & Kaufmann wurde bald zur Adresse für alle Kunstfreunde, die nicht mal eben schnell von München nach London jetten konnten, um dort die Ausstellung des Jahres zu betrachten. Für sie gab es jetzt wenigstens die Möglichkeit, Kunst per Katalog zu konsumieren. Die Zahl der Adressen wuchs in vier Jahren von Null auf über 40.000. Verkauf wurden in der Regel zwischen 3000 und 50.000 Katalogtitel.

Die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Museen und Ausstellungsmachern entwickelte sich ebenso rasch wie erfolgreich. Frölich und Kaufmann begannen nun, Kataloge auch selbst herauszugeben und zu verlegen.

Frölich und Kaufmann hatten, so schien es, den Erfolg gepachtet. Daß sie nun auch nach noch Höherem strebten und einen Kunstverlag mit den Schwerpunkten Malerei, Architektur und Fotografie gründeten, war

der Anfang vom Ende. Vorwärt von großen Zahlen, gingen sie - nach ihren heutigen Worten „blauäugig“ - aus. Und mußten bald erkennen, daß Auflagen von 3000 bis 4000 für opulente, teure Kunstbücher „in der Regel schon 1500 zuviel“ waren.

Das erwies sich zum Beispiel bei dem Prachtband „Laterna Magica“ für 198 Mark oder bei einem Werk über „Kunstarchitektur“ in Deutschland für 149 Mark. Dem standen zwar Stille gegenüber wie die selbstverlegten Kataloge zu „Zeitgeist“ und „Die Pferde von San Marco“ oder ein Helmut-Band, dessen Startauflage von 25.000 in kurzer Zeit vergriffen war. Aber das einzige Unternehmen verschlang Geld, das gar nicht da war. Die beiden, bar aller kaufmännischen Fachkenntnisse, mußten erkennen, daß Kunstbücher zwar die „Rolls-Royce“ im Verlagswesen sind - aber auch für den, der sie herstellt und verkaufen will.

Der Umsatz erreichte 1984 und auch noch 1985 zwar jeweils stattliche 3,5 Millionen Mark, aber als die beiden Verleger schließlich auf die Bremse traten, traten mußten - da war es zu spät. Verhandlungen über Partnerschaften oder einen außergerichtlichen Vergleich zerschlugen sich am Ende. Gerd Frölich und Andreas Kaufmann erlebten, daß Jungunternehmer fördernde und stützende Hände missen müssen, wenn sie „nur“ Kultur und nicht etwa High-Tech anbieten.

Ihre 450 Quadratmeter große ehemalige Fabrikette in der Weddingen Wildenruhstraße wollen die beiden auch nach der Verbindung zu Hoffmann und Campe nicht verlassen. Sie brauchen, wie sie der WELT versicherten, diese „Luft-Atmosphäre zur Ideen-Produktion“. Die kaufmännische Verwaltung, Werbung und Marketing der neuen Firma wird der Mehrheitsgesellschafter Hoffmann und Campe in Hamburg besorgen. Sitz der Firma ist und bleibt Berlin.

Für die Zukunft steht erst einmal eine Rückbestimmung auf die gestunden Wurzeln ins Haus - den Versand der nach wie vor 450 bis 500 Lieferanten Kataloge, auf dessen Stabilisierung und Neuformierung einschließlich einer Durchforstung der Adressenliste. Es wird wieder eigene Kunstverlage geben und eines ferneren Tages auch eigene Kunstbücher. Ihr Know-how soll ihnen dabei ebenso von Nutzen sein wie das gezahlte Lehrgeld.

HEINRICH KÖNIG

Zuverlässige und gründliche Arbeit machten Myrna Loy zum Star

Stets jeder Situation gewachsen

Wenn das kein erfolgversprechender Beginn war: Sie wurde vom legendären Rudolf Valentino für den Film entdeckt - und präsentierte sich den Kinobesuchern zunächst als exotische Tänzerin. Nun, ein bißchen asiatisch sah sie mit den schmalen, ein wenig schräggelegten Augen schon aus, und was die Natur nicht schaffte, vollbrachten die Maskenbildner. Fluch der frühen Rollen: Das Image der ostasiatischen femme fatale wurde sie erst mal nicht wieder los: Sie spielte Malaieninnen, Chinesinnen und Japanerinnen, und diesen fernöstlichen Schönheiten hat sie auch ihren Namen zu verdanken.

Denn eigentlich heißt die 1905 in Montana geborene Schauspielerin Myrna Williams; Loy, so befand der Manager von „Grauman's Chinese Theatre“ in Los Angeles, wo sie ihre erste Bekanntschaft mit dem Showbusiness machte und wo der

schöne Valentino sie gesehen hatte, klinge so hübsch orientalisch.

Als sie dann, ab 1930, auch in anderen Rollen eingesetzt wurde, stellten Kritiker und Publikum geradezu erstaunt fest, daß sie mehr konnte als tänzerische Verkleidungen und Sätze in Pidgin-Englisch abzuliefern. Der große Erfolg kam 1934. Da war sie an der Seite von William Powell und

Mordache „Dünner Mann“ - ZDF, 23.30 Uhr

dem Terrier Mr. Asta als Nora Charles in „Mordache Dünner Mann“ nach dem Roman von Dashiell Hammett zu sehen. Sie spielte die Ehefrau des Detektivs Nick, und war allen Situationen gewachsen. Ihre Stärke war die Schlagfertigkeit, das witzige Paieren und die trockene Art, auch in brenzligen Situationen, wenn sich der Hund schon längst unter Bett

verzogen hatte, den Kopf nicht zu verlieren - kurz, eine William Powell ebenbürtige Partnerin.

Dies war dann auch die Rolle, die Myrna Loy hierzulande einem größeren Publikum bekannt gemacht hat, als die Reihe der „Dünner-Mann“-Filme - „Sophisticated detection“, wenn es diesen Gattungsnamen gäbe - vor einigen Jahren erstmals im Fernsehen gezeigt wurde. Dahinter verbergen sich Leistungen in Filmen wie „Die besten Jahre unseres Lebens“ oder als resolute verwitwete Mutter einer Kinderhorde, die „Im Dutzend billiger“ zu haben war.

Myrna Loy hat allerdings nie die Starqualitäten einer Joan Crawford oder Bette Davis besessen. Sie gehörte zu den vielen Schauspielern der zweiten Garde, die zuverlässig und gründlich arbeiteten und zuweilen, wenn ein glückliches Zusammentreffen von Rolle, Partner und Regisseur es erlaubte, großartige Leistungen



Myrna Loy FOTO: TELEKUNST

vollbrachten. Danach widmete sie sich wieder dem Privatleben, war während des Krieges als Helferin für das Rote Kreuz tätig und war eine zeitlang Filmberaterin bei der Unesco. Kurz, Myrna Loy gehört zu der Gruppe von Menschen, ohne die Hollywood niemals hätte existieren können. RAINER NOLDEN

Fernsehspiel-Eigenproduktionen beim WDR rückläufig

Seinen Auftrag verfehlt

Gemeinhin geht man davon aus, daß die Größe eines TV-Senders identisch mit dem Umfang der Eigenproduktionen war. Irrtum. Beim WDR, der größten Sendeanstalt der ARD, beschreibt man eigentlich den umgekehrten Weg. Für 1984 sind ganze zwei Fernsehspiele als Eigenproduktionen vorgesehen, wobei der zweite („Western inkl.“, Regie Dieter Wedel) kurzfristig noch als Auftragsproduktion von Gylis Treiblich, Hamburg, übernommen wurde.

1985 war es nicht anders. Neben dem Langweiler „Kannst du Mörder leiten“ man sich noch den Luxus, „Die Spanische Fliege“ mit Willy Millowitsch zu produzieren. Aber auch beim WDR III ist der Fernsehspiel-Anteil rückläufig. Tendenz: Mehr Feature, Dokumentationen und Ausstrahlung ausländischer Filme. Hierbei wird vor allem der wissenschaftliche Bereich, ursprünglich die Domäne des WDR III, rapide abgebaut.

Natürlich geschieht das nicht rein zufällig. In den letzten Jahren haben sich die Proportionen von Herstellung und Verwaltung zugunsten der Produktion verschoben. Das zeigt sich recht deutlich bei dem Mitarbeiterstab, der sich durch die Regionalisierung sogar noch erhöhte. Hier beträgt das Verhältnis (bei ca. 3750 festangestellten Mitarbeitern) 1:6 zugunsten der Verwaltung. Die Verlagerung der Kapazitäten auf Aktualitäten ist heute Trumpf. Man verzichtet dabei weitgehend auf den Unterhalt-

ungswert. Ein knallhartes Kalkül, was „progressive“ WDR-Redakteure (und wer ist das nicht?) nur allzu gern goutieren.

Hinzu kommt ein zweites Faktum: Der Riese unter den ARD-Sendeanstalten zahlt den größten Anteil an Finanzslogane, nämlich 26 Prozent (offiziell). Dabei wird die Sendekapazität des Senders Bremen oder des Saarländischen Rundfunks, die mehrheitlich vom WDR-Finanzslogane abhängen, nicht berücksichtigt. Man ist in Köln der Überzeugung, daß Monopolstellung und hausgemachte Medienpolitik eine Machtposition verleihen, die ohne Bedenken über die Erfordernisse von Produktionsverantwortung hinausgehen.

Wenn man nach dem ARD-Verteiler von 37 Prozent (offizielle) Sendeanstalten des WDR rund 1984 Stunden jährlich zugrunde legt und dabei ganze drei Stunden Fernsehspielzeit in Eigenproduktion aufweist, dann ist der Auftrag, den diese öffentlich-rechtliche Sendeanstalt hat, nicht nur verfehlt, sondern auch eine Zumutung für den Konsumenten.

Das ändert auch nichts an der Tatsache, daß der Sender Auftragsproduktionen an die WDR-Tochter Bavaria in München („Tatort“-Krimis), an Privatfirmen mit oder ohne Koproduktionen („Lindenstraße“) oder Koproduktionen mit Kinofilmprojekten vergibt. AMS

„Mondmännchen“

Auf der diesjährigen Biennale in Venedig wurde die Lebensgeschichte der Pfarrerstochter Gudrun Ensslin vorgeführt, deutsche Kinospieler „Stammheim“, die preisgekrönte Geschichte des Prozesses gegen Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Andreas Baader, und an den beiden vergangenen Sonntagen schloß sich die ARD mit einer Dokumentation aus der RAF-Memorialwerkstatt linker Autoren und Regisseure dem Trend an.

Baader/Meinhof - und am Schluß sie selbst: die Gründer der links-extremistischen „Rote Armee Fraktion“ (RAF) auf ihrem blutigen Weg der Gewalt bis zum Tod durch Selbstmord. Wie kam es Ende der sechziger Jahre zum Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und daran die Frage anknüpfend, hat sich die Bundesrepublik unter den Angriffen der Linksextremisten verändert?

In der Dokumentation zeigte Schwächen von Polizei und Justiz in den siebziger Jahren konnten den Eindruck erwecken, daß die „Republik“ mit Extremisten nicht fertig wird. Der frühere Berliner Innensenator Heinrich Albertz, Pastor und führender SPD-Politiker in der Anfangszeit des Terrorismus, verstieg sich sogar zu einem diskreditierenden Vergleich. Wie (zivil) hätten doch die Polizisten während seiner Amtszeit ausgesehen, und wie dagegen heute? „Mondmännchen“ nannte sie Albertz, ohne darauf hinzuwei-

sen, daß die Polizisten im terroristischen Kleinkrieg mit Stahlkugeln und Brandfackeln angegriffen werden. Die brutale Offensive der ersten Terroristengeneration, aus der anti-autoritären Bewegung heraus revolutionäre kommunistische Vorstellungen in die Realität umzusetzen, wurde semantisch und optisch aufpoliert. Heimtückisch, wie sie sich im Bombenlegen der RAF beispielsweise gegenüber einer Bürokratie, in der Sekretärinnen Kaffee aufrührten, oder in einer Druckerei offenbarte, um nur zwei von zahlreichen Mordanschlägen zu nennen, wurde den Zuschauern gewiß nicht nur aus zeitlichen Gründen vorenthalten.

Nachlässigkeit und Tölpelhaftigkeit untergeordneter Instanzen wurden dagegen der „Republik“ angelastet, wie im Fall der Stammheim-Gefängnisauflösung, die von den Selbstmorden der RAF-Anführer überrascht wurde. Stefan Aust, der Autor, tische indes dem Publikum eine Legende nicht mehr auf, daß nämlich die Geheimdienste Baader/Meinhof gemordet hätten. Unter Demokraten ist die in der Dokumentation zitierte Entscheidung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt gültig, bei der Bekämpfung des Terrorismus bis an die Grenzen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist. Das Morden geht weiter, wie die Anschläge der letzten Tage anzeigen, aber die „Republik“ ist wahrhaft geworden. W.K.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
9.45 Info: Gesundheit	12.00 Urmensch
10.00 Tagesschau und Tagesschau	12.25 Prosecco
10.25 Berufsurlaub heute	13.00 Tagesschau
10.50 Vorschau heute	
15.50 Tagesschau	16.00 heute
16.00 Promisengedächtnis	16.04 Plausend
16.45 Spaß am Dienstag	16.30 PRN
17.00 Tagesschau	Sportstudio für junge Zuschauer
17.55 Regionalsportprogramme	17.50 heute / Aus den Ländern
18.00 Tagesschau	17.15 Teleshopping
18.15 Was bis ich?	17.45 Die klassische Vergleichen
Heiteres Berichterichten mit Robert Lambke	Ehergeister
21.00 Monitor	Anschl.: heute-Schlagzeilen
Mit dem Thema: Asylrecht als Wahlkampfthema: Kirche gegen Asylanten; Protest gegen den Zölibat - Priester demonstrieren auf dem Kolonialmarkt; Krebs durch Kosmetik? - Shampoo und Badezusatz enthalten Dioxin	18.20 Mit dem Kopf durch die Wand
21.45 Tagesschau	18.20 heute
22.00 Tagesschau	19.30 Abenteuer eines Stilleben
22.00 Tagesschau	20.15 Die Sportreportage
22.00 Tagesschau	Aus Mönchengladbach: Fußball-UEFA-Pokal
22.00 Tagesschau	Souise: Mönchengladbach - Partizan Belgrad
22.00 Tagesschau	Eurovision aus dem Bülteberg-Studio
22.00 Tagesschau	Reporter: Rolf Kramer
22.00 Tagesschau	In der Pause, ca. 21 Uhr, heute-Journal
22.00 Tagesschau	22.05 Gleeze
22.00 Tagesschau	Kamera, Buch, Regie: Tomasz Magiera, Alexander Honory
22.00 Tagesschau	Der erste Fernsehfilm, den die beiden polnischen Filmemacher im Westen realisieren konnten
22.00 Tagesschau	22.30 Horst's kleine Nachmittage
22.00 Tagesschau	22.30 Horst's kleine Nachmittage
22.00 Tagesschau	Amerikanischer Spielfilm (1934)
22.00 Tagesschau	Mit William Powell, Myrna Loy
22.00 Tagesschau	1.00 heute

III.

WEST	
18.30 Sonntagsmagazin	25.45 Nachrichten
19.00 ARD-Sonntagsmagazin	HESSSEN
Bürgertelefon: 0221/23 64 53	18.00 Sonntagsmagazin
20.00 Tagesschau	18.30 Formel Eins
20.15 ARD-Sonntagsmagazin	19.30 Sonntagsmagazin
Charakteristik in die Höhe	Ab 20.00 Uhr: wie NORD
Thailand: Brutale Strafen für Drogenkriminalität	
20.45 Sonntagsmagazin	19.30 Sonntagsmagazin
Vor 140 Jahren gestorben: Johann Peter Hebel	19.30 Sonntagsmagazin
21.00 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
21.05 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
21.10 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
21.15 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
21.20 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
21.25 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
21.30 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
21.35 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
21.40 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
21.45 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
21.50 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
21.55 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
22.00 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
22.05 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
22.10 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
22.15 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
22.20 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
22.25 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
22.30 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
22.35 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
22.40 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
22.45 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
22.50 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
22.55 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
23.00 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
23.05 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
23.10 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
23.15 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
23.20 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
23.25 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
23.30 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
23.35 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
23.40 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
23.45 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
23.50 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
23.55 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
24.00 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
24.05 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
24.10 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
24.15 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
24.20 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
24.25 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
24.30 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
24.35 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
24.40 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
24.45 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
24.50 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
24.55 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
25.00 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
25.05 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
25.10 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
25.15 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
25.20 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
25.25 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
25.30 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
25.35 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
25.40 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
25.45 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
25.50 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
25.55 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
26.00 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
26.05 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
26.10 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
26.15 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
26.20 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
26.25 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
26.30 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
26.35 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
26.40 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
26.45 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
26.50 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
26.55 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
27.00 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
27.05 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
27.10 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
27.15 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
27.20 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
27.25 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
27.30 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
27.35 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
27.40 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
27.45 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
27.50 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
27.55 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
28.00 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
28.05 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
28.10 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
28.15 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
28.20 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
28.25 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
28.30 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
28.35 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
28.40 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
28.45 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
28.50 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
28.55 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin
29.00 Formel Eins	19.30 Sonntagsmagazin</

Ein toter Mann...

dan - "Fantasy"-Gesellschafts-spiele kranken bisher daran, daß die von ihnen gebotenen Charaktere recht einfallslos waren. Jetzt endlich ist einmal ein Szenario erschienen, das raffiniert daherkommt: „Auf Chulhus Spur“ (Hobby Products, Oberhausen, 45 Mark). Das Spiel wurde von den Geschichten des Horror-Schriftstellers H. P. Lovecraft inspiriert. Es geht darum, in den zwanzig Jahren dieses Jahrhunderts dem geheimnisvollen Chulhus-Kult auf die Spur zu kommen.

Die wichtigste Eigenschaft der beteiligten Spieler ist seelische Stabilität, die sich besonders beim Anblick von Wesen wie den „Hetzen der Frauen“ bewähren muß. Wer Nervosität zeigt, muß den Rest des Spielgeschehens in einem Asyl für Geistesgestörte verbringen.

Tückischerweise ist die geistige Stabilität aber auch durch ein großes Wissen bedroht. Denn jedes genaue Wissen ist nur ein Wissen über die letztendliche Aussichtslosigkeit des Kampfes gegen den Kult. Je länger man spielt, desto sicherer nähert man sich dem vollständigen Wahnsinn, so oder so.

Ähnlich verhält es sich im ebenfalls soeben erschienenen „Kleinen Emanzipations-Spielbuch“ von Emma Wolf (Bastei Lübbe, Bergisch Gladbach, 7,80 Mark). Aufgabe der Spielerin ist es hier, sich in die Rolle einer emanzipationswilligen Hausfrau zu versetzen, vom Streit um „Love Story“ oder Fußball über den Auszug aus der Ehe bis zur Karriere in bürgerlichen oder alternativen Kreisen.

Die dabei fälligen Entscheidungen sind durchaus nicht immer einfach. Gegen die Länderspiel-Übertragung wehrt Frau sich nicht mit Militanz, sondern mit fachkundigen Kommentaren über „diesen süßen Litti“, und wer aufgrund einer Melodie lieber im Supermarkt kauft, hat sich von der Rolle des Heimchens am Herd emanzipiert.

Die Beispiele machen deutlich, daß der Name der Autorin Emma Wolf nichts als das Pseudonym eines „male chauvinist pig“ ist, wenn auch eines mit überraschenden Einsichten. Bei der Aufnahmeprüfung der Frauengruppe „Tolle Emma“ ist zu entscheiden, wer der bessere Kandidat ist: Adenauer oder Kohl? Und dazu muß Frau unbedingt das Credo der „Tollen Emma“, Absatz eins, kennen: „Nur ein toter Mann ist ein guter Mann“. Wahnsinn, laß nach!

Esslingen: V. Hugos „Der König amüsiert sich“

Buckel unter feinem Tuch

Wer hält wohl wen zum Narren? Rigoletto, wie Triboulet in Esslingen wieder heißt, wähnt sich am Anfang als der Gewitztere. Sorgsam verbirgt er in der Garderobe sein Innerstes. Rasch ist seine Identität ausgetauscht. Schnell die schmuddelige Aktenkassette mit dem Teddy für die Tochter in der Kullisse versteckt. Der schwarze Smoking mit den Verdienorden paßt doch wie angegossen. Und der böse Buckel, der wie ein Alp auf seiner Seele lastet: Unter teuren Tuch kommt er kaum noch zur Geltung. Sich seiner Sache sicher, hält er sich an den anderen schadlos. Sein Spott verletzt tödlich. Sein kindisches Kichern macht einen fröhlichen.

Aber wer zuletzt lacht, das ist die feine Gesellschaft, der Rigoletto zunächst so überläßt. Sie raubt sein Kostbarstes und stellt Gilda wie in einer Pezschbox an den Pranger. Ein Opfer des Königs, seiner Lust wie seiner Lustlosigkeit gleichermaßen preisgegeben, stirbt sie für den Ge-

lieben gleichwohl einen Liebestod. Verraten und verkauft, wird Rigoletto am Ende zur Marionette in der Hand seiner Peiniger.

„Der König amüsiert sich oder Die Geschichte von Rigoletto“, so nennt die Würtembergische Landesbühne nicht ganz authentisch ihren Rehabilitationsversuch in Sachen Victor Hugo. Sie erinnert also an das fast vergessene Stück, das 1832, kaum daß es uraufgeführt war, auch schon wieder verboten wurde, unter der Maske Rigolettos (und in einer zensierten Form) seinen Weg über die Bühne machte. Sie tut es, indem sie den Titel zum Programm erhebt und Hugo zu seinem Recht verhilft, ohne von Verdi gänzlich zu lassen. In einer Klavierbearbeitung von Karl-Heinz Ott hat die Opernmusik auch in der Schauspielersfassung eine Funktion: Sie überhöht, distanziert, ja ironisiert zugleich die Vorlage.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Denn Regisseur Pavel Mikulatsch gelingt es, das (eingestrichene) Drama als Gegenwarts-Groteske glaubhaft zu machen, ohne dabei auf den Unterhaltungswert der Musik verzichten zu müssen. Original und Bearbeitung gehen Hand in Hand. Während Rigoletto (gespielt von Peter Lott) seiner Tochter Gilda (Andrea Hörnke-Trieß) die Leviten liest, tut er das gleich in doppelter Gestalt: live und auf dem Bildschirm, auf dem gerade eine Opernverfilmung flackert. Sobald sich die Gesellschaft anschickt, an Rigoletto Rache zu üben, macht sie es, indem sie tanzend und singend Korpsegeißel praktiziert. Der Mörder kommt mit der Mundharmonika. Und König Franz I. von Jan Schreiber mit allen Attributen eines neuzeitlichen Playboys ausgestattet, schmachtet er doch tatsächlich sein „Questa o quella“ oder „La donna è mobile“ in die Runde, bevor er zur Tat schreitet. Kein Wunder, wenn sich in Esslingen nicht nur der König amüsiert. Auch das Publikum hat an dieser Revue-Reminiscenz sein Gefallen. HARTMUT REGITZ

Rock mit Distanz: Joan Armatrading auf Tournee

Die Macht der Verstärker

Die Deutschen, so meinte Joan Armatrading vor dem Konzert, seien im Vergleich zu Italienern oder Holländern viel schwerfälliger. Es dauere lange, bis sie sich begeistern würden, doch dann fäßen sie's richtig. So kann es sein, daß Tagwüste mal wieder nicht, ob er sich für Dauerregen oder Kreislauf- und stimmungsdrückendes Grau entscheiden sollte. Die Sonne allerdings ging auch im Konzert nicht auf. Und das lag weniger an denen, die ins höchstens halb gefüllte CCB gekommen waren, als an der farbigen Engländerin selbst.

Sie wolle weder belehren noch faszinieren, sondern einfach die Leute gut unterhalten, sagte sie. Zwanzig Minuten zu spät anfangen mag ja inzwischen der Standard moderner Höflichkeit sein. Doch ohne jedes Begrüßungswort mit zwei Titeln beginnen, die zwar die Macht der Verstärker, aber keineswegs die Ausdruckskraft von Joan Armatrading's Stimme bewiesen, hieß, das eigene Vorhaben torpedieren.

Ein kurzer Anflug von verbaler Kommunikation wurde mit „Let's just play“ in Richtung der Verstärker wieder abgebrochen. Und mit „This is another song“ erreichte Joan Armatrading danach schon den Gipfel ihrer Verbindlichkeit. Routinierter spülte man zu sechs eine Folge bekannter Hits und neuer Titel des aktuellen Albums ab, die streckenweise nur zu erraten waren, weil der Klangbrei oft den Text zermatschte. Dabei verzichteten die Sängerin

und die gut eingespielte, aber kaum geforderte Band auf die Chance, den paar Dutzend Fans, die Richtung Bühne getanz und gerannt waren, zu geben, was sie wollten. Temp- und Rhythmuswechsel ließen die Unentwegten dann nur noch in der Halle stehen. Und daß sich die vier Feuerzeuge nicht einigen konnten, bei welchem balladesken Song sie nun flackern sollten, war symptomatisch für die pausenlosen eininhalb Stunden.

Dabei hätte sie ohne optische Ablenkungen allein mit ihrer in mittleren und tiefen Lagen einzigartigen Stimme gewinnen können, wie man von früheren Auftritten her weiß. An den wenigen Stellen, an denen sie und nicht die Phonstärke dominierte, war zu ahnen, warum Joan Armatrading seit Jahren ein Star ist.

Als dann nach fast einer Stunde das Auditorium ein Beifallstrampeln versuchte, wurde der Ball nicht aufgenommen, sondern dem Gitaristen zugespielt. Er stellte die Musiker namentlich vor, was eine nette Geste, zugleich aber noch ein Zeichen für Joan Armatrading's Neigung zur Distanz war. Mangelndes Charisma läßt sich gewiß nicht durch Verbindlichkeit ersetzen, doch beim gutgelauten Publikum hätte das an diesem sehr rockorientierten Abend schon genügt. Joan Armatrading aber unterließ vieles, um die Augen der Fans leuchten zu lassen. Dafür wird sie sich nun in ihrer Meinung von den schwerfälligen Germanen um so bestärkter fühlen. MICHAEL HENKELS

Knapp am akustischen Desaster vorbei: Die Kölner Philharmonie wurde mit Mahlers Achter eröffnet

Den Bässen eine halbe Oktave gestohlen

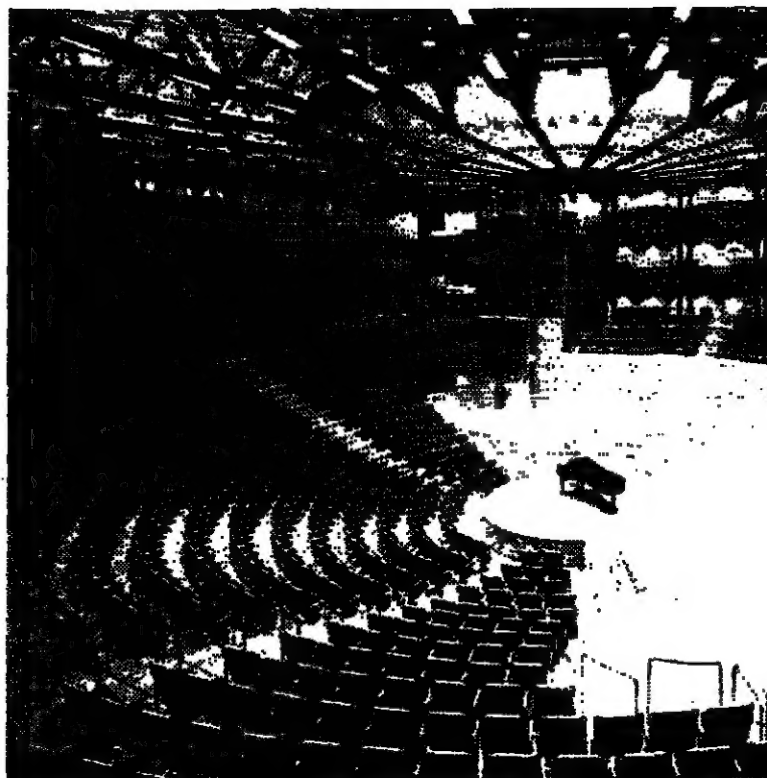
Was für ein Pech! Sie klingt nicht, oder doch wenigstens längst nicht so gut, wie die Ärgernisse gesagt hatten. Die neue Kölner Philharmonie, die am Sonntag mit einem morgendlichen Festakt und einem abendlichen Konzert eröffnet wurde, hat ein paar ziemlich schwerwiegende akustische Mängel.

Über das bauliche Wagnis dieses Saals, der sich unter dem Neubau des Walfrat-Richartz-Museums und des Museums Ludwig tief in die Erde frist, gar mehrere Meter unter dem vom vorbeifließenden Rhein bestimmten Grundwasserspiegel, ist an dieser Stelle schon berichtet worden (WELT v. 26. 8.), ebenso über die ästhetisch durchaus gelungene Ausführung des Saals in seinem Inneren.

Nach der Nagelprobe des Eröffnungstages, in dem mit Bernd Alois Zimmermanns „Totopse“ und Schumanns „Rheinischer Singspiel“ beim Festakt, Gustav Mahlers 8. Sinfonie, der „Sinfonie der Tausend“, als eigentlichem Eröffnungskonzert ein veritables Spektrum des großen sinfonischen Repertoires bot, steht zweierlei fest. Zum einen verschluckt der Saal bei den Bässen etwa die halbe Oktave. Damit fehlt der Musik das Fundament oder auch der Bauch. Das geradezu körperlich spürbare Gefühl, das Bässe oder Pauken dem Hörer vermitteln können, stellt sich im Kölner Saal partout nicht ein.

Der vielleicht noch größere Mangel: Die Lautstärke wächst nicht; jenseits von einem maßvollen Forté gewinnt der Klang nicht mehr an Größe. Es hat fast den Anschein, als würden die großen Klanggebäude einfach in sich zusammenfallen, denn je mehr sich in Mahlers „Sinfonie der Tausend“ an Sängern und Instrumenten addiert, desto flacher wird das Spektrum des ansonsten wohl gemischten Klangs. Ein massiger, tiefer Pegel erfüllt das schöne Haus.

Ganz anders, wenn bei Mahler etwa die Solo-Violine anhebt. Die tiefen leicht emporgetragen aus dem tiefen Loch, in dem das Orchester sitzt. Für Kammermusik und kleine Besetzungen ist die Kölner Philharmonie also nach wie vor ein Versprechen, und tatsächlich wird sie auch dafür den richtigen Rahmen abgeben. Anders als etwa Münchens Gästehaus oder die Alte Oper in Frankfurt hat Köln auf den eigenen Kammermusiksaal verzichtet, obgleich es den ebenso wenig gibt.



Akustische Tücken im architektonisch gelückten Saal: Blick in die neue Kölner Philharmonie mit ihren 2000 Plätzen. FOTO: GAERTNER

wie es bisher einen tauglichen Konzertsaal gab.

Es war also eine geradezu fatale Wahl, ausgerechnet mit dem üppigsten Sinfonie-Werk der Musikgeschichte, eben Mahlers Achter, zu beginnen, für die man die vier großen Laienchöre der singfreudigen Rheinmetropole vereinigt hatte, dazu ein erlesenes Solisten-Ensemble mit Elizabeth Connell, Pamela Coburn, Kristina Laki, Waltraud Meier, Anna Gjevang, William Johns, Bernd Weikl und Kurt Rydl. Der Dirigent Marek Janowski konnte da nicht mehr zeigen, als daß er Massen zu ordnen und zu steuern weiß.

Die Akustiker müssen nun wissen, was in der Philharmonie an allfälligen Korrekturen möglich ist. Bis jetzt hatte man in Köln, eine Seltenheit bei der Konzertsaal-Architektur, ausschließlich auf den Direkt-Klang gesetzt. Das heißt, die von Instrumenten oder Sängern auf dem Podium erzeugten Schallwellen sollten ungebrochen und nicht reflektiert zum Ohr des Hörers getragen werden. Die

ser Klang ist, gerade bei solistischem Musizieren, von großem Reiz und könnte vielleicht einmal das eigene akustische Profil der Kölner Philharmonie ausmachen. Eben das war der Wunschtraum des Architektenduos Peter Busmann und Godfried Haber, die sich sinnigerweise über gemeinsames Musizieren kennengelernt hatten. Peter Busmann sah man dann sogar auch im Chor mitsingen.

Die aktiven Musiker sind ohnehin begeistert: Sie können sich selbst und ihre Mitspieler hören, auch das bedauerlicherweise nur eine rühmliche Ausnahme auf einem Konzertpodium. Der Dirigent steht an einem Idealpunkt, den auch noch droben, über der Erde, der israelische Bildhauer Dani Karavan bei seiner Gestaltung des neuentstandenen Heinrich-Böll-Platzes markiert hat.

Marek Janowski hat mit diesen bei den Eröffnungskonzerten sein Amt als neuer Kölner Gürzenichkapellmeister angetreten, ein Synonym für die Position eines städtischen GMD, dessen Bezeichnung nun, nach dem

Verlassen des Gürzenich als Konzertsaal, ein bißchen altfränkisch wirkt.

An dessen Tradition wird man irgendwann die neue Philharmonie messen müssen. Der Gürzenich hat immerhin die Uraufführungen von Brahms' Doppelkonzert, Strauss' „Till Eulenspiegel“ und Mahlers 5. Sinfonie erlebt. Auf die zeitgenössische Musik von heute ist die Philharmonie wahrscheinlich schwer abzustimmen: Sie läßt nichts anderes zu als den Typus der Podiumskonzerte. Für Wandelkonzerte oder Raumklanglabors à la Stockhausen also wenig Vorsorge.

Chefs des Gürzenich-Orchesters waren in diesem Jahrhundert Dirigenten wie Otto Klemperer, Hermann Abendroth und Günter Wand. Es ist also kein leichtes Erbe, das Marek Janowski in Köln antritt, um so mehr, als das Orchester derzeit doch einige Mühe hat, mit den führenden Ensembles in Deutschland Schritt zu halten. Dem Gürzenich-Orchester kann die Herausforderung durch die neue Philharmonie nur gut tun.

Das erste Gastkonzert wird übrigens vom Orchestre de Paris unter Daniel Barenboim bestritten, dem aus London das BBC-Orchester und das Royal Philharmonie folgen. Köln blickt in Sachen Kultur eben noch immer, wie seit dem Mittelalter, strikt nach Westen. Ein Schelm, wer Schlechtes dabei denkt! Die Berliner philharmonischen Preußen waren auch eingeladen, aber Herbert von Karajan zog ein Gastspiel in Bonn beim Beethovenfest vor. Die Akustik des Kölner Neubaus war ihm nicht geheuer. Der alte Fuchs - hat er doch wieder recht behalten.

Bei der morgendlichen Begrüßung hatte der Oberstadtdirektor Kurt Rossa die Rolle Kölns als der Metropole eines kulturell höchst aktiven rheinisch-westfälischen Städteverbunds herausgehoben. Er pries eine Stadt und eine Gegend der kulturellen Rekorde und Superlative nach dem Motto: Wollt ihr das totale Köln? Das sollte sich am Abend, nach dem Mahler-Konzert, mit einer großen, von Walter Haupt entwickelten Klangwolke plus Feuerwerk über dem Rhein gebührend in Szene setzen. Allein, im pünktlich niedergehenden Regen wurde manches Pulver nass. Die rheinische Realität hatte die euphorisch gewordenen Kölner wieder. REINHARD BEUTH

Die großen Straßen der Welt (Schluß): Düsseldorf's Königsallee, der kürzeste aller Prachtboulevards

Echte Yuppies treffen sich jetzt im Café Bittner

Zum dritten Mal passiert das weiße Porsche-Kabrio langsam die runden Tische des Straßencafés, an denen sich jeweils mehr Menschen drängen, als in einen mittelgroßen Lift hineinspassen. Will der Fahrer mit seinem Gefährt irgendwelchen Schönheiten imponieren, oder sucht er nur einen Parkplatz? Wenn er mich fragen würde, ich könnte ihm sagen, daß das um diese Zeit (15 Uhr, himmelblausommriges Biederbüchewetter) ein hoffnungsloses Unterfangen ist.

Natürlich - manchmal hat man auch Glück. Ich erinnere mich noch genau an jenen Montag im November 1978, als ich gegen sieben Uhr dreißig morgens hier einen Parkplatz bekam. Davon erzähle ich heute noch gerne. Problemlos kann man auf den 812 Metern, die dieser Boulevard mißt, sein Fahrzeug ohnehin nur zwischen zwei Uhr nachts und sieben Uhr morgens abstellen. Doch wer läuft um diese Zeit schon über die Königsallee? Da würde man ja überhaupt nicht gesehen werden.

Sehen und gesehen werden heißt das Lieblingsspiel der Flaneure, die den knappen Kilometer zwischen dem Schalenbrunnen im Norden und dem Gürtenchen mit der Balwiferin im Süden entlangschlendern. Aber auch da wird noch gewachtet. Nicht auf jedem Stück dieser von der Düsseldorf-Werbung gern als „Prachtboulevard“ apostrophierten Straße kann man bei diesem Spiel Punkte sammeln.

Der erste Teil beispielsweise, zwischen Elberfelder Straße und der Normaluhr gelegen (einst der beliebteste Treffpunkt für Düsseldorf's Liebepaare), Corneliusplatz genannt, vermag bestenfalls einzustimmen auf den Luxus, der sich jenseits der Theodor-Körner-Straße zu entwickeln beginnt und zwischen König- und Grünstraße zu voller Pracht entfaltet. Und im Kö-Gärtchen, das im Süden der Allee einen beschaulichen Schlußpunkt setzt, verweilen alte Damen, taubentüffend, junge Mütter, kinderwandelnd, und dann und wann mal ein Student, bicherlesend. Kein Ort also für die schicken, smarten Yuppies, die sich lieber im Café Bittner umtun, mitten auf der Kö.

Düsseldorf's Renommierstraße hat eine Sonnen- und eine Schattenseite, und das hat nicht bloß etwas mit der Tageszeit zu tun. Von Norden her betrachtet, ist die Schokoladenseite links. Wer „auf die Kö“ will, der meint diesen Teil, wo die meisten der rund 150 Einzelhandelsgeschäfte beheimatet sind und der Quadratmeter zum Kaufpreis von 15 000 Mark angeboten wird. Geographisch hat diese Seite überdies den Vorteil, daß nachmittags, wenn die Kauflust so richtig

wach geworden ist, hier die Sonne scheint.

Pecunia non olet - Gott sei Dank, sonst müßte man die Kö beidseitig meiden. Denn gegenüber den Läden, in denen die Börsen geleert und die Konten erleichtert werden, ragen streng und kühl die Fassaden der Banken. Allerdings ist die Geldfront hier und da schon durch Ladenpassagen und Lokale aufgelockert. Wer sich als Geschäftsmann auf dieser Hälfte einkaufen will, kriegt den Quadratmeter um 5000 Mark billiger.

Es gab Zeiten, da war die Westseite namentlich autark. Bis 1905 hieß sie „Canalstraße“, und hinter diesem schlichten Namen verborg sich eine vornehme Wohnadresse. Im Lauf der Jahrzehnte verdrängten die Banker die Privileute - eine Mini-Wallstreet entstand. Vom Standpunkt des Käufers aus gesehen, hat sich die Kö auf diese Weise zu einer praktischen Straße entwickelt, denn für pekuniären Nachschub ist jederzeit gesorgt: Die drei Brücken, die den von der Düsseldorf

gespeisten Kö-Graben überspannen, führen auf dem schnellsten Weg an die Kassenschalter.

Was die Architekten der Kö nach dem Krieg angetan haben, macht einem Boulevard kaum viel Ehre. Flachdächer wechseln seitdem mit Spitzdächern, und in der Totalen präsentiert sich ein buntes Stillegetöse. Glücklicherweise wird diese Totale vom Blätterwerk der Bäume zumindest halbjährig verdeckt. Zur Weihnachtszeit schmücken dann hunderte von Birnen die kalten Äste - für Ablenkung ist also ständig gesorgt. Und überhaupt: Welcher Spaziergänger schaut schon nach oben, wenn Schaufenster zum Hinein- und Passanten zum Hinterherblicken locken?

Im vergangenen August wurde die Allee rundherum, nachdem sie jahrelang eine weltbekannte Baustelle gewesen war, da Düsseldorf, das sich auch gerne „Klein-Paris“ nennen läßt (Napoleon I. persönlich hat den Düsseldorfern anläßlich seines Besuchs im Jahre 1811 diese Flausen in den Kopf gesetzt), nun auch seine Métro

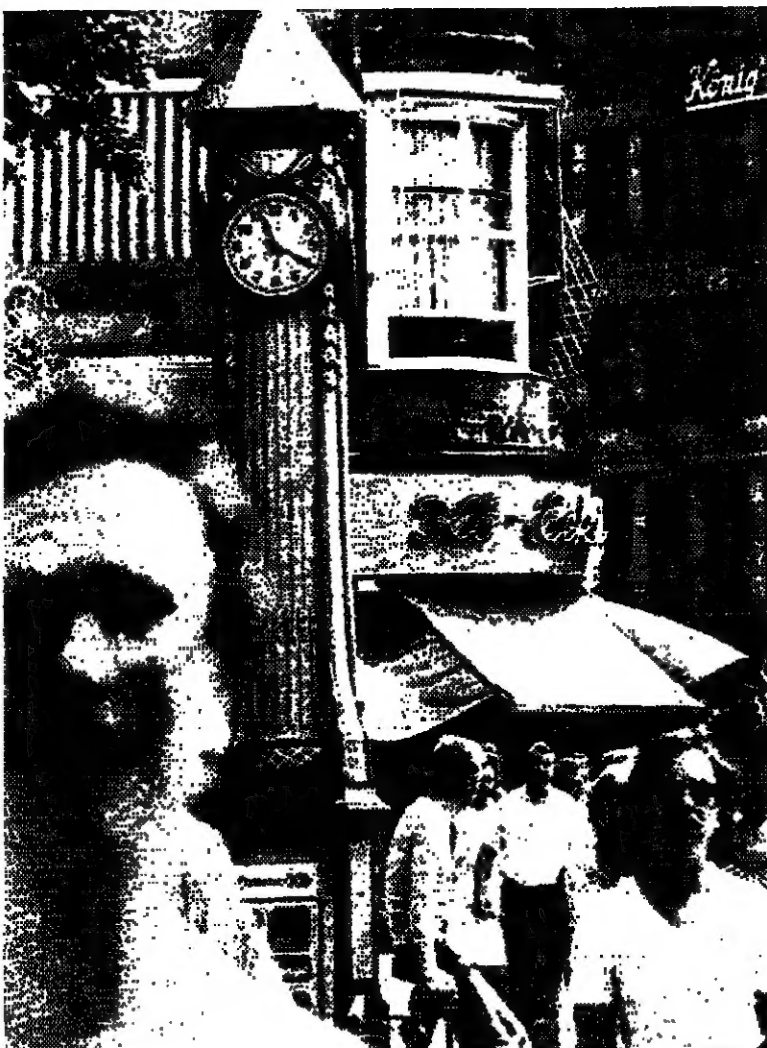
haben wollte, wurde der Stadtraben kurzerhand leerpumpt und mit Bauboden für die U-Bahn vollgepackt. Als die dann endlich verschwanden und die Schwäne wieder ihre angestammten Plätze einnehmen konnten, war das für die Düsseldorf ein Grund zum Feiern, zumal sich „ihre“ Straße in neuem Glanz präsentierte. Kunstvoll gefärbte Kandelaber-Laternen, erhellten nun den Gehweg, und von stillen Telefonhäuschen aus, eigens für die Kö angefertigt, kann man mit dem Rest der Welt plaudern.

Die Königsallee ist, wie jeder Boulevard, der auf sich hält, natürlich auch besungen worden. „Auf der Kö, auf der Kö, auf der Königsallee“ - darauf muß man erst einmal kommen! Das Lied hat es meines Wissens nur zu bescheidenem lokalen Ruhm gebracht und wurde überwiegend in Karnevalsitzungen gesungen. So hat es dem Ansehen der Straße auch nicht geschadet, die erst nach einer unruhlichen Episode auf ihren heutigen Namen getauft wurde.

Einst hieß die 1804 von dem Münchner Hofbaumeister Husebinder gebaute und vom Gartenbaumeister Maximilian Weyhe gestaltete Straße Kastanienallee. Über die ritt 1848 der nachmalige Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV., dem die Düsseldorf, eher fränko-als-berlinophil, nicht wohlgefallen waren. Kurzerhand bewiesen sie Seine Hoheit mit Pfeffersack. Zum Ausgleich für die Schmach, nannte man die Straße nicht „Friedrich-Wilhelm“, sondern schlicht „Königsallee“. Damit verpflichtete man sich zu nichts, und alle waren's zufrieden.

Es gab Zeiten, da war die Kö eine Stätte des Vergnügens. Variété, Tanzlokale und Restaurants lockten zu Anfang dieses Jahrhunderts allabendlich in die Innenstadt. In den fünfziger und sechziger Jahren arbeiteten auf der Westseite die Damen des handtäschen-schwingenden Gewerbes. Davon kann heute keine Rede mehr sein. Die Damen sind in den Ruhestand bzw. in andere Stadtteile versetzt worden, und das gastronomische Nachleben spielt sich jetzt vorwiegend in der Altstadt oder - für Eingeweihte - auf der anderen Rheinseite, in Ober- und Niederkassel ab. Die Kö ist heute ein Tageslicht-Boulevard - nach Geschäftsschluß leert sich das Pflaster rapide, und die Schaufenster leuchten ziemlich einsam vor sich hin.

Nein, ein Nachtschattengewächs ist diese Allee wahrhaftig nicht. Aber vielleicht ist gerade das ein Grund für die Beliebtheit dieses kleinsten aller großen Boulevards.



Hier treffen sich einst die Liebepaare: „Normaluhr“ am Corneliusplatz, dem Nordende der Königsallee. FOTO: ULRICH BAATZ

JOURNAL

Dem manieristischen Denken auf der Spur

sbm, Wien
„Zauber der Medusa - europäische Manierismen“ heißt die Ausstellung der Wiener Festwochen 1987, die vom 2. April bis 12. Juli im Künstlerhaus zu sehen ist. Der Direktor der Hamburger Kunsthalle, Werner Hofmann, erstellte das Konzept zu einer Schau, die die Spuren manieristischen Denkens durch die Jahrhunderte von der Renaissance bis zur „Postmoderne“ verfolgt. Leihgaben von mehr als 45 Museen werden durch Werke aus den Beständen österreichischer Sammlungen angereichert. Der Bogen spannt sich von Arcimboldo, Caron, Il Parmigianino bis zu Bardsley, Dali und Magritte, solcherart den Manierismus als Schwellenphänomen zum „modernen“ Denken aufzeigend.

Eisenstein-Film in der Originalfassung

dpa, Köln
Zum ersten Mal seit 60 Jahren hat das Publikum in der Kölner Philharmonie am nächsten Sonntag wieder die Möglichkeit, den Stummfilmklassiker „Panzerkreuzer Potemkin“ in der Originalfassung zu sehen. Die 75minütige neugeschaffene deutsche Rekonstruktion des Meisterwerks von Sergei Eisenstein, das die Montagekette in das damals noch junge Medium Film einführt, geht zurück auf die Initiative des Bonner Film- und Musikhistorikers Lothar Prox. Als die eigentliche Sensation muß die Live-Aufführung der Originalmusik des Berliner Kapellmeisters Edmund Meisel eingestuft werden.

Das „Jahrhundert der Bilderstürmer“

AFP, Amsterdam
In sechs niederländischen Museen werden in dieser Woche Ausstellungen über die Kunst aus dem „Jahrhundert der Bilderstürmer“ eröffnet. Gezeigt werden Werke aus dem 18. Jahrhundert, die der Zerstörung durch Gegner des Katholizismus entgangen sind. In die fünf-jährige Vorbereitung entstanden Ausstellungen finden in Amsterdam, Haarlem, Utrecht, Rotterdam und im Haag statt. Das Frans Hals-Museum in Haarlem etwa zeigt Stücke von Maerten van Heemskerck, das Catharinconvent in Utrecht beleuchtet anhand seiner Exponate die Verbindung religiöser und politischer Ereignisse jener Epoche. Die bedeutendste Ausstellung präsentiert mit fast 400 Exponaten das Rijksmuseum im Haag.

Gesucht werden Briefe von Elisabeth Langgässer

DW, Düsseldorf
Die Briefe Elisabeth Langgässers sollen neu ediert werden. Für dieses von der DFG geförderte Projekt sucht die Enkelin und Herausgeberin Elisabeth Hoffman (Westener Dorfstr. 92, 4000 Düsseldorf) noch vorhandene Original-Briefe der Autorin oder entsprechende Hinweise.

Musikpreise an Bernstein und Rihm

dpa, München/Hamburg
Der amerikanische Komponist und Dirigent Leonard Bernstein erhält den mit 150 000 Mark dotierten Ernst-von-Siemens-Musikpreis 1987. Die Auszeichnung wird für herausragende Leistungen im internationalen Musikleben der Gegenwart verliehen. In Hamburg erhielt der Komponist Wolfgang Rihm für seine Vertonung von Heiner Müllers „Hamlet-Maschine“ den mit 75 000 Mark dotierten Liebermann-Preis. Eine „zeichenhafte Mutprobe“ hat der Preisträger die Vergebe genannt, denn die Preisträger hätten sich bereitgefunden, Unvertrautes oder gar Umstrittenes anzuerkennen, und sich damit gegen die einseitige Vorherrschaft der „kulturellen Abspeisungsanstalten“ gewandt, in denen nur das künstlerische Schaffen der Vergangenheit zum Zuge komme.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Auf dem Weg zur Universität, die er auf Geheiß eines Onkels besuchen soll, gerät Gil Blas unter die Straßenräuber. Vergessen sind damit die akademischen Sieben: statt dessen wartet auf den Lieblingen ein Leben voller Abenteuer, Diebereien, Streichen und Liebesaffären. Für Hermann Hesse war es der klassische Schelmenroman; Schopenhauer empfahl seine Lektüre; Beaumarchais, Smollett und Balzac haben sich von ihm beeinflussen lassen. Zwischen 1715 und 1735 erschienen die vier Bände des „Gil Blas“, in dem der Autor zeitgenössische französische Realität mit spanischem Lokalkolorit des frühen 17. Jahrhunderts verquickt. Sorgfältige Kürzungen der vorliegenden Ausgabe sollen den Roman auch für den modernen Leser noch zu einem prallen Lesevergnügen machen. no
Alain René Le Sage, „Die Geschichte des Gil Blas von Santillana“, Insel, 517 Seiten, 18 Mark.

Die Familie als Antwort auf der Suche nach Sinn

Aufbruchstimmung bei internationalem Kongreß in Paris

JÜRGEN LIMINSKI, Paris
Das hatte Aufbruch-Charakter: Als das junge Elternpaar, ein Arzt, eine Hausfrau, als Zwischenbilanz auf dem Weg ins dritte Jahrtausend die Selbstbestimmung der Familie, die Selbstbestimmung der Fruchtbarkeit und das Ende der sterilen Verhütungsmittel forderte, sprach es den rund 5000 Zuhörern im Pariser Kongreßpalast aus dem Herzen. Jung, vital, lebensbejahend, zielbewußt. So wollten die überwiegend selbst jungen Teilnehmer des 9. Internationalen Familienkongresses in Paris ihre Vorstellungen personifiziert sehen. Und jenseits von Ideologien, denn wie Professor Carl Anderson, einer der zwei Dutzend Gelehrten und Referenten sagte, die „Familie ist die Grundlage unserer pluralistischen und freien politischen Institutionen, sie steht im Zentrum einer freien Gesellschaft“.

Politisch unterstützt wurde das beachtliche Ereignis – einen Familienkongreß von ähnlichen Dimensionen hat Europa noch nicht gesehen – eher indirekt. Die Frau des französischen Premierministers Chirac hatte den Ehrenvorsitz inne und empfing mehrere hundert Kongreßgäste im Pariser Rathaus. Auch ein paar Freunde und Berater des amerikanischen Präsidenten Reagan waren auszusagen. Sie nahmen als Privatleute teil, werden aber gewiß Bericht erstatten, so wie die Beobachter der kommunistischen Partei und Presse, die schon immer einen Riecher für populäre Trends in Frankreich und Europa hatten. Eine Volksbewegung, gepaart mit wissenschaftlicher Kompetenz, ist für Politiker allemal interessant.

Der Mythos von der Überbevölkerung

Der erste Tag war ideologischen und philosophischen Aufbrüchen gewidmet. Professor Pierre Chauvin nahm sich unter anderem dem Mythos der Überbevölkerung vor. Während manche Demographen im Jahre 1984 zum Beispiel einen Zuwachs der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2000 auf etwa sieben Milliarden Menschen voraussagten, wisse man heute, daß es nicht mehr als 5,7 Milliarden sein werden, und auf jeden Fall zu wenig in Europa. Der Grund: die konträre Revolution, die die Mentalitäten geändert habe. Oder, wie der Demograph-Forscher Pierre-Patrick Kaltenbach sagte: Der Umschwung der Mentalitäten von der Fixierung auf das „Ich-und-nach-mir-die-Sintflut-Denken“ hin zu einer verantwortlichen Denkweise sei in Gang gekommen, werde aber noch ein paar Jahrzehnte dauern. Solange wollen die 5000 Teilneh-

mer, die aus 19 Ländern nach Paris gekommen waren, offenbar nicht warten. Sie wollen Sinn, und zwar jetzt. Der bekannte Wiener Psychologe Professor Viktor Frankl legte die Wurzeln der modernen Triologie „Depression – Aggression – Abhängigkeit“ frei. Die Frustration des Menschen auf seiner Suche nach Sinn und Glück könne vor allem in der Familie überwunden werden. Freilich, so Frankl, gebe es auch Glück und Sinn außerhalb von Ehe und Familie. Die praktische Seite der Sinn- und Selbstfindung sowie der persönlichen Erfüllung in Ehe und Familie gehörte dem zweiten Tag.

Leben in Harmonie mit der Natur

Mehrere Wissenschaftler glauben, in der Billings-Methode dafür ein approbiertes Mittel gefunden zu haben. Es handelt sich um eine natürliche Methode der Geburtenregelung, die auch vom Vatikan bejaht und gefördert wird und den natürlichen Gegebenheiten der Frau und des Paares Rechnung trägt. Ihre konsequente Anwendung setzt das gemeinsame Gespräch der Ehepartner voraus und führt dank einer kurzen Periode der Abstinenz zu einer „Maitrise“ seiner selbst, die, wie Professor Jean-Marie Meyer ausführt, „notwendig ist, um der Zärtlichkeit vollen Ausdruck zu verleihen“.

Frau Kongolo Mulumba, Professor für Soziologie an der Universität in Kinshasa (Zaire) gab dieser Methode wegen ihrer Natürlichkeit ebenso den Vorzug vor „gefährlichen Mitteln wie der Pille“ wie Frau Mercedes Wilson (Guatemala), die über Erfahrungen mit dieser Methode in China berichtete, oder wie Catherine Bernard, die mit einigem Erfolg diese Methode in Indien lehrte. Ihr Credo: „Der Mensch darf weder außerhalb der Natur noch gegen sie leben, sondern nur in Harmonie mit ihr.“ Mutter Theresa krönte die Berichte und Aussagen mit ihrer „Botschaft der Liebe und des Glaubens: Die Frucht des Gebetes ist der Glaube, die Frucht des Glaubens die Liebe, die Liebe aber führt zum Dienst an den anderen, mithin zum Frieden“.

Weniger philosophisch, aber dafür handfester und wissenschaftlich untermauert trug die deutsche Psychotherapeutin und Publizistin Christa Meves ihr Plädoyer vor: „Die Hausfrau und Mutter ist ein unersetzlicher Motor der Gesellschaft.“ Der Applaus der 5000 und ein anschließendes Treffen der deutschsprachigen Teilnehmer legt nahe, daß ein ähnlicher Kongreß wohl bald zwischen Hamburg und Wien stattfinden wird.



Wenn der Hund wieder zur Bestie wird

HELMUT SCHMIDT, Berlin

Mit einer scharfen Attacke gegen die „verlogene Art der Hundehaltung“ ist der Berliner Journalist Detlef Bieseke zum Stadtsprecher für den Spree geworden. In seinem Buch „Wenn Adenauer Hunde geschlachtet hätte – Die Selbstverwirklichung des Hundes durch Beissen“ will er mit einer drastischen „Chronologie des Schreckens“ beweisen, daß Hunde gefährlicher als Schusswaffen sein können.

Ingrimmiger Zorn trifft den vermeintlichen Hundegegner von allen Gruppen, vor allem auch in allen Parteien, schreibt der Autor. Wer sich gar als Hundefreund zu erkennen gibt, wäre „weg vom politischen Fenster“. Dies ist auch der Hintergrund des verblüffenden Buchtitels. Adenauer, der sich eine Wahlbedeuerung nicht vorstellen konnte, sagte einmal: „Die Mehrheit könnte ich mir verlieren, wenn eine Zeitung schreiben, daß ich Hunde schlaachte.“

Zurück zur Selbstverwirklichung des Hundes durch Beissen, denn das ist das Pödel-Kern. Man staunt über die Courage des Autors, auch des Verlegers, der im Ararat-Verlag mit in Kreuzberg dieses wohl erste „Anti-Hundebuch“ herausbrachte. Und das in einer Stadt, die jetzt eigentlich statt des Bären einen Hund im Stadtwappen führen müßte. Auf 20 Einwohner kommt ein Hund.

Mut gehört auch dazu, dieses Buch zu lesen. Hunde zeigen nicht nur ihre

Zähne, sie benutzen sie und dies erfährt der Leser auf vielen der 151 Seiten. Bieseke, der seit einigen Jahrzehnten Schreckensmeldungen über Zwischenfälle mit Hunden sammelt, nennt für seine Beispiele akkurat die Quellen.

Als besonders traurigen Beweis führt der Autor den Tod eines dreijährigen Jungen durch Doggenbisse an, der vor elf Jahren in Berlin heftige Debatten und eine Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus ausgelöst hatte. Die Familie des Kindes lebte in einem Villenvorort, wo auch heute noch freilaufende große Hunde häufig anzutreffen sind.

Der Hund bleibt eine „gehetzte Kreatur“

In den damaligen Zeitungsmeldungen hieß es, die Dogge sei ein vertrauter Hund im Leben der Nachbarkinder gewesen, mit dem sie oft gespielt hätten. Am Unglückstag führte der 16jährige Nachbarsohn den Hund spazieren. Als der Dreijährige die Knie des großen Jungen mit den Armen umfaßte, mißdeutete der Doggenrider diese Geste als Angriff und verbiß sich im Nacken des Kindes. Die Befehle des 16jährigen ignorierte der Hund. Er fühlte sich, so ein Wissenschaftler, als Beschützer des Jugendlichen.

„Der Hund soll hier nicht angeklagt werden. In diesem Buch wird

lediglich aufgezeigt, hingeblickt, mehr nicht, das jedoch ernsthaft und beweiskräftig“, heißt es im einleitenden Kapitel. Journalistische Überhebungen sind hier unnötig und wohl auch gar nicht möglich. Seine Katastrophenberichte über tödliche Angriffe von Hunden vieler Rassen und Größe werden natürlich von „Experten“ erklärt und auch meistens entschuldigt.

Dabei werde aber immer wieder am Kern der Sache vorbeigegangen: der Position des Hundes in der menschlichen Gesellschaft. Die „inkonsequente Erziehung“ des Hundes beginne mit der inkonsequenten Hundehaltung, betonte Bieseke. Der Hund möge für den Menschen Tröster, Freund, Weggenosse oder sogar Retter sein – dennoch bliebe er Hund, eine „gehetzte Kreatur“.

Trotz der geballten Zurschaustellung von Hundesgriffen auf zu meist wehrlose Menschen ist dieses Buch in der Tat keine Anklage, sondern vielmehr ein Aufruf zur Selbstbesinnung. Der Hund sei nicht Ursache der dargestellten Schändlichkeiten, sondern durch andauernde Vergewaltigung seiner „Natur“ in seine jetzige Situation gezwungen worden. So wertet Bieseke gegen die „monströse Verlogenheit“ vieler Tierfreunde, die aus völlig irrationalen Gründen aus einem Instinktwesen einen „Dreiviertelmenschen“ zu machen versuchen. Und dann kommt es hart: „Wir wollen den Hund nicht

auf den Sockel heben. Mit den Vorderpfoten hat er das Podest schon erreicht. Geben wir ihm ruhig einen Stoß, denn unten fühlt er sich wohl.“

Maßnahmen zum Schutz von Menschen und Tier

Aus den in seinem Buch ausführlich dargestellten Fällen ergibt sich für den Autor zwingend die Forderung nach einer Art Anti-Bestien-Gesetz, das die Waife Hund entschärfen hilft. Am liebsten möchte Bieseke die Großen ihrer Art nur noch als Gebrauchs- und Nutzhunde züchten. Wenigstens aber sollte das Halten großer Hunde in Großstadtwohnungen, was auch von Verhaltensforschern als Tierquälerei gesehen wird, verboten werden. Am einfachsten durchsetzbar und für mögliche künftige Opfer der schnellsten und wirksamsten Schutz scheint dem Autor die Forderung nach einem generellen Leinen- und Maulkorbzwang für größere Hunde.

Daß viele Millionen Hundefreunde auf diesen „Hunde-Krimi“ mit Empörung reagieren werden, ist vorauszusetzen. Sie werden Bieseke Sensationsmacherei und eine unverantwortliche Aneinanderreihung von Halbwahrheiten vorwerfen. Ein Anlaß zum Nachdenken ist dieses streitbare Buch allemal.

Deutsche und japanische Kinder malten Märchen

dpa, Kōbe

Japanische Eltern und Lehrer wurden nachdenklich, als sie die Malarbeiten deutscher Jugendlicher mit denen ihrer eigenen Kinder verglichen. „Ist unsere Jugend weniger kreativ und menschenfreundlich?“ fragten sich Erzieher im Land der aufgehenden Sonne und blickten ratlos auf Hänsel und Gretel im Schilddrüsengebiet oder Schneewittchen als Heroinopfer. Phantasieprodukte deutscher Schulkinder, Ausgerechnet Grimms Märchen, die auch in Japan seit langem zum festen Bestand der Kindheit gehören, hatten die Diskussion ausgelöst. Das deutsche Goethe-Institut in Osaka rief zum 200. Geburtstag der Brüder Jacob und Wilhelm Grimm zu einem deutsch-japanischen Kunstwettbewerb zum Thema „Grimms Märchen heute“ auf, und 15 000 deutsche und japanische Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 18 Jahren schickten Arbeiten ein. Die Arbeiten der japanischen Kinder seien „äußerlich schön, aber es fehlt ihnen die Denkfähigkeit, die die deutschen Kinder besitzen“, urteilte wie viele andere ein 33 Jahre alter japanischer Lehrer über die Malarbeiten seiner jungen Landsleute. Die deutschen Kinder, vor allem die 14- bis 18-jährigen, zeigten mehr eigene Meinung und Originalität.

Eine Deutschlandtournee einer Auswahl dieser Arbeiten, die bis zum Juli mit verblüffendem Echo in Japan gezeigt wurde, hat jetzt in Kōbe begonnen, wo bis zum 25. September rund 450 Exponate im Japanischen Kulturinstitut und im Museum für Ostasiatische Kunst gezeigt werden. Weitere Stationen auf der bis Mai 1986 dauernden Tournee sind Bad Säckingen, Augsburg, Stuttgart, Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Steinau, Rottenburg o. T., Passau, Bremen, Berlin, Mainz, Landau, München und Farnau.

Morgen Probealarm

dpa, Bonn

Morgen vormittag werden im gesamten Bundesgebiet wieder die Sirenen heulen. Bei dem Probebetrieb sollen die technischen Anlagen überprüft werden. Der erste einminütige Dauerton um 10.05 Uhr bedeutet im Ernstfall Entwarnung. Um 10.09 Uhr folgt ein zweimal unterbrochener Heulton von einer Minute Dauer, der im Ernstfall vor radioaktiven, biologischen oder chemischen Gefahren warnt. Mit dem einminütigen Entwarnton um 10.13 Uhr wird der halbjährliche Probealarm beendet. Regional kann zwischen 10.15 und 10.20 Uhr dieser Ton noch einmal wiederholt werden.

Fahrradklengel gestohlen

dpa, Peking

Die chinesische Polizei hat einen Dorfkeimer unter der Beschuldigung festgenommen, 72 Bauern gefangen zu haben, die er verdächtigt, einen Teil seiner Fahrradklengel gestohlen zu haben. 17 der Gefangenen seien gefoltert worden, weitere 28 hätten Geldstrafen bezahlen müssen.

Deutsche machten Ärger

dpa, Bangkok

Polizeibeamte sind auf einer thailändischen Ferieninsel gegen aufgebrachte Dorfbewohner vorgegangen, um gewalttätige Übergriffe gegen etwa 170 westdeutsche Touristen zu verhindern, die Strandorgien feierten und textilfrei herumkamen. Wie der Polizeichef der 475 Kilometer südlich von Bangkok liegenden Insel Ko Samui, Chinda Ouwong, mitteilte, droht einige Einwohner mit Gewalt, falls die Ferieninsel „ihre unzulässigen Betragen“ nicht einstellen. Der Streit war Thema auf den Titelseiten mehrerer Tageszeitungen.

Unhöfliche Ärzte

dpa, Moskau

Scharfe Kritik an den mangelhaften Zuständen im sowjetischen Gesundheitswesen hat die Parteizeitung „Pravda“ geübt. Allein 1985 habe es 68 000 Beschwerdebriefe von Patienten gegeben, in denen von überfüllten Krankenhäusern, mangelhaft ausgebildeten und unhöflichen Ärzten und der Erpressung von Schmiergeldern die Rede gewesen sei, schrieb gestern die „Pravda“, die das Gesundheitsministerium für diese Zustände verantwortlich machte.

Kampagne gegen Rauchen

dpa, Kopenhagen

Die 32 europäischen Mitgliedsstaaten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wollen eine gemeinsame Kampagne gegen das Rauchen starten. Die Einzelheiten der Kampagne gehören zu den Themen der WHO-Jahreskonferenz für Europa, die gestern in Kopenhagen begonnen hat. In einer WHO-Erklärung zu der Konferenz wird Rauchen als „die Epidemie unserer Zeit“ bezeichnet, die jährlich weltweit etwa eine Million Todesfälle verursacht.

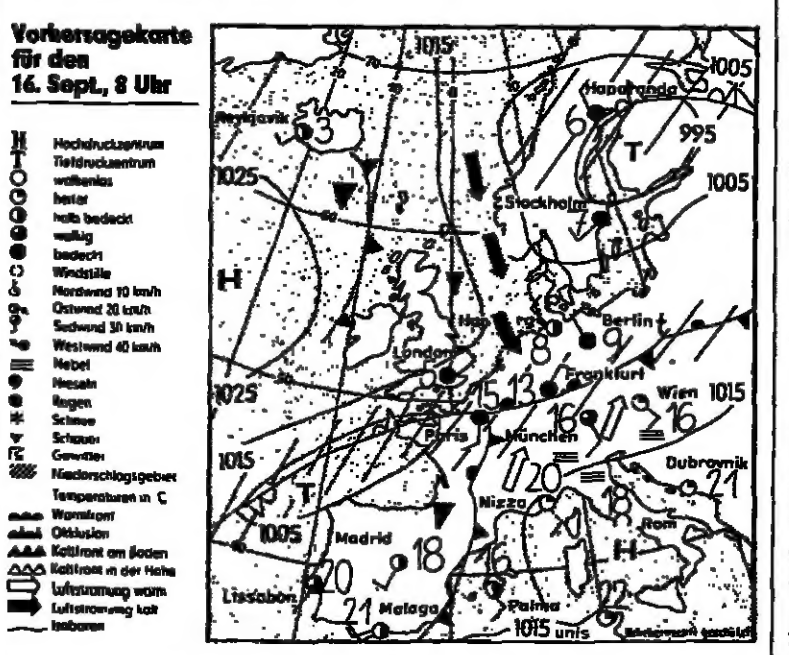
ZU GUTER LETZT

„Wer kennt sie nicht, die Helden, deren Kinder die Turnplätze der Welt bevölkern?“ – Aus einer Pressemitteilung des Nordrhein-Westfälischen Landesgesundheitsrats zur Wandertageparade.

WETTER: Im Süden Regen

Lage: Eine Luftmassengrenze, die feuchte Warmluft im Süden von trockener Kaltluft im Norden trennt, beeinflusst mit ihrem Regengebiet die Südhälfte Deutschlands.

Vorhersage für Dienstag: Nordhälfte bis Münsterland: Wolkig mit Auflockerungen. An der Küste einzelne Schauer. Temperaturen um 15 Grad. Mittelgebirgsraum bis Süddeutschland: Im Alpenvorland bis nahe 25 Grad, später Bewölkungszunahme



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:	Libeck	15	bw	Paris	22	bd	Ostende	11	h
Berlin	13	bd	München	20	h	Genf	27	h	
Bielefeld	13	h	Nürnberg	12	bd	Helsinki	11	h	
Braunlage	7	Sp	Rostock	13	bw	Köln	21	h	
Bremen	14	bw	Stuttgart	22	h	Lissabon	29	h	
Dortmund	12	h	Überlingen	24	h	Madrid	26	h	
Dresden	17	h	Füssen	25	h	Moskau	23	h	
Düsseldorf	12	h	Saarbrücken	22	h	New York	22	h	
Erfurt	12	Sp	Stuttgart	22	h	Osaka	24	h	
Essen	11	h	Trier	17	bd	Seoul	24	h	
Frankfurt/M.	15	bw	Zagreb	7	h	Singapur	31	h	
Freiburg	14	bw				Sofia	28	h	
Frankfurt/O.	18	h				Stockholm	8	bw	
Freiburg	26	bw				Strasbourg	21	bd	
Garmisch	27	bw				Taipei	23	h	
Greifswald	16	bw				Tbilisi	25	h	
Hamburg	14	bw				Toronto	27	h	
Hannover	13	bw				Ulanbator	29	h	
Kassel	11	h				Wien	24	h	
Kempten	11	h				Zürich	24	h	
Kiel	14	h							
Köln	15	h							
Köln-Bonn	14	h							
Konstanz	16	h							
Leipzig	13	bw							
Lindau	13	bw							

280 Polizisten müssen Prüfung wiederholen

AP, Düsseldorf

Rund 280 angehende Polizei-Kommissare in Nordrhein-Westfalen müssen wegen des Verdachts eines großangelegten Täuschungsversuchs ihre Prüfungen für die Zulassung zum gehobenen Dienst wiederholen, teilte das nordrhein-westfälische Innenministerium mit. „Wir müssen annehmen, daß einige oder alle Prüflinge die Testaufgaben vorher gekannt haben.“ Eine erste Überprüfung der Klausuren habe „ganz verblüffende Gemeinsamkeiten im Aufbau und in den ungehörig guten Kenntnistand der Prüflinge“ ergeben. Es gelte als sicher, daß in Bielefeld ein versiegelter Umschlag mit dem Thema einer Prüfung schon vorher geöffnet wurde.

Die Eckkneipe als „stabilisierender Faktor“

DIETER DOSE, Berlin

Der Stammtisch muß für alle Gäste da sein. Der Wirt soll nicht nur ein guter Zäpfer, sondern auch eine Persönlichkeit sein. So stellen sich Studenten der Ostberliner Humboldt-Universität, Fachbereich Volkswirtschaft, die gemüthliche Kneipe um die Ecke vor.

Mit dem Forschungsauftrag, den Alltag zu erkunden und die Frage zu beantworten, „was eine Gaststätte auszeichnet, in der sich die Leute heimisch fühlen“, wurden sie auf Kneip-Tour geschickt. Im Bezirk Prenzlauer Berg wurden sie fündig. Dort, wo Berlin (Ost) noch am beruhschesten ist, 170 000 Einwohner, viele Straßencafés mit Altbaukarakter, 205 Kneipen. Vom Speiserestaurant bis zur Jugend-Diskotheke und der Eckkneipe. Um die ging es speziell.

Seit 1976 sogar das SED-Politbüro mit der Gastronomie beschäftigt und Erich Honecker forderte, „mehr volkstümliche Restaurants und Bierstuben“ einzurichten, hat sich besonders in Ost-Berlin einiges getan. Die Zahl der Gaststätten stieg auf 1084; allein 48 wurden oder werden in diesem Jahr neu eröffnet. Weiter folgen zur 750-Jahr-Feier 1987. Schlechter Service, dürftiges Getränke- und Speisenangebot, zu viele Ruhetage in der Woche – massive Kri-

LEUTE HEUTE

Auf die Bretter

Frankreichs höchstbezahlter Filmschauspieler, der 53 Jahre alte Jean-Paul Belmondo, wird in der Wintersaison für eine Mini-Gage in Paris Theater spielen. Er übernimmt die Hauptrolle in dem Theaterstück „Kean“ von Jean-Paul Sartre.

An den Start

Beim „Ökumenischen Langstreckenlauf“ für Haupt- und ehrenamtliche kirchliche Mitarbeiter in Laubach bei Gießen gingen diesmal 85 Aktive an den Start, darunter auch 21 evangelische und katholische Geistliche. Prominentester Teilnehmer am Rennen war der Präsident der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Helmut Spengler (Darmstadt), der die 5000-Meter-Distanz in 25:35 Minuten bewältigte. Damit belegte der

In die Freiheit

Ein Berufsgericht in Neapel hat gestern den italienischen TV-Showmaster und Politiker Enzo Tortora in vollem Umfang von dem Vorwurf freigesprochen, Mitglied der Mafiahähnlichen Camorra-Organisation in Neapel gewesen zu sein und sich am Rauschgifthandel beteiligt zu haben. In erster Instanz war Tortora zu zwei Jahren Haft verurteilt worden.

Erdbeben: Baby nach 22 Stunden lebend geborgen

AP, Kalamata

Aus den Trümmern eines zusammengefallenen Hauses in der von einem schweren Erdbeben verwüsteten griechischen Hafenstadt Kalamata haben Rettungsmannschaften gestern das 18. Todesopfer geborgen. Am Sonntag war es ein Feuerwehrlente gelungen, einen zehn Tage alten Säugling aus den Trümmern eines Hauses zu retten. Das Baby war 22 Stunden verschüttet. Seine Eltern haben ebenfalls überlebt.

Gestern morgen erschütterten zwei weitere Erdstöße die Gegend um Kalamata. Ein beschädigtes viergeschossiges Wohnhaus stürzte ein. Tote oder Verletzte gab es jedoch nicht, da die Einwohner von Kalamata die Nacht im Freien verbracht hatten.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE